

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 30. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 26 Bfg. frei bis Haus. Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonialeile ober deren Raum 50 Bfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Blaugedruckte und Schmalstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die beste Vorarbeit für die Wahl

leistet jeder Abonnent des „Vorwärts“, der einen neuen Abonnenten für sein Kampforgan, den „Vorwärts“

Wirbt!
Der gegenwärtige Wahlkampf ist von ungeheurer Wichtigkeit. Es handelt sich darum, die ganze Reaktion des Scharfmachertums und des Lebensmittelwuchers

aus dem Felde zu schlagen. Das Gewerkschaftsknebelgesetz würde wiederkehren, wenn nicht die Masse des Volkes durch die Abstimmung am 25. Januar die Reaktion in die Schranken weist, ihr ein donnerndes

„Vid hierher und nicht weiter“ zuruft!
Deshalb ist es die Pflicht jedes gewerkschaftlich organisierten Arbeiters, den „Vorwärts“ zu abonnieren und dafür zu sorgen, daß alle Verbandskollegen gleichfalls Abonnenten des „Vorwärts“ werden!

Der Wahlkampf erfordert das volle Einsehen der Kraft jedes angeklärten Arbeiters! Jeder Klassenbewusste Proletarier muß Agitator sein, muß seine noch unaufgeklärten Arbeits- und Klassengenossen aufklären über das, was diesmal auf dem Spiele steht!

Belehrung und Anfeuerung bietet ihm aber einzig das Organ der Sozialdemokratie, der

„Vorwärts“!
Das deutsche Volk steht vor der Frage, ob es für die unerlöste Kolonialpolitik, für die es bereits 1 1/2 Milliarden verpulvert hat, neue Milliarden verpulvern lassen will. Es hat zu entscheiden, ob es die Schaffung einer

Kolonialarmee billigt!
Es hat sein Votum darüber abzugeben, ob es, nachdem erst im Anfang des Jahres 1906 zirka 800 Millionen für die Kriegsstotte bewilligt worden sind, für

neue Hunderte von Millionen zugunsten einer abenteuerlichen, konfliktswangeren Flottenrüstungs politik zu haben ist!
Das Proletariat hat am 25. Januar darüber zu entscheiden, ob es den unerhörten

Fleischwucher schafsgebuldig ertragen will! Es hat darüber zu befinden, ob es sich

neue Steuerlasten aufbürden lassen, ja ob es sich sein

Wahlrecht beschneiden lassen will!
Die ganze bürgerliche Reaktion steht gegen das arbeitende Volk im Felde!
Bill da das Proletariat mit der Formierung seiner Schlachtenkolonne säumen?
Berächtlich der, der durch stumpfe Trägheit den Kulturanstieg seiner Klasse hemmt!
Vorwärts in den Wahlkampf! Sinein in die Agitation für den

„Vorwärts“!

Freilinnige Wahrheitsliebe.

Um ihren von uns gekennzeichneten Volksverrat zu beschönigen und ihre Wähler zu täuschen, suchen die Freilinnigen der Welt weiszumachen, daß die Fraktion der Freilinnigen Volkspartei sich mit ihrer zustimmenden Haltung zu den Forderungen für Südwestafrika nicht in Widerspruch gesetzt habe zu der Haltung, die die Freilinnigen in früheren Jahren eingenommen haben. Das ist eine dreifache Unwahrheit, eine Spekulation auf die Intellektlosigkeit und die Unwissenheit derer, die bisher dem Freilinnigen Heeresfolge geleistet haben. Man braucht nur einen Blick in die parteioffiziellen Schriften des Freilinnismus oder in seine Parteiorgane zu werfen, um zu erkennen, daß sich tatsächlich in den Reihen der freilinnigen Führer eine völlige Wandlung vollzogen und daß die Fraktion das ihren Wählern gegebene Versprechen gebrochen, also einen Treubruch schlimmster Art begangen hat. Noch bei den letzten Wahlen haben die freilinnigen Agitatoren noch Kräfte gegen das Zentrum gewettert,

weil es die Kolonialpolitik der Regierung unterstützt hat; sie bezogen sich dabei auf das bekannte ABC-Buch von Eugen Richter, worin es wörtlich heißt:

„Im Reichstage würden für die Kolonialpolitik Bewilligungen nicht in dem stattgehabten Umfange erfolgt sein, wenn nicht die Zentrumspartei seit 1888 ihre Haltung zugunsten der Kolonialpolitik geändert hätte. . . Die Zentrumspartei glaubt im Interesse der Missionstätigkeit die für die Kolonialpolitik geforderten Millionen bewilligen zu müssen. Tatsächlich aber wird auch die Missionstätigkeit vielfach gehemmt durch die Streitigkeiten und Kämpfe der deutschen Schutztruppen mit den Eingeborenen.“

Genau in demselben Gedankengange bewegt sich ein Leitartikel der „Freis. Ztg.“ vom 30. November 1895, der den neuen Kolonialetat für 1896/97 bespricht:

„Seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck sind die Schutzgebiete immer mehr und mehr reine Militärkolonien geworden, Operationsfelder der Schutztruppen. Die wirtschaftlichen Interessen sind immer weiter zurückgetreten. Die fortgesetzten ausgedehnten militärischen Expeditionen machen immer wieder neue Kriegszüge notwendig. Daraus ergibt sich dann eine fortgesetzte Vermehrung der Schutztruppen selber, ohne daß die aus dem Handelsverkehr der Schutzgebiete erwachsenden eigenen Einnahmen eine Steigerung erfahren. Die natürliche Folge sind alsdann solche wachsenden Voranschüsse. . .“

Am wenigsten gerechtfertigt aber sind die hohen Reichszuschüsse für Deutsch-Südwestafrika. Bisher hat man dieselben durch die Kriegszüge Witbois zu rechtfertigen gesucht. Nun verhält sich aber Witboi ruhig und die Reichszuschüsse erfahren keine Verminderung, sondern eine weitere Erhöhung. Alles zum Unterhalt der dortigen Schutztruppe. Und doch ist in Südwestafrika eigentlich nichts wert, geschützt zu werden. Wenn wir das Land bereiniquierten, würden wir absolut nichts verlieren.“

Es wird dann weiter ausgerechnet, daß jeder Deutsche in unseren Schutzgebieten dem Reich jährlich über 11 000 Mk. Kosten verursacht, und ironisch wird hinzugefügt:

„Für eine solche Summe kann man in Deutschland selbst beinahe schon als Regierungspräsident leben. . .“

Die erhöhten Zuschüsse für Afrika aber würden im Reichstage keine Mehrheit finden, wenn die Zentrumspartei hierbei einigermassen auf die Interessen der Steuerzahler Rücksicht nähme. Aber der bloße Umstand, daß in den Schutzgebieten eine kleine Anzahl katholischer Missionen tätig sind, bestimmt die Partei, alles zu bewilligen, was für die Schutzgebiete verlangt wird. Bisher hat aber noch niemand wahrgenommen, daß der steigende Militäretat der Schutzgebiete auf die Missionstätigkeit daselbst fördernd eingewirkt hat. Im Gegenteil!“

Dies Zitat ist besonders charakteristisch, da die Situation, aus der es geboren wurde, eine große Ähnlichkeit mit der heutigen hat. Damals forderte die Regierung weitere Zuschüsse für Südwestafrika wegen der angeblichen Kriegszüge von Witboi, heute zur Niederwerfung der Gottentotten. Damals verhielt sich Witboi ruhig, diesmal standen uns ganze 300 Gottentotten gegenüber. Der Unterschied besteht nur darin, daß heute die freilinnige Volkspartei die Rolle spielt, um derenwillen sie damals dem Zentrum heftige Vorwürfe machte. Was aber dem Jah den Boden ausschlug, das ist die prostituierte Art und Weise, in der die Freilinnigen sich der Regierung anbieten; sie bieten der Regierung ihre Reize dar und erwarten als Sündenlohn die Unterstützung der Regierung im Wahlkampf. Wahrlich, so hat sich noch niemals eine politische Partei erniedrigt, so würdelos hat noch niemals eine politische Partei ihre Prinzipien über Bord geworfen, um den Sündenlohn in Gestalt einiger parlamentarischer Mandate einzuhändigen.

Wir sind auf den Einwand gefaßt, daß es sich hier um ein Zitat handelt, das bereits ein Jahrzehnt zurückliegt. Nun, wir können auch mit neueren Zitaten dienen, in denen die Forderungen für die Kolonialpolitik der Regierung im allgemeinen und für Südwestafrika im besonderen heftig bekämpft werden. So schrieb die „Freilinnige Zeitung“ am 12. Februar 1903:

„Zunächst sind Kamerun und das Logogebiet noch relativ weniger ungünstig als die geradezu trasslosen Schutzgebiete von Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika. Es wäre unseres Erachtens unverantwortlich angesichts der Finanzlage. . . neue Aufwendungen für Afrika zu bewilligen.“

Und wenige Wochen später, am 17. März 1903, erschien in dem führenden Organ der freilinnigen Volkspartei folgendes vernichtende Urteil über Südwestafrika:

„Das ganze Schutzgebiet hat wirtschaftlich nicht den geringsten Wert, es sei denn, daß sich dort noch Mineralien finden, deren Gewinnung sich lohnt. Aber in dieser Beziehung ist man nie über „Annahmen“ und „Hoffnungen“ hinaus gekommen. . . Auf Deutsch-Südwestafrika bezieht sich der Wunsch des Grafen Caprivi ganz besonders: „Je weniger Afrika, desto besser.“ Fürst Bismarck hatte 1885 mit seiner Kolonialpolitik in Südwestafrika eingesetzt, weil das Land herrenlos war und er überhaupt irgendwo einen Anfang machen wollte mit solchen Besitzergreifungen. Graf Caprivi aber war schon einmal nahe daran, Deutsch-Südwestafrika aufzugeben. Hätte er es nur getan! Duzende von Millionen würden dem deutschen Steuerzahler erspart worden sein.“

Nun, wenn von jetzt ab Duzende von Millionen den deutschen Steuerzahlern erspart bleiben, dann haben sie es der freilinnigen Volkspartei gewiß nicht zu danken. Die traurigen Epigonen Eugen Richters haben ihren Widerstand gegen die Kolonialpolitik aufgegeben, sie sind zu Kreuze gestochen und bringen sich der Regierung als Schutztruppe der Korruption in empfehlende Erinnerung. Und warum? Um eines Augenblickserfolges bei den Wahlen wegen. Denn nur um einen Augenblickserfolg handelt es sich für den Freilinnigen, und um nichts weiter. Gleichviel wie groß das Häuflein Freilinniger ist, das auf konservativ-agrarisch-nationalliberal-antisemitischen Kreisen in den Reichstag hineinhumpelt, der Freilinnigen hat seine Rolle ausgespielt, er hat sich selbst sein Grab gegraben durch seine Prinzipienlosigkeit und seinen fortgesetzten Volksverrat!

Und auch die jetzigen Bundesgenossen des Freilinnismus, die Konservativen, wissen sehr wohl, was sie von ihren Schützlingen zu halten haben. Spricht doch das konservative Handbuch voller Verachtung von der freilinnigen Partei, als von einer Partei, deren innerer Gehalt immer mehr im Schwinden ist und deren ganze Tätigkeit sich je länger je mehr auf die Erzielung des Augenblickserfolges bei Wahlen richtet! Aber dies abschreckende Urteil hindert die Freilinnigen nicht, sich schweißwedelnd den Konservativen zu nahen!

Und kann dies unmattliche Bündnis nur recht sein. Das ganze Verhalten des Freilinnismus zeigt, wie richtig Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 die damalige Fortschrittspartei, die Mutter des heutigen Freilinnismus, beurteilt hat, als er schrieb, daß sie bereits tief in dem Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit angelangt sei.

Juridisch, der Freilinnigen wadet im Sumpf, und er wird darin versinken!

Wahlkampf.

Der Freilinnigen in freilinniger Beleuchtung.

Die „Befrei-Zeitung“, ein angesehenes Blatt der freilinnigen Vereinigung“, beschwört in einem Leitartikel den Freilinnigen, sich doch ja der Regierung bedingungslos und mit Haut und Haaren zu verschreiben, selbst wenn Gegenleistungen der Regierung nicht zu erwarten seien. Man solle alle Prinzipien auf sich beruhen lassen und blindlings die ausgestreckte Hand des Kanzlers ergreifen: „Das Volk erwartet jetzt nicht endlosen Haber über Prinzipien, über welche zwei Deutsche stets zwei Meinungen haben, sondern es will, daß der Regierung die Möglichkeit gegeben werde, das Joch des Zentrums abzuschütteln. Es gilt demnach, sich zu vertragen, nicht sich zu zanken; es gilt auch unter Umständen Opfer zu bringen. Wer daran Anstoß nimmt, setzt die Zukunft aufs Spiel.“

Denn darüber ist kein Zweifel, daß die kommenden Wahlen nicht allein über die Zukunft des Zentrums, sondern auch über die der Liberalen entscheiden werden. Zum erstenmal seit fast 30 Jahren hat die Regierung sich an die liberalen Mittelschichten des Volks gewandt, d. h. sie fragt an, ob sie dort Hilfe findet. Daß sie damit zugleich ihren bisherigen Charakter in einen „liberalen“ ändern will, sagt sie nicht, und ist vernünftigerweise, so im Handumdrehen, keineswegs zu erwarten; auf Bedingungen läßt sie sich s. J. nicht ein. Zwar werden die Folgen einer solchen Hilfe nicht ausbleiben dürfen, aber das ist cura posterior. Der Kanzler hat jetzt die Hand ausgestreckt; wenn die Liberalen sie ergreifen, so steht ihnen eine Stellung in Aussicht, welche sie seit 30 Jahren schmerzlich vermiffen. Aber es muß ein fester Handschlag sein, kein zahnloses Taktieren; wenn jetzt die Liberalen wieder vertragen, so treten sie für das kommende Menschenalter von der Bühne gänzlich ab.“

Just am gleichen Tage, am 29. Dezember, ist nun in der „Nation“, dem Wochenblatt der freilinnigen Vereinigung“, ein Artikel des Herrn Theodor Barth erschienen, in dem es heißt: „Die Demokratisierung Deutschlands ist deshalb durchaus eine Lebensfrage geworden. Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen kann es danach für jeden Liberalen, der die Politik nicht als Mandatskrämer betreibt, nur das eine Ziel geben: die reaktionären Kräfte, einerlei wo sie stehen, ob in der Zentrumspartei oder bei den Konservativen oder den Antisemiten oder sonstwo, nach Möglichkeit zurückzubringen. Ein freilinniges Bürgertum, das sich zum Schleppträger der Reaktion erniedrigte, würde nicht nur schlechte Wahlergebnisse machen, sondern außerdem mit der allgemeinen Verachtung beladen, nur noch ein politisches Scheinbafeln führen und alle aktiven demokratischen Elemente mit Gewalt ins sozialdemokratische Lager hineintrreiben.“

Diese Reichstagswahlen vollziehen sich unter einer Begriffswirrwarrung, die alles übertrifft, was wir bisher auf diesem Gebiet erlebt haben. Innerhalb dieser Konfusion ist ein bürgerlicher Demokrat, der weiß, was er will, und der sich weder durch nationale Phrasen noch durch das bide Umsturzgeschrei vom rechten Wege ablenken läßt, mehr wert als ein Duzend halbliberale Wuchstapen, die sich mit Mühe und Not bis zu einem Reichstagsmandat hindurchschlagen. Mehr als je tut uns heute Charakter in der Politik not. Denn wir stehen nicht am Ende, sondern erst am Anfang einer großen konstitutionellen Auseinandersetzung. Die Radikalforderung für Deutsch-Südwestafrika spielt dabei nur die Rolle des kleinen Steinens, das eine Lawine in Bewegung setzt. Das ganze alte Parteiwesen ist im Vergehen: Männer an die Front!“

In der Tat, eine „Begriffswirrwarrung“, eine „Konfusion“ des wackeren Freilinnismus, wie sie sich schlimmer nicht denken läßt! Und in diesem Zeichen der völligen Auflösung will der Freilinnigen jagen!

Auf der Suche nach sicheren Wahlkreisen

Und zuletzt noch die Herren Wasserfmann und Raumann. Wasserfmann mag in Frankfurt-Lebus nicht mehr kandidieren, weil ihm dort die Freikonserativen mit einer Sonderlandtagswahl in die Parade gefahren sind, der Wahlkreis Duisburg-Oberhausen, den man ihm anbot, erschien ihm aber auch nicht sicher genug, da sein Parteigenosse Reumer dort den Nationalliberalismus schwer kompromittiert hat. Jetzt soll der nationalliberale Führer endlich im Wahlkreis Coburg Unterschlupf finden. Sicher ist der zwar auch nicht, aber sichere Wahlkreise hat der Nationalliberalismus überhaupt nicht mehr.

Im Wahlkreis Koburg ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei, die es 1903 auf 872 Stimmen brachte, die Nationalliberalen erzielten 8787, die Freisinnigen 8197 Stimmen. Ansehend wird erwartet, daß der Freisinn im ersten Wahlgang schon für Wasserfmann stimmt. Aus eigener Kraft vermöchte ihm seine Partei ein Mandat nicht mehr zu verschaffen.

Raumann wollte, wie es in den letzten Tagen hieß, in Heilbronn gemeinsamer liberaler Kandidat werden. Vorher war gemeldet worden, daß er in dem „sicheren“ freisinnigen Wahlkreis Slogau kandidieren werde. Die Bezeichnung „sicherer freisinniger Wahlkreis“ klingt in diesem Fall wie blutige Ironie, und wenn freisinnige Blätter sie gebrauchten, so beweist das nur, zu welcher rührender Bescheidenheit langjähriger Nebengang die Freisinnigen gebracht hat. In Slogau fielen nämlich 1903 für die Freisinnigen 3718, für die Konservativen aber noch 61 mehr, nämlich 3779 Stimmen ab, außerdem erzielten die Sozialdemokraten 2576 und das Zentrum 2083 Stimmen. So sehen sichere freisinnige Wahlkreise aus! Die Meldung von der Auffassung Raumanns in Slogau wurde indes bald wieder dementiert, die Freisinnigen wollen auf ihren bisherigen Vertreter Hoffmeister nicht verzichten. Auch eine in Aussicht genommene Aufstellung Raumanns in Freiburg i. S. wurde nicht perfekt und in Heilbronn droht nun ein ähnliches Schicksal. Dort war die Stärke der Parteien 1903 folgende: Nationalliberale 2007, Deutsche Volkspartei 5568, Zentrum 8909, Sozialdemokraten 7816, Bauernbund 8476. Raumann könnte also nur in die Stichwahl kommen, wenn Nationalliberale und Volkspartei im ersten Wahlgang zusammengingen, sonst dürfte wieder der Bauernbund, der das Mandat bislang innehatte, mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl gelangen. Die Voraussetzung bei dem Vorschlag, Raumann in Heilbronn aufzustellen, war denn auch, daß die Nationalliberalen für ihn eintreten würden. Dazu haben die aber keine Lust, da sie's dann mit dem Bauernbund verderben müßten, dessen Unterstützung sie ihr einziges württembergisches Reichstagsmandat verdanken. So ist also auch hier die Aussicht, Raumann einen halbwegs aussichtsreichen Kreis zu verschaffen — die Sozialdemokratie würde ihm ohnehin ein sehr gefährlicher Gegner sein — sehr trübe geworden.

Der Führer des Rechts-Liberalismus und einer der besten Männer des Links-Liberalismus können keine sicheren Wahlkreise finden!

Kann deutlicher der klägliche Niedergang des deutschen Liberalismus bezeugt werden?!

Zur Wahlbewegung in Westpreußen.

Auch in Westpreußen ist der Wahlkampf nunmehr auf der ganzen Linie entbrannt. Als Kandidaten sind von der Sozialdemokratie folgende Genossen aufgestellt:

Marienburg-Gebing: Parteisekretär Artur Crispian, Gebing.
Danzig-Land: Tischler Luis Gätz, Danzig.
Danzig-Stadt: Gewerkschaftssekretär Hermann Trilse, Gebing.
Thorn-Kulm: Zimmerer Paul Raumann, Thorn.

In den Kreisen Neustadt-Carthaus und Berent-Stargard ist Genosse Gätz, Danzig, im Stuhm-Marienburg, Rosenberg-Obbau und Graudenz-Strasburg Genosse Trilse, Gebing, in Schwes, Konitz-Zuchel, Schlochau-Platow und Deutsch-Krone der Genosse Crispian, Gebing aufgestellt.

Damit sind sämtliche 13 Wahlkreise der Provinz besetzt. Der Wahlkampf dreht sich hauptsächlich und heftig zu werden. Am meisten fürchten unsere Gegner den Aufstieg der Genossen im Kreise Gebing-Marienburg-Oldenburger, der bekannte Schürfmacher und Anhänger der Dajonetttheorie, der bisher Abgeordneter in diesem Kreise war, fühlt sich unsicher. Die Freunde Oldenburgs suchen zu retten, was zu retten ist. Nicht nur ein Bürgermeister, sondern auch zwei Landräte haben eine Proklamation zugunsten der Kandidatur Oldenburgs unterzeichnet. Die konservativ-„Elbinger Zeitung“ kämpft in gehässiger Weise gegen uns. So schrieb dies Junfermann am 25. Dezember: „Jeder Arbeiter, der dem Sozialdemokraten Artur Crispian seine Wahlstimme gibt, ist aufrichtig ob seiner Tat, die einem Selbstmorde gleichkommt, zu bedauern.“ ... Jeder Wähler hat die Pflicht, täglich bei jeder Gelegenheit die Arbeiter aufzuklären und vor dem Unglück zu warnen, in das sie rennen, wenn sie Artur Crispian wählen.“ — Unsere braven Genossen, die trotz Kälte und Schneegestöber in die Dörfer gehen, beschimpft die edle Zeitung in folgender Weise: „In jedem Dorfe findet man Genossen, die Flugblätter anstellen. Meistens alles grüne Burschen, die hinter den Ohren noch nicht trocken sind.“

Nun, diese „grüne Burschen“ werden am 25. Januar dem Protowunderblatt „Elbinger Zeitung“ und seinem Gesinnungskumpfan Oldenburg hoffentlich zu einem Lätzchen aufspielen, bei dem der Junfermann Hören und Sehen vergeht.

Aus Baden.

Die Karlsruhe Arbeiterschaft begann die Wahlkampagne am Donnerstag mit einer so imposanten Festhallenversammlung, wie sie die badische Residenz noch nie erlebte. Die 6000 Eintrittskarten waren am Montag im Vorverkauf in einer Stunde veräußert. Laufende, die teilweise mit der Bahn von auswärts kamen, fanden keinen Einlaß mehr. Genosse Nebel fand vor und nach seiner Rede stürmische Ovationen. Der Pfarrer Schwarz wurde mit seinem Versuche, für den neuen Kulturkampf Profeten zu machen, von Nebel und der Versammlung entschieden abgewiesen. Der Bloß entbehrt noch immer des Kandidaten.

Der Kandidatenwechsel in Frankfurt a. M.

gibt der bürgerlichen Presse, die ihrem geistigen Horizonte gemäß darin natürlich nur die Unangelegenheit zweier rivalisierender Persönlichkeiten sieht, zu allerlei häßlichen Bemerkungen Anlaß. Die Frankfurter „Aleine Presse“ hat es gar fertig gebracht, aus der Form, in der der „Vorwärts“ die Meldung von dem Wechsel gebracht hat, zu deduzieren, daß bei der sozialdemokratischen Parteileitung kein besonderes Entzücken über die Quardische Kandidatur herrsche. Aus der Form unserer Meldung geht dergleichen natürlich nicht entfernt hervor. Die Behauptung des „Ablegers“ der „Frankfurter Zeitung“ ist einfach ein schäblicher Versuch, die Kandidatur Quards durch persönliche Anfechtung zu diskreditieren, sei es auch auf Kosten der Wahrheit. Bei der Verlegenheit der Gegner nach sachlichem Material gegen unsere Partei ist solche tiefstehende persönliche Kampfmethode allerdings nur zu erklärlich.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für Frankfurt a. M. hat anläßlich des Kandidatenwechsels eine Kundgebung erlassen, in der es heißt:

Unser bisheriger Vertreter, der Genosse Wilhelm Schmidt, der Frankfurt seit 10 Jahren im Reichstage vertreten hat, erklärte, daß er trotz seines leidenden Zustandes in Anbetracht der außerordentlichen Situation sich verpflichtet fühle, sich den Genossen für die Kandidatur wieder zur Verfügung zu stellen, wenn es gewünscht werde. Die Vertrauensleute der Partei waren aber in ihrer Mehrheit der Meinung, daß die Partei dem Genossen Schmidt die mit der Mandatsausübung verbundenen Strapazen nicht mehr zu muten dürfe und hielt es für notwendig, die Kandidatur einer jüngeren Kraft zu übertragen.

Die Parteiverammlung beauftragte die Organisationsleitung, dem Genossen Wilhelm Schmidt, der das Mandat unter dem Sozialistengesetz ohne Scheu vor der drohenden Ausweisung über. einen und über anderthalb Jahrzehnte in treuer Pflicht-

erfüllung im Sinne der Frankfurter Parteigenossenschaft ausgeübt hat, den unauflösbaren Dank der Frankfurter Arbeiterschaft auszusprechen. Zudem wird diesen Auftrag hiermit öffentlich zur Ausführung bringen, teilen wir den Genossen ferner mit, daß der Genosse Schmidt sich in bereitwilligster Weise zur Verfügung gestellt hat, sowohl für die neue Kandidatur in der Öffentlichkeit nach Kräften mitzuwirken, wie auch im engeren Wahlkomitee den Genossen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

In derselben Nummer der „Vollstimm“ erließ Genosse Wilhelm Schmidt eine Kundgebung, in der er u. a. sagte:

Als die gewalttätige, plötzliche, allgemein unerwartete Reichstags-Auflösung erfolgte, hielt ich es natürlich für meine Pflicht, trotz meiner gesundheitlichen Beschwerden, mich zur Wiederannahme einer Wahlkandidatur bereit zu erklären, falls das Vertrauen der tätigen Parteigenossen mir eine solche übertragen würde.

Die Mehrheit der hiesigen Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften befandete aber die gegenwärtig unzweifelhaft richtige Ansicht, daß mir, namentlich in Anbetracht meiner mit den Jahren verstärkten Leiden, nicht die bei dem bevorstehenden Wahlkampfe und den etwa darauf folgenden Kämpfen nötige Frische und Schlagfertigkeit zu Gebote stehen würde.

Es ist selbstverständlich, daß alle organisierten Parteigenossen und Gewerkschaftler der nunmehr gegebenen neuen Parole folgen werden.

Aber indem ich allen Wählern, die sich seit 23 Jahren erfolgreich bemühten, das Frankfurter Reichstagsmandat für unsere Partei zu erobern und zu behaupten, den Dank auszusprechen, erlaube ich auch besonders diejenigen freihändig gestimmten Wähler, die aus irgend welchen Gründen nicht unseren Organisationen angehören können, namentlich alle Beamten und andere gesellschaftlich oder wirtschaftlich abhängigen Männer, das mir bisher geschenkte Vertrauen auf meinen glänzenden befähigten Nachfolger in der Kandidatur zu übertragen. Daß er desselben würdig ist, hat er durch seinen unermüdbaren Fleiß, seine seltene Tat- und Arbeitskraft zur Genüge bewiesen.

Diese prächtige Erklärung des Genossen Schmidt zeigt am besten, wie hoch die Angelegenheit über dem Niveau persönlicher Rivalität steht. Vielleicht empfindet der Schreiber der schäbigen Notiz in der „Aleine Presse“ angesichts dieser Erklärung ein klein wenig Scham. Wenn nicht, so ist er um so mehr zu bedauern.

Für den Wahlfonds.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands überwies dem Parteivorstand in Berlin die Summe von 5000 M. für die Reichstagswahl.

Die Magdeburger Zählstelle der Metallarbeiter hat 1000 Mark gezahlt, auch die dortigen Lederarbeiter haben einen Beitrag geleistet, der ihren kleineren Verhältnissen entspricht. Die Magdeburger Handschuhmacher haben beschloffen, für die Wahl pro Woche einen Extrabeitrag von 15 Pf. zu leisten, und zwar während der Zeit der Wahlbewegung.

In Leipzig haben die Zählstelle des Handels- und Transportarbeiterverbandes 500 Mark, und das Gesamtpersonal des Plagwitzer Konsumvereins 1000 M. gegeben.

Kandidaten-Aufstellungen.

Für die Provinz Posen sind in einer am 27. Dezember 1906 in einer Konferenz zu Schneidemühl folgende Kandidaten nominiert worden:

Posen Stadt und Kreis: Aug. Debel, Berlin.
Samter-Obornik: Verbandsbeamter Wilh. Schulz, Posen.
Weferin-Bomst: Schlosser Stan. Rybicki, Berlin.
Zul-Kosten: Schneider Lud. Podemski, Hohensalza.
Kamisch-Goslyn: Gew.-Sekretär P. Stoeffel, Bromberg.
Frankfurt-Bissa: Gew.-Sekretär P. Stoeffel, Bromberg.
Schrimm-Schroda: Schneider Lud. Podemski, Hohensalza.
Wreschen-Bleschen: Rauer R. Ruminicki, Posen.
Kroischn: Schneider Lud. Podemski, Hohensalza.
Abelau-Schilber: Verbandsbeamter Heim. Köstler, Breslau.
Czarnikau-Kalmar: Verbandsbeamter Wilhelm Schulz, Posen.
Wirse-Schubin: Arbeiter-Sekretär Friedr. Rejz, Bromberg.
Bromberg: Schriftsteller Georg Ledebor, Berlin.
Hohensalza-Strelno: Vergarbeiter Szechan Tuszynski, Westrop (Westfalen).
Gnesen-Konowitz: Drechsler St. Bierbinski, Gnesen.

Die Kandidatenliste der Sozialdemokraten im Reichlande ist jetzt vollständig. In sämtlichen 15 reichsländischen Wahlkreisen werden Kandidaten aufgestellt. Und zwar kandidieren in:

Aktirk-Thann: Joseph Gsell, Wülhausen.
Wülhausen: Leopold Emmel, Wülhausen.
Colmar: Redakteur Jacques Peirotes, Straßburg.
Gebweiler: Wälschhändler Jos. Bucher, Gebweiler.
Kappelweiser: Gewerkschaftsbeamter Laurent Meyer, Straßburg.
Schlettstadt: Zimmermann Eugen Imbs, Straßburg.
Erhein-Ralsheim: Expedient Gustav Hoffmann, Straßburg.
Straßburg-Stadt: Kaufmann Bernhard Böhle, Straßburg.
Straßburg-Land: Ortskrankenkassen-Beamter Richard Fuchs, Schiltigheim.
Hagenau - Weisberg: Gewerkschaftsbeamter Karl Voigt, Straßburg.
Zabern: Gewerkschaftsbeamter Gustav Schulenburg, Straßburg.
Saargemünd - Forbach: Fabrikarbeiter Adam Reischlowitz, Saargemünd.
Diedenhofen - Bilsen: Metallarbeiter Heinrich Voortmann, Metz.
Metz: Geschäftsführender Antoine Schleicher, Metz.
Saarburg-Chaten-Salza: Buchdruckerfaktor Jacques Therré, Straßburg.

Im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Gannau, wo bisher der Genosse Hermann Müller, Mitglied des Parteivorstandes, kandidierte, ist jetzt infolge der Ermählung Müllers zum Kandidaten für Ostelg eine Aenderung eingetreten. Die Genossen in Liegnitz haben den Genossen Karl Dietrich, Gewerkschaftsbeamten zu Breslau, als Kandidaten aufgestellt.

In Riel (7. hollsteinischer Wahlkreis) wurde der bisherige Vertreter des Kreises im Reichstage, Genosse Legien, ohne formelle Abstimmung von überflüssiger Versammlung unter jubelndem Beifall wieder als Kandidat aufgestellt.

In Ost-Land ist der Genosse Parteisekretär Bernhard Müller-Köln nominiert worden.

Im anhaltischen Wahlkreise Bernburg-Balkenstedt, den von 1898 bis 1903 der Genosse Albrecht vertrat, kandidiert jetzt der Genosse Bender-Magdeburg.

Im Kreise Wanzleben ist Genosse Silberschmidt-Berlin Kandidat.

Im Wahlkreise Dortmund-Hörde ist in einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises der bisherige Vertreter im Reichstage, Genosse Bömelburg, wiederum als Kandidat aufgestellt worden.

Die Landeskonferenz des Herzogtums Gotha, die am ersten Weihnachtstages in Gotha tagte, beschloß einstimmig, den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, den Genossen Bod., wieder als Kandidaten aufzustellen.

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Der Magistrat von Senftenberg (Niederlausitz, Wahlkreis Kalau-Ludau) gibt bekannt, daß die Wahlhandlung zur Reichstagswahl am 26. Januar von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr stattfindet. Sollte der dortige Magistrat wirklich nicht wissen, daß der gesetzliche Vorfrist entsprechend die Wahl in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends zu erfolgen hat? Dann werden der Landrat des Kreises oder die

höheren Instanzen den Bürgermeister befehlen müssen, daß, was für das ganze Deutsche Reich recht, auch für Senftenberg billig ist.

Im Wahlkreise Landsberg-Soldin sind die vereinigtgewählten Mitglieder (die Konservativen, Landbündler und Antifaschisten) bereits eifrig dabei, Material für die Umstufung der Wahl zu schaffen, falls sie das Mandat behaupten sollten. Sie haben auf einem Extrablatt der „Neumärkischen Zeitung“ einen Wahlauftrag erlassen, der eine große Anzahl von Unterschriften trägt. Darunter finden sich unter ausdrücklicher Hervorhebung ihrer amtlichen Stellung nicht weniger als elf Amtsrichter!

In den Beschlüssen der Wahlprüfungskommission des Reichstags für die neunte Legislaturperiode heißt es in der Erklärung zum § 10 des Wahleges:

Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinträchtigt, wenn Landräte oder Landratsamtsverwalter Wahlaufträge zugunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Kandidaten unter Verletzung ihres Amtscharakters unterzeichnen.

... Dasselbe gilt für andere Beamte mit obrigkeitlicher Gewalt ...

Staatliche Sozialpolitik zu Wahlzwecken.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Vor Weihnachten wurde durch das Wolffsche Telegraphenbureau, das sich bekanntlich sofort in den Wahlkampf der Regierung gestellt hat, die Meldung folportiert, in Berlin sei auf Veranlassung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts eine Konferenz der Oberverwalter der Reichsämter zusammengetreten, die über neue Wohlfahrtsmaßnahmen für die Arbeiter der Staatswerken beraten sollte. Den hiesigen Werftarbeitern kam die Nachricht nicht überraschend. Hatten doch die Arbeiter der staatlichen Werften in Friedrichsdeich, Kiel und Wilhelmshaven vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, gemeinsam an das Reichsmarineamt und den Reichstag mit einer Petition um Lohnerhöhung heranzutreten; Kommissionen waren eingesetzt worden, die zur Begründung der Forderungen umfassende statistische Enqueten über die bestehenden Löhne und die gebräuchlichen Kosten der Lebenshaltung an den genannten Orten veranstalteten sollten, eine Arbeit, die auch sofort energisch in Angriff genommen wurde und bereits ein tüchtiges Stück gefördert ist. Die hiesigen Werftarbeiter waren nun der Ansicht, daß die Berliner „Wohlfahrtskonferenz“ dieser Petition zuvorkommen und mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen und die tiefgehende Unzufriedenheit der Werftarbeiter eine Erhöhung der Löhne vornehmen würde.

Lassen doch auch in anderer Hinsicht gerade jetzt, wo auch die „kaiserlichen“ Arbeiter plötzlich als Staatsbürger in Rechnung gestellt werden müssen, die Werftarbeiter erkennen, daß ihnen die zufriedene Gemütsverfassung „ihrer“ Arbeiter ein Gut ist, auf das sie außerordentlichen Wert legen. So wird seit einiger Zeit hier und in Wilhelmshaven, obwohl auf den staatlichen Werften jede politische Agitation streng untersagt ist, unter geheimer Führung der Arbeiter eine Petition der Werftarbeiter an den Reichstag gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Blättern, genannt „Der reichstreu Arbeiter“, in Massen verbreitet und den Arbeitern gratis ausgeteilt, dessen einziger Inhalt die Beschimpfung und Verleumdung der Sozialdemokratie in unflätigster, antisemitisch-scharfmacherischer Manier bildet. Ueberflüssig zu bemerken, daß die „kaiserlichen“ Werftarbeiter, die hier und gewiß auch in Wilhelmshaven und Danzig mit Stolz die Kerntuppen der sozialdemokratischen Wählererschaft bilden, den Beschluß mit Betrachung zurückweisen.

Was die Berliner Konferenz der Oberverwalter anlangt, so hatte freilich die hiesige Werftarbeiter zu derselben Zeit, wo sie die erwähnte Reklamation durch das Wolffsche Bureau verbreiten ließ, selbst dafür geforgt, daß sich die Arbeiter über die geplanten „Wohlfahrtsmaßnahmen“ keine allzu großen Illusionen hingaben. In der Woche vor Weihnachten war nämlich auf der Werft ein Anschlag erschienen, des Inhalts, es werde mit Rücksicht darauf, daß im kommenden Januar der Geburtstag des Kaisers auf einen Sonntag falle, der Tag vor Weihnachten den Arbeitern ohne Lohnabzug freigegeben. Wenn die Werftarbeiter aber geglaubt hat, mit diesem von der bürgerlichen Presse gepriesenen „Weihnachts-geschenk“ Eindruck auf die Arbeiter zu machen, muß sie diesen ein kurzes Gedächtnis zugezogen haben, denn auch in früheren Jahren wurde bei solchen Gelegenheiten, wenn nämlich der Geburtstag des Kaisers auf einen Sonn- oder Feiertag fiel, den Arbeitern der Werft ein Tagelohn ausbezahlt. Der eigentliche Zweck des freien Tages aber wurde auch dem letzten Arbeiter klar, als bekannt wurde, daß auch die Privatwerften die gleiche Anordnung getroffen hatten. Nur verschmähte man auf der Kruppischen Germania-Werft und auf Howaldtswerken den rellamehaften Schein besonderer Wohlfahrtsabsichten und gab offen als Grund der Lohnnahme betriebstechnische Rücksichten an; es lohnte sich nicht, zwischen dem Sonntag und dem Weihnachtstfest an dem einen Tag den Werftarbeiter aufrecht zu halten. Der feine Plan der kaiserlichen Werftarbeiterverwaltung, aus der Not eine Tugend zu machen und außerdem noch den Lohn für „Kaisergeburtstag“ zu profitieren, war damit sichtbarlich an den Pranger gestellt.

Ueber den Ausgang der Wohlfahrtskonferenz aber waren sogar die Optimisten unter den Werftarbeitern, die dem Reichsmarineamt wenn nicht sozialpolitische Einsicht, so doch eine gewisse wohltätige Schlaubeit zugezogen hatten, äußerst verblüfft. Von irgend welcher Lohnhöhung kann, wie der Oberverwalter, Admiral von Usedom, dem Arbeiterausschuß, den er vor sich hinstellte, eröffnete, keine Rede sein. Wohl aber habe sich die Konferenz entschlossen, Ferien für die Arbeiter einzuführen. Nun wären gewiß gerade für die Arbeiter der kaiserlichen Werft, die am Schraubbloß, Amboß oder an der Drehbank und bei ihrer sonstigen schweren Arbeit im Sommer manchen Tropfen Schweiß vergießen müssen, Ferien eine große Wohltat, aber Ferien, wie sie ihnen das Reichsmarineamt anbietet, wird die überwältigende Mehrheit mit sehr gemischten Gefühlen hinnehmen. Es sollen nämlich bloß die Arbeiter, die bereits 7 Jahre auf der Werft ununterbrochen beschäftigt sind, Anspruch auf diese Vergünstigung haben, und zwar dergestalt, daß solche, die 7 Jahre hinter sich haben, 4 Tage — Arbeiter, die mehr als 10 Jahre dort beschäftigt sind, 6 Tage im Jahre frei erhalten. Weitere Einzelheiten, die, nach den Erfahrungen, die die Arbeiter schon so häufig mit der Sozialpolitik des Marineamts gemacht haben, sicher ebenso viele weitere Forderungen an dieser „Wohltat“ bedeuten werden, sollen noch bekannt gemacht werden.

Daß auf diesen Wahlkampf kein halbwegs klassenbewußter Werftarbeiter kriehen wird, versteht sich am Bande. Die Tausende, die bei der Wohltat einfach übergegangen werden, obwohl sie im Interesse der Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft die paar freien Tage ebenso bitternotwendig brauchen wie die „Siebenjährigen“ und „Zehnjährigen“, werden schon dafür sorgen, daß alle Vorzüge dieses sozialpolitischen „Geschenks“ in das hellste Licht gerückt werden. Und was diejenigen, denen die Ferien wirklich zu teil werden, anlangt, so wissen sie, daß es nachher gerade in allen Industriezweigen Arbeitgeber genug gibt, die im richtig verstandenen Interesse ihres Geschäfts oder Betriebes solche Einrichtungen in ganz anders wirkungsvollem Umfang und ohne die Fuß-

angehen der staatlichen Musteranstalt schon längst eingeführt haben. Allen aber steht es über jeden Zweifel erhaben fest, daß ohne die von den Gewerkschaften mit Energie und ohne Unterlaß getriebene Agitation unter den Werkarbeitern und ohne das sachkundige und rücksichtslose Eintreten ihres Abgeordneten Legien im Reichstag selbst diese kümmerlichen, in ihrem Zweck allzu durchdringlichen Anfänge zu einer fortschrittlichen Sozialpolitik auf der Reichswehr unentbehrbar wären.

Darum wird auch dieser neueste Wahltritt des Reichsmarineamts, mag er mit noch so länderer Reklame in Szene gesetzt werden, bei den Vorkämpfern des Gegenteils von dem erzielten, was er bezwecken soll, d. h. er wird die Werkarbeiter noch geschlossener den Reihen des kämpfenden Proletariats, der Sozialdemokratie, zuführen. Das werden über kurzem die Wahlen beweisen.

Die Kolonialarmee!

Schon am Tage der Reichstagsauflösung schrieben wir, daß die Regierung den Reichstag nicht deshalb aufgelöst habe, weil mit dem Zentrum keine Verständigung über die Zahl der zur endgültigen Niederwerfung der Sottentotten erforderlichen Truppen möglich gewesen wäre, sondern daß es sich für die Regierung um einen Kampf für eine

neue Aera der Weltpolitik,

um die

Schaffung einer Kolonialarmee

handle, um eine Politik, die das Zentrum mit Rücksicht auf seine proletarischen und kleindauerlichen Wählermassen trotz aller sonstigen Gefügigkeit in kolonialen Dingen nicht ohne weiteres mitmachen könne.

Daß wir mit unserer Auffassung damals den Nagel auf den Kopf trafen, beweist eine neueste offiziöse Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ Das offiziöse Organ wendet sich gereizt gegen einige liberale Neugierigen, die der Regierung einen schlichten Vorwurf darüber zu machen wagten, daß sie die Frage der Stärke der südwestafrikanischen Schutztruppe zum Vorwand der Reichstagsauflösung genommen habe, während sie doch ganz genau hätte wissen müssen, daß die Ergebung der Sottentotten unmittelbar bevorstehe, daß also in der Tat eine ganz bedeutende Herabsetzung der Schutztruppe möglich gewesen sei!

Hierauf antwortet nun das offiziöse Organ:

„Nach alter Gewohnheit benutzen einige liberale Blätter die erstensrichtige Nachricht von der Unterwerfung der Sottentotten als Anlaß, der Reichsregierung in den Rücken zu fallen. In einer dieser Preshäuserungen wird eine Rechtfertigung des Zentrums wegen seiner Haltung am 18. Dezember unternommen, wie sie kein Zentrumsmann besser zu Stande gebracht hätte. Die Tatsache, daß sämtliche liberalen Abgeordneten in den entscheidenden Abstimmungen fest zur Regierung gestanden haben, wird mit der Androhung zu befechtigen versucht, daß sie von der Regierung über die Sachlage in Südwestafrika im unklaren gehalten worden seien.“

In Wirklichkeit hat die Regierung die Situation auf dem Kriegsschauplatz nicht verschleierte, sie hat die Möglichkeit eines schnellen Endes des Aufstandes durchaus in ihre Berechnung gezogen und war daher auch durch die letzten günstigen Nachrichten keineswegs überrascht.

Gerade diese Möglichkeit eines baldigen Abchlusses der kriegerischen Operationen mußte ein Grund mehr für die Regierung sein, die vom Zentrum verlangte Bindung auf eine bestimmte Truppenzahl abzulehnen und für die Kriegsführung freie Hand zu fordern. Andererseits bestand die Kleinlichkeit der Zentrumspolitik eben in dem Nichtwahren, daß sie der Reichsregierung für die Behandlung der Dinge in Südwestafrika und der kolonialen Fragen überhaupt entgegenbrachte und durch die Abstimmung vom 13. Dezember behandelte.“

Also die Regierung wußte, daß der letzte Widerstand der Sottentotten bald zusammenbrechen würde, daß die Kriegslage eine baldige Herabsetzung der Truppenzahl auf 2500 Mann oder noch weniger gestattete — aber gerade deshalb lehnte sie jede Verständigung mit dem Zentrum ab und jagte die Bande auseinander!

Diese scheinbar aberwitzige Argumentation hatte eben ihre Logik in dem Bestreben der Regierung, ohne jede Rücksicht auf die Kriegslage auf alle Fälle eine möglichst zahlreiche Truppe in Südwestafrika zurückzubehalten. Oberleutnant Kuhl sprach ja von

7000 Mann,

die noch vom Jahre 1908 ab in West-West verbleiben sollten, und Oberleutnant Quade erklärte, daß

5000 Mann

dauernd in der Kolonie bleiben müßten!

Das für wäre das Zentrum vermutlich nach Beendigung des Sottentottenkrieges doch wohl nicht zu haben gewesen, und vielleicht hätten angefaßt dieser neuen Situation, wie sie sich jetzt 14 Tage nach der Reichstagsauflösung darstellt, sogar die Freisinnigen die Heresfolge versagt!

Deshalb mußte das Eisen geschmiedet werden, so lange es warm war! Deshalb übertrieb man die freisinnigen Gimpel mit der Phrase von der „nationalen Waffenehre“, deshalb warf man der Volksmehrheit den Fehdehandschuh hin!

Die Regierung will

eine Weltpolitik größeren Stils,

sie will die

Kolonial-Armee!

Nieder mit dieser unsinnigen Weltpolitik!

Zentrum und Kolonialpolitik.

Herr Erzberger hat soeben eine Wahlprognose veröffentlicht, die für den Massenbetrieb unter den Zentrumswählern bestimmt ist. Herr Erzberger spricht also diesmal namens des Zentrums überhaupt. Die Broschüre beschäftigt sich eingehend mit der Kolonialpolitik. Sie behandelt zunächst die Stellung des Zentrums zu den Nachtragsetats für Südwestafrika, die zu der Reichstagsauflösung führten. Der zweite interessantere Teil erörtert die finanzielle Seite der Kolonialpolitik.

Herr Erzberger saßt alle Momente, die gegen die Kolonialpolitik sprechen, übersichtlich zusammen. Er wiederholt die Berechnung seiner früheren Broschüre, wonach der ganze Ein- und Ausfuhrhandel unserer sämtlichen Kolonien mit Deutschland in 20 Jahren nur die Summe von 318 Millionen ergeben hat. An die kleine Schweiz allein habe Deutschland im Jahre 1905 für 367 Millionen Markt Waren verkauft!

Als Siedlungskolonie kommen nach Erzberger unsere Kolonien nicht in Frage. In allen deutschen Kolonien zusammen lebten im Jahre 1908 nicht einmal 6000 Deutsche.

Der südwestafrikanische Aufstand habe uns bis jetzt zweitausend Menschenleben und 300 Millionen Markt gekostet. Bis zur Beendigung des Krieges würden mehr als 400 Millionen herauskommen. In sechs Jahren habe uns Südwestafrika 500 Millionen Markt gekostet.

Südwestafrika sei 1 1/2 mal so groß wie Deutschland, wirtschaftlichen Wert besitze diese Kolonie aber trotzdem nicht. Auf sie treffe das Wort des Dichters zu:

„Nur Steine gab's und wenig Brot
Und mancher lächne Meistersmann
Hat dort den Trunk sich abgetan!“

Selbst der Kolonialschwärmer Dr. Peters habe noch im November 1905 offen geschrieben:

„Deutsch-Südwestafrika reicht an die ärmsten Teile von Englisch-Südafrika nicht heran.“

Regierungsvertreter und Kolonialoptimisten wie der frühere Landeshauptmann v. François und der gegenwärtige Gouverneur v. Lindequist hätten noch in den letzten Wochen erklärt, daß bei voller Besiedelung des ganzen Landes höchstens 10 000 Großfarmer dort ihr Auskommen fänden. Herr Erzberger sagt dann wörtlich:

Bei voller Besiedelung des Landes haben wir somit mit 10 000 Rittergutsbesitzern

zu tun! Und für diese solche Opfer! Man weiß nun gern darauf hin, daß sich 1000 Leute aus der Schutztruppe bereit erklärt hätten, sich im Lande niederzulassen! Aber was beweist dieses? 22 000 Mann waren insgesamt dort; sie alle zogen freiwillig hinaus, viele wohl mit der Absicht, dort zu bleiben. Wer im Lande bleibt, erhält eine ganz ungewöhnliche Unterstützung! Jeder Ansiedler hat ein unverzinsliches Darlehen von 6000 M. erhalten! (Der Reichstag hat hierfür schon nahezu eine Million bewilligt.) Wenn man einem jeden Handwerker bei uns 6000 M. unverzinslich gibt zur Anschaffung von Maschinen, so kommt er rasch vorwärts! Das der Regierung zur Verfügung stehende Land erhalten diese Leute teilweise ganz umsonst, teilweise sehr billig! Und was ist der Erfolg bei allen diesen günstigen Anerbietungen?

Nur 5 Proz. bleiben im Lande! 95 Proz. kehrten diesem den Rücken!

Alle diese Zahlen besagen sehr wenig Günstiges über den Stand der Kolonie!

Diese kolossalen Kosten für die Kolonialpolitik, speziell für Südwestafrika, haben uns, so führt Herr Erzberger weiter aus, in die trostloseste Finanzlage gebracht. Für das Jahr 1907 rechnet die Regierung mit 265 Millionen Markt neuer Schulden. Trotzdem doch erst im Frühjahr 190 Millionen Markt neuer Steuern geschaffen worden sind, ruft die Regierung schon jetzt nach 25 bis 30 Millionen neuer Steuern!

So weit Herr Erzberger. Seine Kritik trifft durchaus ins Schwarze. Ins Schwarze freilich in dem Doppelhans, daß sie auch gegen das Zentrum gerichtete Anklagen enthält!

Dem gerade das Zentrum hat der Regierung bisher durch seine Zustimmung zu all den geschätzten Ausgaben die aberwitzigen Geldverschwendungen für die absolut wertlosen Kolonien ermöglicht!

Das Zentrum hat mitgeholfen, im Frühjahr dieses Jahres dem Volke die neue Steuerbürde von 190 Millionen aufzulegen!

Und wenn Herr Erzberger des weiteren ausführt, daß ein Wahlsieg der bisherigen parlamentarischen Minderheit für das Volk eine ungeheure Erhöhung der indirekten Steuern bedeute, so hätte er ehrlicher Weise hinzufügen sollen, daß gerade das Zentrum diese Politik der indirekten Steuererschöpfung der proletarischen Volksmassen von Anfang bis zu Ende mitgemacht hat!

Die Broschüre des Herrn Erzberger, die im „Germania“-Verlag in Berlin erschienen ist, enthält also nicht nur wuchtiges Anlagematerial gegen die Regierung, sondern auch gegen das Zentrum selbst!

Die Sozialdemokratie wird sich dies wirksame Agitationsmaterial in ihrem Kampfe gegen das Zentrum nicht entgehen lassen!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Dezember.

Gimpel und Schwindler!

Auch das „Berliner Tageblatt“ hatte, wie wir gestern mitteilten, die Regierung angegriffen, daß sie die Frage der Stärke der Schutztruppe zum casus belli gemacht habe, obwohl sie gewußt habe, daß der Aufstand der Sottentotten in aller Kürze niedergeworfen sein werde. Den Rüssel der „Nordd. Allg. Ztg.“, den wir an anderer Stelle wiedergeben und darin das offiziöse Blatt rund heraus erklärt, daß der Appell der Regierung an die „nationale Waffenehre“ in der Tat nichts anderes gewesen sei, als eine Leimrute zur Abänderung der freisinnigen Gimpel, beantwortet nun das Rasse-Blatt nicht etwa mit heftigen Anklagen wegen dieser standalösen Duplerung, sondern mit Beschlagen darüber, daß die Regierung nicht ebenso die Kulturkampfspauke schlage, wie der Freisinn!

Die Regierung habe nur dann ein Recht zur Auflösung des Reichstages gehabt, wenn sie damit eine „allgemeine Kriegserklärung gegen das Zentrum“ beabsichtigt habe. Sei dem aber so, so müsse die Regierung Farbe bekennen und offen sagen, daß es bei der Reichstagsauflösung auf eine „Abhüttelung des Zentrumsjoches“ abgesehen gewesen sei. In diesem Falle würde der Freisinn auch heute noch begeistert mit der Regierung gehen! Dann aber müsse die Regierung die Parole „Los vom Zentrum“ mit allem Nachdruck in den Wahlkampf werfen. Die Parole will freilich offen ausgesprochen werden, da hilft kein Rundspitzen, es muß gepfeifen werden.“ Der Rasse-Freisinn will also auch nach der neuesten schamlosen Verhöhnung des Volkswillens sein Sdrigkeitsverhältnis zur Regierung nicht lösen! Er will der Regierung auch zu einer Kolonialarmee verhelfen, wenn sie ihm nur wieder hilft, durch eine wüste Kulturkampfspaukerie die Aufmerksamkeit der freisinnigen Wähler von der schänden Berräterei des Freisinns abzulenken!

Die Rassefischen Beschuldigungen werden freilich vergebens sein. Schon haben ja die eigentlichen Regierungsparteien, die Konservativen und die Nationalliberalen munter mit dem Zentrum zu teufelmecheln begonnen. Wie kann da die Regierung dem bedrängten Freisinn zu Liebe dem Zentrum noch ärgere Kränkungen zufügen, als es sie ja ohnehin erfahren hat. Ganz abgesehen davon, daß die Regierung selbst bereits wieder daran denken muß, mit dem Zentrum seinen Frieden zu schließen, denn wo fände die Regierung eine Mehrheit für ihre reaktionäre Politik, wenn ihr nicht wie früher das Zentrum abermals Helfersdienste leistet!

Anderes, aber nicht minder schamlos sucht sich die „Freisinnige Zeitung“ mit der neuen Situation abzufinden. Das Blatt des Herrn Biemer, der jetzt an die Stelle des krankheitshalber abgetretenen Herrn Müller-Sagan getreten ist, bringt es fertig, die Ablehnung des Zentrumsantrages durch die Regierung und die Auflösung des Reichstages damit zu rechtfertigen, daß es ja die ehrliche Absicht der Regierung gewesen sei, nach einer

Beendigung des Krieges die Schutztruppe nach dem 1. April 1907 „noch weiter als auf 2500 Mann herabzusetzen“. Die Vertreter der Regierung hätten das in der Kommission sowohl wie im Plenum ja wiederholt erklärt. Speziell der Gouverneur von Lindequist habe ja in der Kommission eine starke Schutztruppe „als eine überaus unwirtschaftliche Ausgabe“ bezeichnet. Es stehe also außer Frage, daß die Regierung nunmehr ganz im Sinne der freisinnigen Wünsche alle entbehrlichen Truppen aus dem Schutzgebiet sobald als möglich zurückziehen werde!

So mag die „Freisinnige Zeitung“ ihre Leser zu beschwichtigen! Sie kennt die Erklärungen der Regierungsvertreter, wonach an eine Herabminderung der Schutztruppe auf weniger als 7000 resp. 5000 Mann überhaupt nicht zu denken sei, und schreibt der Regierung gleichwohl die Absicht zu, die Schutztruppe womöglich noch auf weniger als 2500 Mann reduzieren zu wollen! —

Die Arbeiterkandidaturen des Zentrums.

Der „Vorwärts“ hatte in seiner Nummer vom letzten Freitag auf Grund eines Artikels der „Kölnischen Volkszeitung“ nachgewiesen, daß bei dem Zentrum wenig Neigung besteht, dem Verlangen der katholischen Arbeiter nach Aufstellung von Kandidaten aus der Arbeiterklasse nachzukommen. Die „Kölnische Volkszeitung“ will das nicht gelten lassen und bemerkt in einer Erwiderung auf unsere Ausführungen:

„Schon der bevorstehende Wahlkampf dürfte den „Vorwärts“ eines besseren belehren, indem die Zentrumspartei in mehreren aussichtsreichen Wahlkreisen Kandidaten der Arbeiter aufstellen wird.“

Also das Zentrum wird wirklich bei der letzten Reichstagswahl „mehrere“ Arbeiter als Kandidaten aufstellen. 88 Jahre besteht die Zentrumspartei im Reiche, und ebenso lange gibt es im Reichstage eine Zentrumskraktion, die durchschnittlich immer hundert Mitglieder gezählt hat. Und in dieser ganzen langen Zeit, in der einmal zum Reichstag gewählt worden ist, hat das Zentrum es nicht ein einziges Mal der Mühe für wert gehalten, der Arbeiterklasse einen Vertreter ihrer Klasse sich und Stimme im Reichstage einzuräumen. Stöbel selbst, der lange, lange Jahre der einzige Arbeiter in der Zentrumskraktion des Reichstages war, ist nicht von der Zentrumspartei aufgestellt, sondern gegen den offiziellen Zentrumskandidaten von den christlich-sozialen Arbeitern im Jahre 1877 gewählt worden.

Also jetzt soll das anders werden, und, wie die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt, werden „in mehreren aussichtsreichen Wahlkreisen“ Vertreter der Arbeiter als Zentrumskandidaten aufgestellt. Das Wochenblatt sagt vorsichtigerweise in „aussichtsreichen“ Wahlkreisen. Ja, warum stellt denn das Zentrum, wenn es ihm so ernst ist mit der Vertretung der Arbeiter, Kandidaten aus ihren Kreisen nicht in sicheren Zentrumskreisen auf? In zahlreichen Kreisen der Zentrumspresse konnten wir in letzter Zeit, als Beweis für die Unerbittlichkeit des Zentrumsturmes, lesen, daß die Partei im Jahre 1903 von ihren hundert Mandaten deren 85 im ersten Wahlgange erobert habe, und was speziell das Rheinland betrifft, so hebt der Wahlauftrag der rheinischen Zentrumspartei ausdrücklich hervor, daß hier 24 Mandate auf den ersten Gieb fielen und nur vier in der Stichwahl behauptet zu werden brauchten.

Warum stellt das Zentrum nicht in diesen bombastischen Kreisen Arbeiterkandidaturen auf, warum nur in „aussichtsreichen“? Sehen wir uns diese Kreise, die das Zentrum den Arbeitern zur Verfügung stellt, ein wenig näher an. In Essen kandidiert Wiesberis, als Nachfolger Stöhels; in Dortmund Gewerkschaftssekretär Effert; in Bochum Arbeitersekretär Klost; in Duisburg Arbeitersekretär Bronowski; in Hagen Arbeitersekretär Boder; in Saarbrücken Gewerkschaftssekretär Wernerus; in Osnabrück Arbeitersekretär Schwertmann. Das sind die bisher aufgestellten Arbeiterkandidaturen des Zentrums.

Diese Kreise sind derart „aussichtsreich“, daß nur einer davon im Besitz des Zentrums war (Essen) und dieser eine zuletzt auch nur in der Stichwahl mit knapper Not gewonnen werden konnte; in Bochum, Dortmund wie Duisburg ist das Zentrum durch die Sozialdemokratie aus der Stichwahl herausgedrängt worden, und in den übrigen der genannten Kreise hat es das Zentrum bisher überhaupt noch nicht zur Stichwahl gebracht. Das ist also die Art, wie das Zentrum die Forderung der katholischen Arbeiter wegen Zulassung zur parlamentarischen Vertretung erfüllt.

Wenn das Zentrum in den genannten industriellen Kreisen Arbeiter aufstellt, so deshalb, weil es durch eine Arbeiterkandidatur immer noch bessere Geschäfte zu machen hofft, als durch Kandidaten aus der besitzenden Klasse; es ist ein Konkurrenzmanöver gegenüber der Sozialdemokratie. Wie im übrigen diese Arbeiterkandidaturen von den biederen Zentrumskräften angesehen werden, zeigt die Auslassung eines Zentrumskrautes nach der Reichstagswahl in Duisburg im Jahre 1908, wo der ultramontane Kandidat, Sattler Holz, mit dem liberalen Kandidaten, Kommerzienrat und späteren Minister Köhler in die Stichwahl kam:

„Wir hätten trotz alledem noch sagen können, wenn nicht viele von den „besser situierten und gebildeten“ Katholiken, denen — offen muß diese Wunde aufgedeckt werden — ein Arbeiterkandidat nicht paßt...“ für Köhler gestimmt hätten.“ So zu lesen in der „Germania“, Nr. 148, Zweites Blatt, vom 3. Juli 1908!

Stellen wir also noch einmal fest: das Zentrum hütet sich, Arbeiterkandidaten in sicheren Wahlkreisen aufzustellen; wo das Zentrum Arbeiterkandidaten aufstellt, geschieht es als Konkurrenzmanöver gegen die Sozialdemokratie, wobei es dann, nach dem Eingeständnis der „Germania“, vorzuziehen, daß die besseren und gebildeten Zentrumskräfte aus Gah gegen den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ für den liberalen Gegner stimmen.

Wir sind begierig, was die „Kölnische Volkszeitung“ auf diese Feststellungen zu erwidern hat.

Deutsches Reich.

Was bezweckt das Zentrum im Wahlkampf?

Das „Berl. Tagebl.“ weiß von allerlei schwarzen Plänen zu berichten, die es von einer zuverlässig unterrichteten Seite erfahren haben will. Die Mitteilungen tragen zwar mehrfach den Stempel der Uebertreibung deutlich zur Schau, in ihrer Gesamtentendenz dürften sie aber trotzdem richtig sein. Dem Blatt wird von seinem Gewährsmann geschrieben:

„Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich über die Wahlpolitik, auf die sich die Zentrumsführer geeinigt haben, einige interessante Einzelheiten. Danach geht das Zentrum, das offenbar mit einer gewissen Vertinderung seiner Mandate rechnet, darauf aus, sowohl die Rechte wie die äußerste Linke auf Kosten des bürgerlichen Liberalismus zu stärken. Man will den Nationalliberalen Abbruch tun, wo man kann, gleichgültig, ob das zugunsten eines Konservativen oder eines Sozialdemokraten geschieht. Dasselbe Schicksal will das Zentrum dem Freisinn bereiten, den es zu „zerreiben“ ge-

denkt. Auch den Polen will das Zentrum gegen liberale Kandidaten seine Unterstützung leisten. Im einzelnen ist über diese Taktik der Merkfürsten folgendes festzustellen:

In sämtlichen niederschlesischen Wahlkreisen wird das Zentrum bereits im ersten Wahlgange seine Anhänger zur Stimmabgabe für den konservativen Kandidaten abkommandieren, um, so weit es möglich ist, diesen und nicht den freisinnigen Kandidaten in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten zu bringen. Wie sich der Freisinn dann in der Stichwahl verhält, ist dem Zentrum gleichgültig; es erreicht seinen Zweck, ob nun der Reaktionsär oder der Genosse schließlich gewählt wird. In einzelnen Wahlkreisen, zum Beispiel in denen des Großherzogtums Posen, wird das Zentrum überhaupt Wahlenthaltung üben, um den Nationalliberalen zugunsten der Sozialdemokraten oder der Konservativen Abbruch zu tun. In Bayern wird das schwarz-rote Wahlbündnis, das bei den Landtagswahlen so schön funktioniert hat, auch für die Reichstagswahlen aufrecht erhalten werden. . . .

Ganz besonders haben es die Zentrumskommandanten auf einzelne ihnen besonders mißliebige liberale Abgeordnete abgesehen. So werden in Kreuznach-Simmern, wo Herr Paasche landbirtet, mehrere tausend Zentrumstimmen für den vom Bund der Landwirte und den Konservativen aufgestellten, früher nationalliberalen Herrn v. Klöden abkommandiert werden, um Herrn Paasche, sei es in der Hauptwahl oder in der Stichwahl, das Mandat abzujagen. . . .

Auch die freisinnige Kandidatur Kämpf in Berlin I gebent das Zentrum zu Fall zu bringen, indem es Wahlenthaltung übt. Das würde bei der Stichwahl in der Tat den Sieg des Sozialdemokraten Kronz sehr wahrscheinlich machen. Mit dem Wahlsieg Kronz will das Zentrum ausgesprochenem Maße der Regierung einen Totschanton: Ueber der Reichshauptstadt soll das rote Banner wehen, die Regierung soll inne werden, daß das Zentrum nicht mit sich spielen läßt.

Ein nüchtern rechnender Realpolitiker ist der Gewährsmann des „Berl. Tagebl.“ kaum. Er hat, wie die Ausführungen über die Kandidatur Kämpf beweisen, reichlich viel Phantasie und sieht die politische Welt durch eine freisinnig-kontaktsgebläute Brille. Zieht man diesen Schdefekt ab, dann ergibt sich lediglich die von uns schon mehrfach hervorgehobene Tatsache, daß das Zentrum dahin strebt, die bisher von ihm innegehabte maßgebende Stellung wiederzuerlangen und zu diesem Zweck die Entstehung einer konservativ-liberalen Mehrheitskombination zu hintertreiben sucht. Es ist nicht besonderer Haß gegen den Liberalismus, der es dazu treibt, die liberalen Mandate zu vermindern, sondern lediglich die Erwägung, daß, wenn der konservativ-nationalliberal-freisinnige Block die Mehrheit im neuen Reichstag erlangt, es der Regierung einfallen könnte, verständig liberal-konservativ zu regieren und das Zentrum, wenn auch nur zeitweilig, auszuschalten. Solche Konstellation will das Zentrum um jeden Preis verhindern. Die Regierung soll sich, wenn möglich noch mehr als bisher, auf das Zentrum angewiesen sehen. Das ist das klar erkennbare Ziel der Wahltaktik des Zentrums. Wenn das Moskische Blatt das immer noch nicht begriffen hat, und, um diese Taktik halb zu kapiieren, erst der Erleuchtung durch allerlei Enthüllungen sogenannter zuverlässiger Gewährsmänner bedarf, dann beweist es nur, wie politisch kurzsichtig es ist. —

Was dahinter steckt!

Die „Deutsche Tagesztg.“, die ja ihren Willen in Herz und Nieren kennt, verrät ein wenig unvorsichtig, weshalb man in West- und Ost auch nach Beendigung des Krieges eine starke Kolonialarmee zu behalten wünscht. Das Bündlerorgan schreibt:

„Deshalb ist es eine Forderung der Selbsterhaltung und der Sparsamkeit, die Schutztruppe in Südwestafrika noch geraume Zeit in genügender Stärke zu erhalten. Man sehe doch den Dingen und den Verhältnissen, wie sie tatsächlich sind, kühl, ruhig und scharf ins Auge! Wir haben in Südwestafrika nicht nur die Angelegenheiten des Schutzgebietes selbst im Auge zu behalten, sondern müssen fortgesetzt unsere Aufmerksamkeit den Grenzverhältnissen zuwenden. Wir befinden uns dort, wie von keiner Seite bestritten werden kann, in einer sehr exponierten Stellung. Diese Stellung legt gewisse Verpflichtungen auf, deren Vernachlässigung sehr bedenklich, ja in hohem Grade gefährlich sein könnte. Gerade für solche Verhältnisse ist eine ausreichende, stets bereit liegende Truppe die beste Sicherung des Friedens.“

Also der englischen Nachbarschaft wegen sollen in West- und Ost 5-7000 Mann ständig stehen bleiben!

Ist es gleich Wahnsinn, so hat es doch Methode! —

Tiefgründige Weisheit.

In dem Bemühen, der Sozialdemokratie Mandate abzujagen, leistet sich die reaktionäre Presse immer neue Entdeckungen. Erst vor wenigen Tagen las man in bürgerlichen Blättern, daß die Sozialdemokratie den weitaus größten Teil ihrer Mandate nicht eigener Kraft, sondern nur der Lässigkeit der bürgerlichen Wähler verdanke, denn alle Wähler, die nicht ihre Stimme abgaben, seien nicht etwa politisch indifferent, sondern liberal oder konservativ. Inzwischen hat ein anderer patriotischer Schlaupflock herausgefunden, daß noch ein anderer, viel wichtigerer Faktor die sozialdemokratischen Wahlsiege bewirkt — nämlich die choleriche Veranlagung mancher deutscher Spießbürger und die in dieser Eigenschaft begründete Manie, sich über die deutschen Beamten zu ärgern. Die Wochenchrift „Der Deutsche“ schreibt und nationalliberale Blätter bruden diese tiefgründige politische Weisheit nach:

„Noch wichtiger, als das Plötmachen der Reichswähler, ist das Festhalten der Mitläufer der Sozialdemokratie. Das ist das unabsehbare Heer der politisch Gedanklosen, die sich über irgend einen Vertreter der Staatsallmacht geirrt haben. Man wird ihnen das Hirn nur sehr allmählich mit historischem Sinn und nationalem Verantwortlichkeitsgefühl wieder füllen können. Aber man kann, durch unermüdete, immer wieder erneute Agitation in Wort und Schrift und Beispiel, es wenigstens erreichen, daß einige Ursachen der Verärgerung wegfallen. Die wesentlichsten sind die Art der Behandlung des Publikums durch die Herrgötter jedes Bureau, jedes Schalters, jedes grünen Tisches. Wenn von uns ist es noch nicht passiert, daß er in ganz überflüssig barbarem Tone Befehle erteilt — bis der Beamte erfährt, man sei Reserveoffizier oder habe mit dem Herrn Schultrot schon gesprochen oder erwarde Nachricht von dem Onkel Erzengel. . . . Man hält es nachgerade für selbstverständlich, daß der Wachmeister auf dem Speisebureau, um „Respekt“ zu erwecken, den Gruß des Eintretenden nicht erwidert und überhaupt erst nach fünf Minuten vom Pult aufblickt. Man hört es, wie einzelne Leute mit unklarem Gedankengang als Zeugen von ungeduldrigen Richtern angefahren werden, man erlebt es, wie jeder um eine Unfallszene kämpfende vor dem Schiedsgericht als Simulant und Verbrecher sich verdamigen lassen muß — und da kommen die Mitläufer her. Die Beamten meinen es ja nicht böse, sind gutmütige deutsche Spießbürger, wie die vor ihnen Stehenden auch, aber mit dem Mißverständnis

fängt es an und mit den roten Stimmzetteln hört es auf.“

Es mag schon sein, daß einzelne Personen in ihrem Aerger über das Auftreten der deutschen und speziell der preussischen Bureaucratie sozialdemokratische Stimmzettel abgeben; aber wir wissen einen Faktor, der noch viel mehr Wähler ins sozialdemokratische Lager treibt! Das ist die Dummheit gewisser auchliberaler Zeitungsschreiber und Politiker. Aus Aerger über den ihnen von diesen tagtäglich aufgesetzten Ansinn greifen die Leute nicht nur zum sozialdemokratischen Stimmzettel, sondern auch zur sozialdemokratischen Lektüre und sind dann auf immer für die Einseitigkeiten der nationalliberalen Presse verloren. Und das beste ist, dieser Faktor läßt sich nicht ändern, denn die Dummheit besagter Zeitungsschreiber läßt sich nicht ändern, da sie auf erblicher Anlage beruht und den davon Befallenen selbst nicht zum Bewußtsein kommt.

Sie öffnen das Bistep!

Wir lesen in der „Vossischen Zeitung“: „In allen Baulaufstellen und Wahlzirkeln der Sozialdemokratie ist von ihren eigentlichen Zielen nicht die Rede, nichts vom Klassenkampf, nichts von der Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden, an Fabriken und Produktionsmitteln. Die Bürgerschaft wird dessen gleichwohl nicht vergessen, sie wird eingedenk sein, wie die Sozialdemokratie in jede Werkstatt, in jedes Handwerksloft, in jeden Betrieb Unfrieden und Streit trägt, wie sie nicht die soziale Verbesserung der Arbeiter und Arbeitnehmern, sondern die Schärfung der sozialen Gegensätze als ihre Aufgabe betrachtet, und deshalb wird die liberale Wählerschaft es als ihre Pflicht ansehen, die Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt zurückzudrängen und die Mandate nach Möglichkeit freisinnigen Männern zu übergeben. In besonderem Maße wird, wer immer noch einen Funken Liberalismus in sich fühlt, diese Pflicht im ersten Wahlkreise empfinden.“

Das ist wenigstens Politik der Offenherzigkeit. Die Freisinnigkeit beginnt mit den „eigentlichen Zielen“ der Sozialdemokratie und geht dann dem Unternehmertum nach dem Vorbild der „Post“ um den Hals! Sie will die Unternehmer gegen die Benutzungen der Sozialdemokratie schützen, sie will den Ahnemannern und Konfessoren Helfersdienste leisten! Auf die Sozialdemokratie schlägt sie, und jede ernste gewerkschaftliche Tätigkeit meint sie!

Glückauf zu dieser freisinnigen Säuberung Berlins! —

Zur Fleischsteuerung. Der soeben erschienene Jahresbericht der Hamburger Handelskammer für das Jahr 1906 enthält über die Fleischsteuerung und ihren Einfluß auf die Lebenshaltung der ärmeren Volksschichten folgende Kennerung:

„Die Fleischsteuerung, die wir in unserem letzten Bericht zu erwähnen hatten, hat sich in diesem Jahr zum Teil unter der Wirkung der erhöhten Preise weiter verschärft und hat, zumal bei der gleichzeitigen Preissteigerung vieler anderer Lebensbedürfnisse, nicht nur den sozialdemokratischen Führern ein zugkräftiges Agitationsmittel in die Hand gegeben, sondern sich tatsächlich im Haushalt, namentlich der minder- und mittelbegüterten Klassen, aufs empfindlichste bemerkbar gemacht und bedeutende Lohnsteigerungen zur Folge gehabt. (Vgl. d. Red. d. „Voss.“) die bei einem Abflauen der Geschäftstätigkeit wegen der Erhöhung der Produktionskosten die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie im Auslande ernstlich schwächen müssen. Für Hamburg hat der Senat in der Mitteilung an die Bürgerschaft vom 12. dieses Monats auf Grund der Entwicklung der hiesigen Vieh- und Fleischpreise in den letzten Jahren die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es geboten ersehe, in jeder tunlichen Weise auf eine Ermäßigung derselben hinzuwirken. Wenn die diesbezüglichen Anregungen des Senats sowie vieler Stadtvertretungen und Handelskammern bei dem Herrn Reichskanzler bisher wirkungslos geblieben sind, vielmehr die Reichsregierung sich dieser Erscheinung gegenüber vollständig untätig verhielt, ja sogar durch verschärfende Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetz die Einführung ausländischer Fleischwaren noch weiter erschwerte, so zeigt das von neuem, bis zu welchem Grade gegenwärtig alle anderen wirtschaftlichen Interessen hinter den Wünschen und Forderungen der Landwirte zurückgestellt werden.“

Diese Lamentationen sind zwar an und für sich richtig; sie haben aber so lange nicht den geringsten Wert, als die Hamburger Kaufmannschaft und ihre Presse, aus Rücksicht auf die ihr aus der Weltpolitik zustehenden materiellen Vorteile sich immer wieder nach einigem Rädeln in den Dienst der von der Regierung betriebenen Wirtschaftspolitik stellt.

Zentrum und Bülow.

„Zu dem Reichskanzler Fürsten Bülow habe ich volles Vertrauen, er ist ein friedliebender und besonnener Politiker!“

So sprach der Abgeordnete Freiherr von Hertling auf der Versammlung des Provinzialkomitees der westfälischen Zentrumspartei am 2. Oktober 1906. Es wäre interessant, zu wissen, wie jetzt das Zentrum über den Fürsten Bülow denkt. —

Herrenhäuser. In das Herrenhaus sind berufen: Der erste Bürgermeister der Stadt Potsdam, Vohberg, als Nachfolger des am 29. Oktober v. J. verstorbenen Oberbürgermeisters Joehne und der Landgraf Ewald von Hesse-Philippsthal-Barchfeld als Haupt der jüngeren Philippsthaler Linie des hessischen Fürstenhauses und Nachfolger seines am 16. August 1906 verstorbenen Vaters, des Landgrafen Alexis von Hesse-Philippsthal-Barchfeld, Generals der Kavallerie à la suite der Armee.

Das Geistesniveau des Herrenhauses wird durch die Neuerkennungen schließlich erhöht werden. —

Ein neuer Bischof. In Fulda hat heute die Wahl eines neuen Bischofs für den durch den Tod des Bischofs Enderl erledigten Bischofsstuhl stattgefunden. Aus der Wahl hervorgegangen ist der Domkapitular, Professor und Regens des Bischöflichen Priesterseminars, Dr. Damian Joseph Schmitt. —

Ausland.

Frankreich.

Gegen die Klassenherrschaft.

Seinen großen Erfolge in der Deputiertenkammer konnte Kultusminister Briand am Freitag einen nicht minder großen und glänzenden Erfolg im Senat anreihen.

Zur Debatte stand die Ergänzungsnovelle zum Trennungsgesetz, die von der Deputiertenkammer am 21. d. M. mit 388 gegen 146 Stimmen angenommen worden ist. Die Gegner des Gesetzes, die das Wort ergriffen, die beiden Advokaten Las-Cases und Lamarjelle, horten Briand so breite Angriffsflächen, daß es ihm nicht gerade schwer fiel, sie und die gesamte Gegnerschaft des Trennungsgesetzes in glänzendem Stile abzusetzen. Er wiederholte, was er bereits vor den Deputierten gesagt hatte: Er habe zahlreiche Besuche von Priestern, Bischöfen und Erzbischöfen erhalten, die sich einander und bereit erklärten, unter den durch das Gesetz geschaffenen veränderten Umständen im Dienste ihrer Kirche weiter zu fungieren. Daß alle diese sich nachher doch nicht unterwarfen, sei ausschließlich auf den Befehl des Papstes zurückzuführen. Man könne keine katholische Hierarchie zulassen, die besondere Rechte in sich bringe, welche unter Aufsicht einer

auswärtigen Macht ständen. Er werde sich mit Rom in keine Verhandlungen einlassen, denn das monarchische Papsttum und die demokratische Republik seien mit einander unvereinbar. Uebrigens würde auch jede Verhandlung überflüssig sein.

Briands Rede fand so starken Anklang, daß (vom Senat!) der öffentliche Anschlag der Rede des Ministers mit 183 gegen 86 Stimmen beschloffen wurde. Damit war die Generaldiskussion beendet. Die Spezialdebatte wurde auf Sonnabend vertagt.

Bei Schluß der Redaktion liegt noch keine Meldung über die Sonnabend-Sitzung des Senats vor; es ist also nicht einmal sicher, ob es bereits zur Abstimmung kam. Soviel läßt sich indessen mit Gewißheit voraussagen, daß auch vom Senate die Ergänzungsnovelle angenommen werden wird — sonst wäre ja der mit so großer Rojorität gefasste Beschluß, Briands Rede zu plakatieren, geradezu unverständlich.

Der „heilige Vater“ hatte sich einen hübschen Trick ausgedacht: Er ließ allen beim Vatikan „akkreditierten“ Regierungen einen Protest wegen Montagninis Ausweisung aus Paris zugehen. Die Antwortnoten der Mächte sollten veröffentlicht werden. Nun haben ihm aber Rußland, Oesterreich, ja sogar seine beiden Lieblinge Spanien und Belgien einen dicken, dicken Strich durch die schöne Rechnung gemacht: sie ließen einfach den Empfang der Protestnote bestätigen — wie man etwa dem Schlächter den Empfang einer Sendung Wurst bestätigt — nichts mehr, nichts weniger! Da dieses vortreffliche Beispiel bei den anderen Nationen Nachahmung finden dürfte, steht der gute Pio Decimo als blamiertes Mitteleuropäer da, und die geplante „Veröffentlichung der Antwortnoten“ muß unterbleiben.

Eine göttliche Komödie! —

Amerika.

Die Erbschaftsteuer. Unter den Mitteln, mit denen der Präsident gelegentlich droht, um die großen Vermögen zu zerfchlagen, figurirt auch die Erbschaftsteuer. Im Kongreß ist jetzt eine Vorlage zur Einführung der Erbschaftsteuer eingebracht worden. Die Rede, die der Abgeordnete Perkins zu ihrer Verteidigung hielt, wird in der Presse vielfach besprochen. Perkins bezeichnete die Erbschaftsteuer als die gerechteste aller Steuern: sie vermindere nicht, daß ein Bürger alles das genießt, was er bestrebt und erwerbe, denn sie trete erst nach seinem Tode ein. Das Erbrecht sei ein durchaus künstliches Recht; es bestehe nur, weil der Staat es schütze. Ueberhaupt gäbe es keinen Reichtum ohne den Schutz des Staates. Wenn Rockefeller in Patagonien geboren wäre, hätte er es nie zum Millionär gebracht; seinen Reichtum verdanke er nur der Gesellschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten. Eine Erbschaftsteuer sei nicht sozialistisch; sie bestehe in England, und man werde doch nicht den englischen Lordoberichter Coleridge als zu radikal verdächtigen wollen, wenn er sage: „Das Erbschaftsrecht ist nur ein künstliches Recht.“ — In Betracht komme nur die Frage der Zweckmäßigkeit. Es sei natürlich und auch lobenswert, wenn Eltern ihren Kindern etwas hinterlassen wollen, um ihnen den Vorteil guter Erziehung und einer vernünftigen Aktionsfreiheit während ihres Lebens zu verschaffen. Etwas ganz anderes aber sei es, wenn ein Kind 50 oder 100 Millionen Dollar erben könne. Der Staat sei nicht verpflichtet, dies ruhig zuzulassen, ohne hohen Tribut zu erheben. Der Wunsch eines Mannes, daß seine Nachkommen zu den reichsten Leuten des Landes gehören, sei seiner Vernünftigkeit wert. Sicherlich diene es den Töchtern amerikanischer Millionäre nicht zum Vorteil, wenn sie durch ihren Reichtum in die Versuchung geraten, wertlose europäische Edelleute zu heiraten.

Berlins verpicht sich von einer hohen Erbschaftsteuer noch manchen Ruhen insoweit, als viele reiche Leute mehr geneigt sein würden, mit ihrem Gelde schon bei Lebzeiten gemeinnützige Unternehmungen zu schaffen. Die Steuer werde sicher kommen, vielleicht schon in naher Zeit, so erklärte der Redner. Sie werde dem Staate nützlich sein, ihm bei der Lösung der sozialen Probleme helfen, sie werde den Unternehmungsgeist und den Wunsch, große Vermögen zu erwerben, nicht lähmen, die bestehenden Uebelstände mildern, niemand schaden und allen nützen.

Sind die Ausführungen Berlins auch weder neu noch einwandsfrei, noch aus hervortragend sozialer und ökonomischer Erkenntnis geboren, so kommt ihnen doch wenigstens das ein Verdienst zu, die Diskussion der Frage in Amerika neu angeregt und so wenigstens der Agitation im Sinne der Einführung der Erbschaftsteuer einen neuen Impuls verliehen zu haben.

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage).

Die Aussperrung in Lodz.

Am Freitag wurden sämtliche dem Fabrikantenverband angehörenden Fabriken geschlossen, da die Arbeiter der Fabrik Bognanski die ihnen gestellten Bedingungen nicht angenommen haben. Durch diese Maßnahme sind 40 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

Lodz, 20. Dezember. (W. L. B.) Nachdem die von dem Verband der Baumwollfabrikanten beschlossene Aussperrung durchgeführt worden ist, sollen die dadurch arbeitslos gewordenen hier nicht zu ständigen Arbeiter ausgewiesen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kirche vor dem Senat.

Paris, 20. Dezember. Der Senat fährt in der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ausübung des Kultus fort. Gourju macht die Regierung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich und verlangt die Verwerfung des Gesetzes, damit man mit Rom in Verhandlungen treten könne. Der Berichtsteller Maxime Lecomte erwidert: Der heilige Stuhl hat den Bruch verschuldet. Die Katholiken leisten Widerstand, um dem Papst zu gehorchen, sie haben nicht das Recht, von einer Verbannung zu sprechen. Guillard verlangt gleichfalls, daß die Regierung mit Rom verhandle; der Gehorsam der Priester gegenüber dem heiligen Stuhl könne ihnen nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn sie wollten nicht schismatisch werden. Briand unterbricht den Redner mit der Bemerkung: Also um dem Papst zu gehorchen, können Priester den Gesetzen ungehorsam sein. Guillard fährt in seiner Rede fort und hebt hervor, Briand habe anerkannt, daß der Kerus von dem Geist der Veröhnung befehl wäre. Briand unterbricht nochmals und erwidert: Ich habe nicht gesagt, der ganze Kerus, ich habe gesagt Priester. Der erste Artikel des Gesetzentwurfs wird sodann angenommen.

Zu Verantwortung einer Anfrage erklärt Briand, die Güter der geistlichen Hülfsvereine werden den Wohltätigkeitsinstituten anheimfallen, aber auch in Zukunft zur Zahlung der gegenwärtigen Pensionen an die Priester dienen. Artikel 2, 3 und 4 des Gesetzentwurfs werden angenommen.

Richter Thuch.

New York, 20. Dezember. (W. S.) 40 verurteilte Männer drangen verunglückte Nacht in ein Gefängnis, seffelten die Gefängniswände und knusften einen gewissen Leberg, der wegen Mordes unter Haft stand.

Die russische Revolution.

Wahltaetigkeit der Sozialdemokratie in Petersburg.

In der letzten Zeit arbeiteten die sozialdemokratischen Organisationen in Petersburg eifrig daran, die Kandidaten, die als Fabrikvertreter und als Wahlmaenner fuer die Arbeiterkurie aufgestellt werden sollen, zu bestimmen. Es wurden in den Fabriken Versammlungen von sozialdemokratischen Arbeitern abgehalten und die Kandidaten durch geheime Stimmabgabe bestimmt. Auferdem werden gegenwaertig von den Wahlkommissionen der sozialdemokratischen Partei Versammlungen veranstaltet, an denen die mit der Sozialdemokratie Sympathisierenden aus der Arbeiterkurie und auch aus anderen Kreisen teilnehmen. In diesen Versammlungen wird das Programm und die Taktik der Sozialdemokratie klar gemacht und werden die Fragen, welche die Duma, die Wahlvereinbarungen u. dgl. betreffen, mit besonderer Ausfuehrlichkeit behandelt. Diefelben Fragen werden auch auf Meetings, die haeufig in den Fabriken abgehalten werden und in Privatwohnungen, wo Parteimitglieder zusammenkommen, lebhaft erortert. Die bereits bestimmten Kandidaten, welche die Partei als Fabrikvertreter aufstellen wird, halten Konferenzen ab. Die in der Arbeiterkurie einflussreichsten und besonders populaeeren Arbeiter kommen zu Beratungen zusammen. Die Sozialdemokraten haben auch Agitatorenfchulen fuer Arbeiter eingerichtet.

Aufer dieser in der Arbeiterkurie entfalteten Taetigkeit sind fuer die staedterische Kurie St. Petersburgs neun Bezirkskommissionen gebildet worden, welche gegenwaertig eine Enquete durchfuehren zum Zweck der Feststellung: auf wie viel Stimmen die Sozialdemokratie rechnen kann und fuer welche Parteien die Waehler, bei denen die Umfrage geschieht, bei den vorigen Wahlen gestimmt haben. Die Petersburgers Sozialdemokraten haben endlich ein Komitee gewaehlt, das die Herausgabe von Flugblaettern und Broschuereen bevorzuehigen soll.

Das Staatsbudget fuer 1907.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Petersburg geschrieben: Ungeachtet der kritischen Lage, in der sich unser Staatshaushalt befindet, einer Lage, die den Finanzminister veranlaesste, sich an den Ministerpraesidenten mit einem Schreiben zu wenden, in dem die Notwendigkeit der aufersten Sparsamkeit dargetan wird, wollen jetzt fast alle Minister die Ausgaben ihrer Verwaltungszweige noch vergraechern. Das Kriegsministerium verlangt fuer die ersten sechs Monate des kuenftigen Jahres 225 Millionen Rubel, also um 38 Millionen mehr als fuer den entsprechenden Termin des laufenden Jahres. Diese Forderung begruetet der Minister durch die Notwendigkeit der Truppenverschiebung und durch die bevorstehenden Verbesserungen in der Naehrung der Soldaten, die den Zweck haben, den Militaerunruhen vorzubeugen. Das Finanzministerium verlangt fuer die ersten sechs Monate 198 Millionen Rubel, das ist der gewoehnlichen 179 Millionen. Diese Vergraecherung des Budgets erlaeuert das Ministerium fuer unbedingt notwendig. Zugleich beabsichtigt es, die Umlaege des Schnapsmonopols zu vergraechern, da „mit Gottes Huilfe“ das Volk sich immer mehr dem Saufen ergebe und die Nachfrage nach Schnaps immer waechst. — Das Landwirtschafts- und Landverteilungsamt erbitet 21 Millionen Rubel anstatt der fruheren 18,25 Millionen. Das Ministerium des Innern will 60 Millionen anstatt der fruheren 48 Millionen haben. Die neue Million soll zur Verbesserung der Post- und Telegraphenstellen dienen. Es ist aber bekannt, das nur den hoeheren Beamten das Gehalt wesentlich vergraechert wurde! — Das Justizministerium verlangt 28 Millionen anstatt der fruheren 26 Millionen. Das Ministerium der Volksaufklaerung, das bescheidenste von allen, verlangt nur 300 000 Rubel mehr als im vorigen Jahre (22,1 Millionen anstatt 21,8 Millionen). Es entschuldiget sich mit der Notwendigkeit, endlich mit der Einfuehrung des allgemeinen Elementarunterrichts zu beginnen. — Die Ausgaben fuer die hoeheren Staatsbeamten sind um 0,7 Millionen Rubel vergraechert worden. Nur das Budget des Ministeriums der Besehlkommunikationen bleibt fuer die ersten sechs Monate unveraendert.

Dabei muess bemerkt werden, das dieses Budget vom Ministerrat allein, ohne Teilnahme des Staatsrats bestimmt ist.

Jahresbilanz.

Mit unterhoehelter Befriedigung ueberschaue die Bourgeoisie diesmal ihr Arbeitsfeld, blickt sie zurueck auf ein Jahr uneingeschränkter Erfolge, hoechster Produktivitaet, anschwellender Profite. Ein vermindertes Kapitalrisiko, eine bestaendig im 24stuendigen Arbeitstage ausgenuehnte Maschinenrie, waechsende Preise auf allen Maerkten. Fuehrende Produktionsgruppen eokomplieren bereits in ihren Stimmungsberichten eine auf halbe Jahre vergebene Produktion. Nirgends auf dem weiten Horizont des Kapitalismus noch ernstliche Ansaetze fuer einen wirtschaftlichen Umschlag in Sicht, so das die Ansaetze einer solchen lediglich Prognoseeignung ist, wie sie sich aus der notwendigen Folge von Konjunktur und Krise leicht ergibt. Noch fehlt dem typischen Verlaufe der dramatische Hoehepunkt, das Anstuehen des kapitalistischen Profitrennens und man ist weit eher versucht, die noch unmittelbar vor Jahresabschluss aufgetauchten weit ausgreifenden Gruendungen der elektrischen Industrie fuer eine wirksame Einleitung solcher hoechster Einfaltung zu halten. Alles in allem, nahezu ungestoertes Glueckempfinden zur Jahreswende auf dem Kapitalmarkte.

Und nun mag in den Spalten, deren Zweck es ist, diesen Empfindungen zur Jahreswende Ausdruck zu geben, wieder das hohe Lied dieses lebenspendenden, alle Produktivkraefte der Nation ausloesenden Kapitals erklingen. Das Konto der Arbeit an der Konjunktur ist trotz alledem lange nicht so kritischer, als es und die Vertreter bueargerlicher Ordnung in solchen Jahren wirtschaftlichen Hochgefuehls glauben machen wollen, lange nicht so sicher, als das hoehere Dividendenheil, welches am Bankhalter sich reibungslos und einwandfrei ins Kasse umfuehrt. Es ist vielmehr relativ und absolut arg beeintraehtigt selbst innerhalb der Grenze, die ihm ohnedies durch die Natur des kapitalistischen Lohnsystems gesetzt ist. Hand in Hand mit der Belebung vollzieht sich das Einstellen der Warenpreise auf einen hoeheren Stand. Erhoehte Preise auf Kohle, Petroleum, Eisensfabrikate, Textilwaren beschneiden zunaechst den Mehrerwerb. Gesellt sich nun jene in ihrer Wirkung noch weit einschneidendere Krise hinzu, die heute unter dem Stichworte der Fleischnot die Verteuerung alles unmittelbaren Lebensbedarfs zusammenfaesst, so ist der Verminderung der Kaufkraft des Lohnes mehr als genug, um den gesamten Wert der Konjunktur fuer die Lebenshaltung des Arbeiters in Frage zu stellen.

Dies ist die eine, zurzeit schwerwiegendste Verkuemmung des erhoehten Lohnes der Arbeitskraft. Doch auch die absolute Hohe der Lohnsumme bleibt nicht ungeschmaelt, nicht „Reingewinn“ aus der erhoehten wirtschaftlichen Intensitaet. Wenn dies die Lohnkurven der Statistik, die die bueargerliche Presse allemal gerne zum Zeichen allgemeiner oekonomischer Besserung aufmarschieren lassen, auch gaenzlich verhaellen, da sie nur einen bestimmten Lohnzustand fixieren, ohne die Art seiner Durchsetzung zu beruecksichtigen. Hinter jeder faktischen Lohnerhoehung steckt aber der Lohnkampf. Waehrend jeder faktischen Lohnerhoehung steigt aber der Lohnkampf. Waehrend in den Tagen des Kapitals die Fruchte der Konjunktur muesselos in den Schoos fallen, sobald einmal erst die Besserung der wirtschaftlichen Lage eingetreten, von persoenlichen Mehrleistungen einzelner abgesehen, die uebrigens auch den Arbeiter in Gestalt der Heber-

stunden treffen, muess dieser sich den Anteil an der Konjunktur in der ueberwiegenden Zahl der Faelle ueberdies noch erkampfen. Welche Vergebung an Produktivkraft fuer die Volkswirtschaft, welche niederdrueckende Wirkung fuer das Niveau des Arbeiters! Es ist mehr als fraglich, ob in einzelnen Faellen hartnaechtiger Lohnkämpfe der spaetere Gewinn nicht bereits voellstaendig von den vorangehenden Verlusten absorbiert wird. Fuer alle Faelle ist der Entgang an Arbeitsloehne ein Passivposten, der in der Jahresbilanz der Arbeiterklasse von nachhaltigem Einfluss ist, will man den „Gewinn“ an der Konjunktur fuer die durchschnittliche Erhoehung der Lebenshaltung richtiger, als es sonst geschieht, ermesien.

Halten wir uns uebrigens ein sonst ganz willkuerlich gewaehltes Zahlenbeispiel vor Augen, das nur fuer die Veranschaulichung, nicht fuer die Berechnung dienen soll. Bei einem 14arbeitstaegigen Lohnkampfe ergibt der Entgang an Arbeitsloehne fuer einen qualifizierten Arbeiter z. B. 45,50 M., wenn wir den durchschnittlichen Tageserwerb mit 3,25 M. fixieren. Nach beendetem Ausstand erhoehet sich der Lohn um 25 Proz., also auf 4 M., was dem heute zur Berechnung der Klassenbeitraege ueblichen Lohndurchschnitt entspricht. Dieser Verlust auf die taegliche Lohnifferenz von 75 Pf. aufgeteilt, wuerde zu seinem Herbeibringen die Zeit von zwei Monaten benoetigen. Haetten wir gar die neue Loehnung zur Basis der Verlustberechnung genommen, so braechte der Arbeiter 2 1/2 Monate um den Entgang aus seinem Mehrerwerb herauszuschlagen. Erst was nun folgt, ist Geschenk der Konjunktur. Nun waere eine erhebliche Zahl aller Lohnkämpfe laenger als 14 Tage und zum allergeringsten Teil bringen sie 25 Proz. Erhoehungen. Man wird daher den gepriesenen Anteil der Arbeiterklasse an der Konjunktur auch um der Kampfeskosten willen gewoeltig betraeben muessen. Eine genaue Bilanz muess ueberdies auch die faux frais, die zwecklosen Kosten, das sind hier die Kosten erfolgloser Ausstaende nicht vergessen als Passivposten einzustellen. Gewiss ist also nach alledem: Mag auch die laengere Konjunktur schliesslich in der Lebenshaltung des Arbeiters merkbare werden, so bedeutet sie keinesfalls jene Groesse, als die sie in der Gegenueberstellung der Geldloehne faktisch erscheint. Wliche selbst die geschwaechte Kaufkraft des Geldes wegen der Agrar- und Fleischnot, so waere in der Verringerung der Lohnzustaende durch die Einbuhen bei ihrer Erlangung ein gewichtiger Subtrahend vom Ertragneisse der Arbeitskraft gegeben.

Nach der Konjunktur jedoch die Krise. Mit dieser zusammen wird das Bilanzergebnis fuer die Klassen sinnesfaellig als aktives dort, als passives hier erlanten. Das Ergebnis der Durchschnittsberechnung des nationalen Gesamtkapitals, das zwischen den beiden Polen des wirtschaftlichen Lebens bestaendig pendelt, wird nie zur Unterbilanz ansetzen. Denn auf dem Grundpfeiler des Profits baut sich jede Betaetigung des Kapitals auf und einen gewissen Gewinn wird auch der Gesamtdurchschnitt immer noch ergeben. Die Arbeiterklasse beschlieet einen solchen Schluss mit effektiver Unterbilanz. Der umgekehrte Vorgang der sich nun vollzieht, Reduktion der Arbeitsloehne, der Arbeitszeit findet keineswegs in den eingetragten Moeglichkeiten der Anteilnahme an der Konjunktur genaue Staetpunkte, um nun Arbeitslosigkeit, Pauperismus, Elend jeder Art zu verhueten.

Nach stehen wir mitten drin im Fluusse wirtschaftlicher Prosperitaet. Koch ist der Zenit nicht erreicht und es mag bis dahin noch einige Zeit verstrichen. Aber so sicher, als waere es ein Naturgesetz, haelt zu gegebener Zeit die Krise ihren Einzug und das industrielle Leben wird in ihrem kuenftigen Banne alsbald wieder erkaeren. Die deutsche Arbeiterklasse steht jetzt mitten im Ueberchwange der Produktion zur Wahlurne. Moege sie sich vergegenwaertigen, das die Krise alle Momente des heutigen politischen Kampfes, Fleischnoter wie Sozialkritik, Getreidepreise wie Kartellschraube konzentriert in der Niederdrueckung und Verelendung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Moege sie daher den kommenden Reichstag, der der Zeuge dieser Krise sein wird, zu einem Anwalt ihrer Sache gestalten.

P. J.

Aus der Partei.

Léon Desjussaux' Pariser Begrabnis.

Paris, 27. Dezember. (Eig. Ber.)

Gestern nachmittag wurde der Leichnam Léon Desjussaux' auf dem Père Lachaise verbrannt und feierlich beigesetzt. Die Pariser Parteigenossen waren dem Ruhe der Parteifuehrung sehr zahlreich gefolgt und die Trauerzeremonie gestaltete sich, wenn sie auch der Gruessler nicht gleichkommen konnte, an der 20 000 Sozialisten teilgenommen hatten, doch ueberaus wuerdig und eintraudvoll. Vor dem Katafal sprach zuerst Genosse Furnemont, der besonders die schoepferische Rolle des Verstorbenen bei der Gruendung der sozialistischen Partei Belgiens in Erinnerung brachte. Genosse Dubreuilh, Sekretar des Nationalrats der franzoesischen Partei, gab der Mitarbeiter der franzoesischen Sozialisten zum Herzen gehenden Ausdruck. Es sprach ferner ein Vertreter der in Paris lebenden Belgier, ein Delegierter des deutschen Vorklubs, ein Vorstandsmittglied der Seine-Foederation. Nachdem Dr. Decoster im Namen der Familie gebaukt hatte, nahm Jules Veklen im Namen der belgischen Arbeiterpartei Abschied vom Toten. — Die Ueise wurde hierauf ins Kolonialbarium getragen, wo Genosse Rabs die Urne der Gut der franzoesischen Sozialisten uebergab.

Mitarbeit an bueargerlichen Blaettern.

Paris, 28. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Seine-Foederation hat sich in einer Radversammlung ihres Kongresses mit einem Antrag der 17. Sektion beschaeftigt, dessen Gegenstand die Mitarbeit von Parteigenossen, besonders von Abgeordneten der Partei bei der bueargerlichen Presse war. Die Entwicklung der Partei ist tatsaechlich an einen Punkt gelangt, wo sich diese Mitarbeit als arges Hindernis erweist. Die Parteipresse, die sich immer mehr als ein Beduerrnis der proletarischen Klassenbewegung darstellt, leidet insbesondere unter der Konkurrenz vom Schlags der „Petite République“, die ihre „sozialistische“ Tendenz zwar auch auf dem Titel aufgegeben, aber einen ganzen Mitarbeiterstab von sozialistischen Deputierten behalten oder naechtraeglich gewonnen hat, um ihren Kredit beim Arbeiterpublikum aufrecht zu erhalten. Aber auch in der radikalsten Presse wie bei den farblosen Informationsblaettern sind Sozialisten taetig, haeufig auch im festen Redaktionsverband, so der Deputierte Varennes bei der „Lanterne“; der bekannte sozialistische Schriftsteller Paul Louis beim „Petit Parisien“ und unzuehlige andere. Die ganze Erscheinung haengt mit der Entwicklung der Presse und der politischen Parteien in Frankreich zusammen. Sie ist ebenso die Folge des Mangels einer wirklichen sozialistischen Parteipresse wie eine Ursache. Es ist zweifellos, das die sozialistischen Journalisten heute viel zu zahlreich sind, um bei der Parteipresse unterzukommen. Andererseits wirkt die Taetigkeit bei der Bourgeoisepresse auf sie unbedingt korumpierend. Der empfindlichste Schaden aber, der aus dem Bestehen einer halbsozialistischen Presse entspringt, ist die Foerderung des demokratischen Konfusionsismus in den belgischen Klassen.

Die 17. Parteisektion beantragte nun, das der Nationalrat das Recht haben sollte, die Mitarbeit bei einem antisozialistischen oder sozialistenden Blatt zu untersagen, falls dieses Blatt der Entwicklung der unter Parteikontrolle stehenden Presse der Region schade.

Auch sollte die Mitarbeit untersagt werden, wenn sie zu einer Schuadigung der allgemeinen Parteinteressen fuehren koennte.

Die Debatte verlief resultatlos. Bei der Abstimmung nach Mandaten wurde der bisherige Zustand mit 106 gegen 65 Stimmen aufrechterhalten. Die Mitarbeit an der Bourgeoisepresse bleibt also unbeschaenkt.

Soziales.

Von den Anordnungen auf Aekhtur-Lebenschluss fuer einzelne Branden.

Auf Grund des § 130 f der Gewerbeordnung war fuer die Gemeinde Muehlhausen i. Th. eine Anordnung der hoeheren Verwaltungsbehoerde ergangen, monach fuer verschiedene Branchen der sogenannte Aekhtur-Lebenschluss einzutreten hatte. Eine Anzahl Geschaeftsleute, die wegen Ueberletzung der Anordnung angeklagt worden waren, foechten die Gueltigkeit dieser Anordnung an. Sie maechten geltend, der Antrag auf Erlass einer solchen Anordnung sei in Wirklichkeit nicht, wie erforderlich, von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschaeftsinhaber gestellt worden. Das Kammergericht als Revisionsinstanz erachtete indessen die Anordnung fuer gueltig und fuehrte dazu aus: Der Einwand der Angeklagten koennte vom Richter nicht beachtet werden. Zu der Publikation der Anordnung selber sei gesagt, das sie auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschaeftsinhaber erlassen werde. Das sei entscheidend fuer die Gueltigkeit der Anordnung. — Die Freisprechung mehrerer Angeklagten billigte das Kammergericht, weil Korfuemieren und Toiletseifen, um deren Verkauf nach 8 Uhr abends es sich bei ihnen handelte, keine Luxusartikel im Sinne der Anordnung seien. — Die Verurteilung der Angeklagten Herbschlepp und Zeig fand das Kammergericht nicht genuegend begruetet. Ihre Sache soll nochmals die zweite Instanz beschaeftigen. S. und J. handeln mit Waren, die von der Anordnung betroffen werden und auch mit solchen, bei denen das nicht der Fall ist. Unter diesen Umhaenden, so meinte das Kammergericht, braechten sie allerdings nicht um 8 Uhr das Geschaef zu schliessen, wie es die Maehnen, welche nur Waren hatten, die unter die Anordnung des Regierungspraesidenten fielen. Jedoch muess sie fuer die von der Anordnung betroffenen Waren von 8 Uhr ab die Verkaufsmoeglichkeit ausschliessen. Strafbar seien sie aber nur dann, wenn in ihren Geschaefen solche Waren trotzdem noch nach 8 Uhr verkauft wuerden. In der Beziehung waren die Feststellungen des Vorderrichters noch mangelhaft.

Anekdoten keine laendlichen Arbeiter!

Welche Art Quartiere den laendlichen Arbeitern zugemutet werden und wie die Rechtsprechung dafuer sorgt, das selbst die winzigen im oeffentlichen Interesse erlassenen Verordnungen fuer Massenquartiere wirkungslos werden, zeigt folgender, kuertlich vor dem Kammergericht verhandelter Rechtsfall.

Fuer Massenquartiere landwirtschaftlicher Arbeiter trifft die Polizeiverordnung des Regierungspraesidenten zu Hildesheim vom 21. Mai 1893 verschiedene Vorschriften, die sich namentlich auf die Beschaffenheit der Raume beziehen. Auf dem Gute des Herrn Luutig waren neben 10 Anekdoten noch 4 Schweizer taetig. Diese vier Schweizer schliessen in zwei Betten in einem Raum, der 1,93 Meter hoch (bis zu den Balken 1,83 Meter), 3,57 Meter lang und 2 Meter breit ist. Dieser Schlafraum entspricht nicht den Vorschriften der Verordnung. Luutig wurde deshalb wegen Ueberletzung der Verordnung angeklagt und in zweiter Instanz auch vom Landgericht Hildesheim verurteilt. Nicht gelten lieh das Gericht seinen Einwand, das er einen besseren Raum fuer die Leute bereit gehalten habe, sie aber den kleinen Raum vorgezogen haetten. Wenn das sinne, dann falle dem Angeklagten immer noch Fahrlaessigkeit zur Last. Er haette in diesem Falle dafuer sorgen muess, das die Schweizer auch wirklich den vorgeschriebenen Raum benutzten. — Das Kammergericht gab jedoch der Revision des Angeklagten statt und sprach ihn mit folgender Begrueundung frei: Die Polizeiverordnung, die bei Massenquartieren landwirtschaftlicher Arbeiter eine Regelung schaffen wolle, sei rechtsgueltig. Ihre Anwendung sehe voraus die Unterbringung von mehr als sechs landwirtschaftlichen Arbeitern. Das Landgericht rechne nun die 10 Anekdoten und die 4 Milchschweizer zusammen und komme so zu der Feststellung, das auf dem Gute mehr als sechs Arbeiter Unterkunft gefunden haetten. Diese Rechnung sei aber falsch. Die Anekdoten seien gar keine landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern gehoerten zum laendlichen Gesinde. Sie koennten hier nicht mitgerechnet werden. Es blieben also die vier Schweizer und damit nicht „mehr als sechs Arbeiter“, denen Quartier gegeben werde. Aus diesem Grunde sei die Verordnung hier nicht anwendbar.

Die wunderliche Anshauung des Kammergerichts findet weder in den Verhaeltnissen des wirklichen Lebens, noch im Gesetz die geringste Stuetze. Anekdoten und laendliches Gesinde bleiben, auch wenn sie als Gesinde gerechnet werden, laendliche Arbeiter. Das laendliche Gesinde ist eine Art der laendlichen Arbeiter. Man darf auf die Begrueundung des schriftlichen Urteils durch das Kammergericht gespannt sein.

Aus Industrie und Handel.

Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin. Die Kammer versendet zur Jahreswende den 1. Teil ihres Jahresberichts fuer 1906, bestehend aus einem Uebersicht ueber das Wirtschaftsjahr 1906* und einem Bericht ueber die Wirtschaft der Handelskammer. Der 2. Teil mit den speziellen Berichten ueber die einzelnen Branchen soll im Laufe der naechsten Monate folgen. Aus dem erschienenen 1. Teile, der vom Zentralbureau der Kammer kostenlos abgegeben wird, teilen wir unseren Lesern zunaechst folgende allgemein interessierende Abschnitte des „Uebersichts ueber das Wirtschaftsjahr 1906“ mit:

Uebrigens fehlt es trotz der Gegenwirkung der guenstigen Konjunktur durchaus nicht an begruendeten Klagen aus einzelnen Branchen, das der Export unter den neuen Soellen gaenzlich oder nahezu unrentabel geworden sei.

Besonders aber hat sich fuer unsere inlaendliche Volkswirtschaft in Berichtsjahre bereits die Last unserer eigenen Soelle auf landwirtschaftliche Artikel fuellbar gemacht. Wir muessien sie bereits als einen der Gruende fuer die Verteuerung unserer notwendigen Lebensmittel, Getreide, Fleisch, Butter, Schmalz, Kaeae, Kohl um, und demnach auch fuer die Erhoehung der Loehne und damit der Selbstkosten der Fabrikation erwaehnen. Dierher gehoert auch noch die Steigerung der Soelle auf Pferde, welche diese unentbehrlichen Zugkraefte ganz auferordentlich verteuert haben. . . .

In den Vertragsstaaten stehen unsere Ausfuehrgueter bereits auf mehr oder minder groesse Schwierigkeiten infolge der Zollerhoehungen. So in Oesterreich-Ungarn die Silberwaren, Kurz- und Galanteriewaren, Bronzewaren, Schriftletern, Albums, Guete, Wollengarne, Seide, Samt und Veluet, Maschinen fuer die Textilindustrie u. a. m. In der Schweiz u. a. die Kurz- und Galanteriewaren, Waesche und Schuereen, Strumpfwaren, Perlen- und Knabenkonfektion in billiger Preislage, sowie Damenkonfektion. Auch in den drei Donaustaaten zeigte der Konsum sich bei diesen Waren nicht geneigt, die Zollverteuerungen zu tragen, obwohl heimische Industrie dort ihm ja noch wenig Ertrag zu bieten hat. . . .

Nach Belgien und Italien, wo ja keine schutzzoellerische Tarifrevision festgefunden hatte, wurden vertriebende Geschaefte gemacht. Im Verkehre mit England ist ein bedauerlicher Ausfall in der sonst so bedeutenden Ausfuhr von Konfektionsstoffen und fertigen Kleidern zu verzeichnen. . . .

Die Anopphet und Teuerung der Erzeugnisse der Viehzucht, die schon fuer 1905 festzustellen war, hat im Berichtsjahre nicht zur

angehalten, so fern sich noch verschafft, so daß Preise erreicht werden, die nicht sich nicht erinnern, je vorher erlebt zu haben. Fleisch aller Art, Milch, Butter, Schmalz, Salz, Fische, Wild, Eier, Fleischkonserven, Dörren, Säure — alle diese und noch andere Artikel waren an der Preissteigerung beteiligt.

Es wiederholte sich die in früheren Perioden starker Preissteigerung gemachte Beobachtung, daß beim Detailverkauf von Warenartikeln der Käufer sich lieber mit einer geringeren Sorte begnügt, die er um denselben Preis erhält wie früher die bessere, als daß er für die bessere einen höheren Preis bezahlt. Es machte sich daher eine Verschiebung der Nachfrage zugunsten der billigeren Qualitäten bemerkbar. Bei Gegenständen des Luxuskonsums, wie Seidenwaren, war dies weniger der Fall; die zahlungsfähigen Käufer dieser Artikel bequamen sich eher zu der Mehrausgabe für gute Qualitäten.

Gewerkschaftliches.

Das Anti-Gewerkschaftsgesetz — aus Rußland importiert!

Bei dem Erscheinen der Anti-Gewerkschaftsvorlage wiesen wir darauf hin, daß die Vorlage den vom ehemaligen russischen Minister Plehwe injenierten Weg geht: Arbeiter von Regierungsgnaden zu schaffen. Die weitere Erörterung und Beratung der Vorlage zeigte klar, daß die versteckten Fäden, die die Regierungsvorlage in Halle und Jülich enthielt, den Versuch enthielten, solche russischen Polizeitruppen der Unternehmungskasse gar zur Grundlage einer Organisation der Arbeiter in Arbeiterkammern zu nehmen.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unternimmt in seiner soeben erschienenen Nummer vom 20. d. Mts. den interessanten und schlüssigen Nachweis, daß die deutsche, zur Zertrümmerung der Gewerkschaften eingebrachte, von den bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Sozialreformern mit Hofianarrufen bewillkommene Vorlage dem russischen Gesetz über Gewerkschaften vom 17. März 1906 in den Hauptzügen wie ein Ei dem anderen ähnelt: nur ist das russische noch etwas minder „russisch“ als das deutsche Gesetz.

Dem Artikel entnehmen wir die nachfolgenden Darlegungen:

„Schon die Benennung des russischen Gesetzes: „Temporäre Bestimmungen über Berufsvereine für Personen, die in Handels- und Industriebetrieben beschäftigt sind, oder für die Besitzer derselben“ zeigt, daß dieses Gesetz, gleich dem deutschen, nur die gewerblichen Arbeiter, Handwerker und Handlungsgehilfen berücksichtigt, während die Landarbeiter durch einfache Nichterwähnung derselben im § 7 des Gesetzes, in dem es heißt, daß den Berufsvereinen Personen beitreten können, „die in Handels- und Industriebetrieben beschäftigt sind“, das Recht, Berufsvereinen beizutreten, für sich nicht in Anspruch nehmen können. Den Eisenbahnarbeitern, ebenso wie den Angestellten in den Telephonämtern und sonstigen staatlichen Anstalten ist die Bildung von Berufsvereinen durch § 9 des Gesetzes unterzogen. Nur mit besonderer Genehmigung des Ministers dürfen sie Wohltätigkeits- und ähnliche Gesellschaften gründen.

Auch in bezug auf das Bestreben, die Mitglieder eines Berufsvereins durch die Forderung der Zugehörigkeit zu dem betreffenden Gewerbe zu beschränken, kann das deutsche Gesetz auf Originalität keinen Anspruch machen. Der oben erwähnte § 7 des russischen Gesetzes besagt: „Den Berufsvereinen können nur solche Personen beiderlei Geschlechts beitreten, die in staatlichen, wie privaten Handels- und Industriebetrieben mit gleichartigen, einheitlichen oder miteinander in Verbindung stehenden Arbeiten oder Gewerbebezügen beschäftigt sind.“ Ebenso wie das deutsche Plagiat bemüht sich das russische Original, die Gewerkschaftsintelligenz („unbeteiligte Personen“) von den Berufsvereinen fernzubehalten, d. h. alle diejenigen, die zurzeit in dem Gewerbe nicht beschäftigt sind.

Das russische Gesetz strebt in seinem § 2 danach, die gewerkschaftlichen Kampforganisationen in reine Unterstützungsstellen zu verwandeln. Jede Uebertretung dieses Paragraphen zieht die Auflösung des Berufsvereins nach sich. Dasselbe besagt der deutsche Entwurf, wenn auch nicht in derselben unverbüllten Form.

Mindestens dürfen keinerlei Gewerkschaftsamter bekleiden. Die §§ 8 und 17 des russischen Gesetzes sind doch bei weitem liberaler, als die §§ 3 und 6 des deutschen Gesetzentwurfs, denn sie stellen den Berufsvereinen selber frei, das Mindestalter der Mitglieder festzusetzen, und berauben sie nicht des aktiven Stimmrechts.

Ebenso sind die Forderungen der §§ 11 und 13 im deutschen Entwurf um ein bedeutendes Maß reaktionärer, als die Forderungen des russischen Gesetzes. Die §§ 11, 12, 16, 18, 19 und 20 des letzteren fordern zwar von den Berufsvereinen die Vorlegung der Statuten mit genauer Angabe der inneren Organisation, das Verzeichnis der Gründer des Vereins und der Mitglieder der Exekutivorgane, der Verwaltungsordnung usw., enthalten aber nichts über das Verzeichnis der Mitglieder.

Gleich dem russischen Gesetz enthält auch der deutsche Entwurf keinen einzigen Punkt, der den Schutz des Vereinsvermögens zum Gegenstand hätte. Beide stellen in dieser Beziehung die Berufsvereine in gleiche Reihe mit den Aktien- und sonstigen Gesellschaften und unterwerfen sie der üblichen Haftpflicht bezüglich Schadensersatz an dritte Personen.

Was die Mittel zur Unterdrückung der Tätigkeit der Berufsvereine anbetrifft, so unterscheidet sich der deutsche Gesetzentwurf von dem russischen Gesetz natürlich darin, daß er gegenüber der Willkür der Verwaltungsbehörden noch einen zweifelsaften Rechtsweg anscheinend offen läßt, während in Rußland derartige Hoffnungen von vornherein ausscheiden, vielmehr die Erdrosselung der Berufsvereine auf dem bequem-eisigen administrativen Wege geregelt ist. Das ist aber auch der einzige Unterschied. Der „Rechtsweg“ ist aber bei der in Deutschland herrschenden Klassenjustiz gegenüber Maßnahmen der Verwaltung ein wenig aussichtsloser.

Wenn wir zu dem Gefagten noch hinzufügen, daß das russische Gesetz die Vereinigung der Berufsvereine unterlagt, die Errichtung von Vereinsskizzen einschränkt, so haben wir alle wichtigsten gemeinsamen und unterscheidenden Merkmale des russischen Gesetzes und des deutschen Gesetzentwurfs betreffend Berufsvereine festgestellt. Im großen und ganzen ist der deutsche Gesetzentwurf eine geklebte Nachbildung des russischen Gesetzes. Wenn aber das russische Gesetz vom 17. März, welches vom Witte-Durnow'schen Ministerium des Kampfes gegen die Revolution in der Zeit der finsternen Reaktion zwecks Bekämpfung der eben

entstehenden offenen Arbeiterorganisationen geschaffen wurde, verständlich sein mag, so erscheint die deutsche Gesetzesvorlage in einem konstitutionellen Lande, wo die gewerkschaftlichen Organisationen mehr als 1 1/2 Millionen Mitglieder umfassen und deren Vermögen sich auf mehrere Duzend Millionen Mark beläuft, als eine schmachvolle Verhöhnung sowohl der Rechte der Bürger als auch der menschlichen Kultur und des sozialen Progresses.

Der russische Reichsrat sagte in der Begründung des Gesetzes, das Bestreben zur Bildung gewerkschaftlicher Organisationen „ist so stark, daß trotz der Gegenwirkung seitens der Regierung überall Arbeiterassoziationen entstanden sind“.

Man sieht: die Reaktion ist international verbrüder. Der Ausfall der Wahlen des 25. Januar entscheidet nicht nur über die deutschen Verhältnisse. Der Sieg des deutschen Proletariats würde ein kräftiger Anstoß zum Fortschreiten des internationalen Proletariats sein. Insbesondere den russischen Arbeitern, die jetzt alle ihre Kräfte anspannen, um der Autokratie den letzten Schlag in Rußland zu versetzen, kann keine bessere Hilfe von deutscher Seite zu teil werden als die Niderzwingung der deutschen Reaktion durch die Wahlen des 25. Januar.

Berlin und Umgegend.

Ueber den Vertragsbruch der Tischlermeister

hat das Einigungsamt auch in seiner gestern abgehaltenen Sitzung noch keine Entscheidung gefällt. Das Einigungsamt, besonders dessen Vorsitzender v. Schulz, ist augenscheinlich bemüht, in den Differenzen, welche über den Abschluß eines neuen Vertrages zwischen Arbeitern und Arbeitgebern säweben, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurden auch gestern längere Besprechungen mit den beiderseitigen Vertretern geführt. Ein endgültiges Ergebnis ist jedoch nicht zustande gekommen. Herr v. Schulz unterbreitete den Parteien einen Vorschlag hinsichtlich der Lohnabzugszahlung. Der Vorschlag geht dahin, die Parteien sollten einen Vertrag auf drei Jahre abschließen und die Abzugszahlung solle betragen: im ersten Jahre 24 M., im zweiten Jahre 25,50 M., im dritten Jahre 27 M. Hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit hat das Einigungsamt noch keinen Vorschlag machen können; es ist aber bereit, seine Tätigkeit in dieser Richtung weiter auszuüben. Die Entscheidung über den Antrag des Holzarbeiter-Verbandes, den Vertragsbruch der Unternehmer betreffend, hat das Einigungsamt noch ausgesetzt, weil erst abgewartet werden soll, ob eine definitive Einigung über die Tariffrage selbst zustande kommt.

Die Automobilfahrer, die sich der Lohnreduktion der Unternehmer nicht fügen wollten, werden also tatsächlich am 1. Januar ausgesperrt. Die neuen Lohnsätze sind bereits in den Betrieben zum Ausbruch gelangt; aber die Autofahrer sind einmütig zum Widerstand bereit und mit dem Beginn des neuen Jahres wird der Kraftwagenbetrieb in Berlin ruhen. Die Autofahrer rechnen darauf, daß sich keine oder nur verschwindend wenige sachverständige Arbeiter finden werden, welche die Arbeit der ausgesperrten zu verrichten bereit sein werden. Die Unternehmer können nur sachverständige Leute gebrauchen, wenn sie nicht große Nachteile durch Beschädigungen an den Maschinen erleiden wollen. Daß die Polizei auf strenge Einhaltung der Fahrordnung für Automobile achten werde, die den neuen Leuten in der ersten Zeit große Schwierigkeiten machen müßte, darüber sind die Unternehmer weniger in Sorge. Sie rechnen im Gegenteil mit der Aussicht der Polizei und sie hoffen, mit der Zeit genügend Leute für den Dienst auszubilden, bis der Widerstand der jetzigen Angestellten gebrochen ist. Daß diese „Ausbildung“ neuer Fahrer sehr leicht auf Kosten der öffentlichen Sicherheit geschehen kann, das kümmert die Unternehmer wenig. Die Hauptsache ist, daß der bisherige Verdienst der Autofahrer geschnitten wird; damit ist alles zu entschuldigend.

Deutsches Reich.

Das Hamburger Gewerkschaftshaus,

im Reabacodstil gehalten, ist nunmehr nach mehr denn einjähriger Bauzeit in allen Teilen fertiggestellt und wird heute Sonntag seiner Bestimmung übergeben. An der wuchtigen Fassade, ausgeführt in Granit und rotem und weißem Sandstein, sind die Wästen unserer Lehrmeister und Vorkämpfer Marx, Lassalle, Liebknecht und Bebel und allegorisch Arbeit, Kunst und Wissenschaft angebracht. Auf dem von vier riesigen Granitsäulen getragenen Mittelbau erheben sich zwei Türme, die dem imposanten Bauwerk einen vornehmen Charakter verleihen. Daß die inneren Einrichtungen des gewaltigen Gebäudes der Neuzeit entsprechend ausgeführt sind, Dampfheizung, elektrisches und Gaslicht usw., enthalten, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Die meisten Bureau- und Kontorräume sind schon am 1. Oktober dieses Jahres bezogen worden. Die Gewerkschaftsbibliothek mit ihren 18 000 Bänden ist in den Räumen des Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariats sehr praktisch und übersichtlich installiert. Die Verberge enthält 150 Wägen. Eine Anzahl größerer und kleinerer Säle tragen dem Versammlungsbetrieb in ausreichendem Maße Rechnung. Der große Saal mit seinen 2000 Sitzplätzen kann durch die umliegenden kleineren Säle so vergrößert werden, daß er 4000 Personen Platz gewährt. Am Sonntagnachmittag findet die erste Versammlung in diesem Saale statt und zwar wird der Genosse Bebel in einer für den ersten Hamburger Wahlkreis einberufenen Wahlerversammlung über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen, worauf die Aufstellung des Kandidaten erfolgt. — Gestern fand die Einweihung des Gewerkschaftshauses statt; die Festrede hielt Genosse Bebel.

Bemerkte sei noch, daß die Kosten des modernen Arbeiterheims über 1 1/2 Millionen Mark betragen. Selbst bürgerliche Blätter geben zu, daß das Gewerkschaftshaus eines der schönsten Gebäude der alten Hansestadt ist und dieser zur Fierde gereicht.

Der Konflikt zwischen Reedern und Seemannen.

83 Kapitäne und Offiziere der Hamburg-Amerika-Linie, darunter 30 Mitglieder des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine beschloffen die Zurückgabe der abgeforderten Rederunterzeichnungen, die mit der Ehre der Kapitäne und Offiziere nicht vereinbar seien, zu verlangen. Eine viergliedrige Kommission wurde gewählt, um mit der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie noch einmal dieserhalb zu verhandeln.

Die Offiziere der Levante-Linie haben einstimmig beschlossen, die Unterzeichnung des Rederbes abzuwehren und die Wieder-einstellung der gemäßigten Offiziere zu verlangen.

Nach einer Mitteilung des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine sind bis jetzt wegen Verweigerung der von Hamburger Reedereien verlangten Unterzeichnung des bekannten Rederbes 71 Kapitäne und Offiziere gemäßigert worden. Die gemäßigerten Schiffsoffiziere warnen vor Juug und vor Ueberrnahme von Arbeitswilligkeit auf den Schiffen der scharfmaderischen Reedereien. Es heißt da:

Ehrenpflicht eines jeden Kapitäns oder Schiffsoffiziers anzuwenden, daß niemand sich bewegen läßt, die auf solche Weise freigegebenen Stellen anzunehmen. Auch sehen wir voraus, daß einige Hamburger Reeder ihre Drohung nicht wahr machen, sondern nur, um abzuscheren, einige der unerfahrensten Männer entlassen werden. Hier wird, wie wir hoffen, jedem die Ehre gebieten, den Dienst in der Reederei freiwillig niederzulegen, wenn die Entlassenen nicht wieder eingestellt werden. Wir machen sämtliche Kameraden darauf aufmerksam, daß die Hamburger Reeder auf alle Fälle ein Flugblatt schicken, welches versuchen soll, durch unrichtige Behauptungen und Verdächtigungen die öffentliche Meinung irre zu führen. Es muß gebührend zurückgewiesen werden.“

Ehrenpflicht eines jeden Kapitäns oder Schiffsoffiziers anzuwenden, daß niemand sich bewegen läßt, die auf solche Weise freigegebenen Stellen anzunehmen. Auch sehen wir voraus, daß einige Hamburger Reeder ihre Drohung nicht wahr machen, sondern nur, um abzuscheren, einige der unerfahrensten Männer entlassen werden. Hier wird, wie wir hoffen, jedem die Ehre gebieten, den Dienst in der Reederei freiwillig niederzulegen, wenn die Entlassenen nicht wieder eingestellt werden. Wir machen sämtliche Kameraden darauf aufmerksam, daß die Hamburger Reeder auf alle Fälle ein Flugblatt schicken, welches versuchen soll, durch unrichtige Behauptungen und Verdächtigungen die öffentliche Meinung irre zu führen. Es muß gebührend zurückgewiesen werden.“

Lohnbewegung in der deutsch-schweizerischen Seidenindustrie. Die Verbände des deutschen und des schweizerischen Textilarbeiter-Verbandes haben auf den 27. Januar nach Rheinfelden eine internationale Seidenarbeiterkonferenz einberufen, um den Bericht der in der Herbstkonferenz von Rheinfelden eingesetzten Lohnkommission zur Aufstellung eines Lohnarabes für die beiden Branchen der Handweberei und der Stoffbranche entgegenzunehmen und die geeignet erscheinenden Beschlüsse zu fassen. Es wird zu dieser Konferenz eine starke Beteiligung erwartet, da deren Beschlüsse von entscheidender Bedeutung sind. Beteiligt an dieser voraussichtlich sehr umfangreichen Lohnbewegung sind die Seidenweberei- und Seidenstoffweberei von Basel, Baselland, Aargau, Jürich, das Oberrhein und Oberbaden.

Ausland.

Die Aussperrung in Hongkong.

Paris, 27. Dezember. (Sig. Ber.) Der heroische Kampf der ausgesperrten Schuharbeiter von Hongkong ruft im ganzen französischen Proletariat eine stetig wachsende Teilnahme hervor. Nach dem Muster, das die belgischen Arbeiter zur Zeit der Aussperrung von Verdun gegeben haben, nehmen die Proletarier der Nachbarstädte die Kinder der Aussperrten bei sich auf. In Rennes allein haben 350 Kinder Unterkunft gefunden. Von Eberbourg und Nancy sind eine Menge Einladungen eingelaufen und auch in Paris haben sich schon Hunderte von Parteigenossen und Gewerkschaftlern zur Aufnahme von Kindern bereit erklärt. Doch hat die Rücksicht auf die große Entfernung und die Fahrkosten von der Bretagne nach Paris vorläufig diese Angebote nicht annehmen lassen. — Die Sammlungen für die Aussperrten ergeben verhältnismäßig ansehnliche Beträge. Die wirtschaftliche Ausnutzung der aufgebrachteten Summen wird durch die Einrichtung gemeinsamer Küchen gefördert, aus denen die Familien der Aussperrten gespeist werden.

Die Arbeiter halten ausgezeichnete Disziplin. Sie haben das Angebot der Unternehmer, die Arbeit entweder unter den alten Bedingungen oder unter einem von ihnen ausgearbeiteten Tarif wieder aufzunehmen, mit ungehörter Mehrheit zurückgewiesen. Einige „anarchistische“ Lockvögel, die von Lyon gekommen waren, wurden energisch zum Rückzug veranlaßt. Clomenceau hat auf die Intervention der sozialistischen Fraktion hin ausdrücklich zugesagt, alle Herausforderungen der Arbeiter zu verhindern.

Holländische Seefischer im Streit. In Maardingen fand am Montag eine von fast 500 Fischern besuchte Versammlung statt, die den bereits früher gefaßten Beschluß, unter keinen Umständen zu den von den Unternehmern veränderten Lohnverhältnissen in Arbeit zu treten, einstimmig erneuerte. — Bis vor einem Jahre erhielten die Fischer einen festen Wochenlohn von 6 Gulden und 1 Proz. vom Bruttoertrag der Fischerei. Nun aber sollen sie gar keinen festen Lohn mehr erhalten und dafür 1 1/2 Proz. des Ertrages, so daß das ganze Risiko der Fischerei auf ihre Schultern abgewälzt wird und sie, wenn Unwetter oder andere widrige Verhältnisse den Fang unmöglich machen, mit leeren Tischen nach Hause kommen, ihr Leben ganz unkonstant auf Spiel gesetzt haben. Die Fischer sind zu zwei Dritteln organisiert und betreiben eine musterhafte Ausdauer. Bergänglich versucht man von katholischer Seite ihre Organisation zu sprengen.

Eine Anerkennung der schwedischen Seemannsorganisation. Einem Reichstagsbeschlusse entsprechend hat die schwedische Regierung ein Komitee ernannt, das Bestimmungen über die Seetätigkeit der Schiffe und über andere ähnliche Angelegenheiten auszuarbeiten soll. Dieser Reichstagsbeschlusse war die Frucht einer Menge von Anträgen und Petitionen. Erfreulich ist es, daß die Regierung in das Komitee, neben Schiffahrtsunternehmern und Leuten, die ihnen nahesteht, wenigstens einen Mann ernannt hat, der unabhängig die Lebensinteressen derer vertritt, die stets und ständig den Gefahren der Seefahrt ausgesetzt sind, nämlich den Vorsitzenden des schwedischen Transportarbeiter-Verbandes, den Reichstagsabgeordneten Charles Lindley. Die konservative schwedische Regierung hat also doch die Einsicht, daß man die Arbeiterorganisation bei einer so wichtigen Frage nicht ganz übergehen kann.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen! Arbeiterinnen!

Am 25. Januar 1907 finden die Neuwahlen zum Reichstage statt. Die bürgerlichen Parteien geben sich große Mühe, Stimmen zu fangen, um stärker denn je in den neuen Reichstag einzuziehen. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wird gearbeitet, um den Arbeiter, den man leider noch zu leicht durch Verprechen und Verheißungen locken kann, zu gewinnen. Nun haben aber sämtliche Abgeordnete des verflochtenen Reichstages — außer den Sozialdemokraten — unzweifelhaft bewiesen, daß sie nicht volksfreundliche, sondern volksfeindliche Bestrebungen vertreten. Auch den Frauen hat man verschiedentlich gezeigt, wie hoch sie von jener Seite eingeschätzt werden. Da ist es immer nur die Sozialdemokratie, welche für die Gleichberechtigung der Frauen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung eintritt. Daß die Frauen heute noch politisch rechtlos sind, ist lediglich die Schuld der bürgerlichen Parteien, deren Vertreter nur wüßig sein tollende Redensarten und Hohnsachen für die um Menschenrecht und Menschenwürde ringende Frau haben. Diese und noch hundert andere Dinge sind es, welche die Frauen scharenweise der Sozialdemokratie zuführen müssen.

Hat man es nicht verstanden, die notwendigsten Lebensmittel künstlich zu verteuern, und haben wir Arbeiterinnen, Arbeiterinnen nicht am schwersten darunter zu leiden? Darum muß die Proletarierin mit ihrem männlichen Klassengenossen gemeinsam kämpfen gegen Hunger, Ausbeutung, Armut und Bedrückung. Die gleiche Not ist es, die die proletarischen Männer und Frauen verbindet und aus der gleichen Not muß auch das gemeinsame Streben auf Verbesserung ihrer Lage erwachsen. Alle die Frauen, welche die Ziele der Sozialdemokratie noch nicht kennen, müssen zum Besuch unserer Versammlungen veranlaßt werden, damit sie unterrichtet und aufgeklärt werden. Eine aufgeklärte Frau wird nicht wie vordem, dem eigenen Manne im politischen wie im wirtschaftlichen Kampfe ein Hemmschuh sein, sondern sie wird ohne Wahlrecht doch mit kämpfen und streiten.

Proletarierinnen! Kommt darum zahlreich in die am 8. Januar stattfindenden Versammlungen, welche in der „Kranke“, Brangelstraße 9/10, und bei Bremer, früher Mohrmann, Große Frankfurterstraße 117, tagen, um zu lernen, aber auch zu protestieren gegen alles Unrecht, welches der Arbeiterklasse immer von neuem angetan wird. Rättelt die Männer auf! Vereinhaltet sie für ihr gutes Recht, damit sie am Wahltag nicht untätig dastehen, sondern ihre Pflicht tun, auf daß überall die Sozialdemokratie siegreich und dem Kampfe herborgeht.

Die Vertrauenspersonen Berlins.

Achtung, Genossinnen!

Damit die Genossinnen in der Lage sind, sich eifrig bei den Wahlarbeiten zu beteiligen und die Versammlungen fleißig zu besuchen, erscheint es ratsam, bis nach den Wahlen die Les- und Diskussionsabende ausfallen zu lassen.

Diittie Baader.

L. Katz & Co.

Spandauer St. 45 am Molkenmarkt

Für Silvester!

empfehlenswertes Lager in sämtlichen Sorten Gläser, über
hunderttausend Stück

Lagerbestand zu Engros-Preisen.

Groggläser 7, 10, 12 bis 35 Pf.

Weingläser 10, 15, 20 bis 60 Pf.

Sektgläser 10, 25, 35 bis 60 Pf.

Likörgläser 5, 7, 10 bis 25 Pf.

Wassergläser 5, 7, 10 bis 25 Pf.

Bowlen, Bowlenkannen,

Bowlengläser, gr. Auswahl.

Bierbecher, 7, 10, 12, 15 bis 50 Pf.

Scherzartikel in großer Auswahl.

Neujahrs-Zigarrenspitzen von 3 Pf. an.

L. Katz & Co.

Spandauer St. 45 am Molkenmarkt

Wunderhorn:

I. mit 5 Platten nur 18 M.
II. mit 5 Beka-Platten nur 35 M.
III. hervorragend nur 50 M.

Natürlichste Wiedergabe von Gesang, Sprache u. Instrument.

Jeder Apparat wird bereitwilligst umgetauscht, auch werden Walzenapparate und Walzen in Zahlung genommen.



Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

Mein rühmlichst bekannter alljährlicher

Räumungs-Verkauf

beginnt Mittwoch, den 2. Januar.

Aus allen Abteilungen sind, um meiner verehrten Kundschaft etwas ganz Aussergewöhnliches zu bieten, grosse Sortimente ausgelegt und werden diese Posten enorm billig zum Verkauf gebracht. Während dieser Verkaufszeit gewähre ich

10 Prozent Rabatt oder doppelte Marken.

Detaillierte Angebote erfolgen in den nächsten Tageszeitungen.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

Deutsche Bierbrauerei A.=G.

(Gesamtabsatz 1904/05 unserer Interessengemeinschaft 415114 Hektoliter)
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere

in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier:
Alt Moabit 60.

Adresse für Flaschenbier:
Kaiserin Augusta-Allee 15/16.

Telephon: Amt II, 1615 u. 1616.

Telephon: Amt II, 3098.

Prächtige Wohnungen billig!!!!

(1, 2 u. 3 Z.) modern u. elegant, sofort oder später, Berlin N., Soldinerstr. 32/34.

Ehe

Brautleute sich ihre Möbel-Ausstattung kaufen, sollten sie unter keinen Umständen unterlassen.
Paul Surows Möbel-Fabrik, Lindenstr. 105
(Nahe Hallesches Tor) zu besichtigen. Moderne bürgerl. Wohnungseinricht. schon f. 200, 300, 400 Mk., hocheleg. v. 500-10000 Mk. Zur Anschaffung von Ergänzungsstücken besonders zu empfehlen, da gerade große Posten verliehen gew. Möbel, darunter ganze Zimmereinrichtungen, am Lager stehen. Auszugsofa 30, Paneelsofa mit Satteltaschen 85, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 39, Muschelbettstelle mit Matratze 40, Chaiselongue, Schreibtisch, Säulentrumeau 28 Mk., Salongarnitur sowie kompl. engl. Schlafzimm. für 220 Mk., Almahagoni-Saloon mit Umbau elegant 845 Mk., farbige Küchen 65 Mk., sowie Speisezimmer u. Herrnzimmer in allen Stilarten. Teilzahlungen gestattet. Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt.

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung im Jahre 1906.

Einen Markstein in der Geschichte der Berliner Parteiorganisation hatten die Genossen gesetzt, als sie im Herbst 1905 beschlossen, die sechs Berliner nebst den beiden Vorortswahlkreisen zu einem Verbande der sozialdemokratischen Wahlvereine zusammenzufassen. Mit dem Beginn des Jahres 1906 trat diese Neuorganisation in Kraft und das Verbandsbureau eröffnete seine Tätigkeit im Dienste der neuen Organisation. — Ferner brachte der Monat

Januar

eine Reihe bemerkenswerter Ereignisse.

Am 8. traten die Löffelträger in den Streik, und die Folge desselben war, daß auch die Löffel nicht weiter arbeiten konnten. Diese hielten deshalb am 4. eine große Versammlung ab, wo sie zum Streik der Träger Stellung nahmen. Die letzteren hoben dann, dem Räte der Löffel folgend, den allgemeinen Streik auf und führten mit Erfolg den partiellen Streik fort.

Am 7. konnte der „Vorwärts“ den Parteigenossen die erfreuliche Mitteilung machen, daß er die Zahl von 100000 Abonnenten überschritten habe. In einer dem Zweck entsprechend ausgestatteten Jubiläumsnummer wurde dies Zeichen des unaufhaltsamen Fortschritts unserer Partei gewürdigt.

Mit einer am 8. in der Brauerer Friedrichshain abgehaltenen imposanten Versammlung, welche die Kommission der Tabakarbeiter einberufen hatte und wo Genosse Bebel das Referat hielt, setzte die Agitation gegen die Steuerpläne der Regierung im allgemeinen und die Tabaksteuer im besonderen ein.

Am 9. hatten die Schöneberger Parteigenossen bei der Stadtverordnetenwahl einen Erfolg zu verzeichnen, der die Zahl ihrer Mandate von 7 auf 9 vermehrte.

Den Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht leiteten die Berliner Genossen am 14. ein durch die Verbreitung eines Flugblattes, welches die Bevölkerung über ihre Rechtmäßigkeit in der preussisch-parlamentarischen Vertretung aufklärte.

Am 17. wurde die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung eröffnet, an der neben bürgerlichen Sozialreformern die Gewerkschaften in hervorragender Weise mitwirkten.

Am Sonntag, den 21. hatte man die gesamte Berliner Garnison nebst Polizei und Feuerwehr in Kriegsbereitschaft gestellt, um einem vermeintlichen Angriff des „inneren Feindes“ mit Erfolg begegnen zu können. An diesem Tage hielten unsere Parteigenossen eine große Zahl von Demonstrationen und Versammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht ab, ohne der bewaffneten Macht Gelegenheiten zum Vorgehen gegen den „inneren Feind“ zu geben.

Am 23. beendeten die Stickerarbeiter ihre Lohnbewegung mit der Annahme eines Tarifs.

Die politische Tätigkeit unserer Parteigenossen trat auch im

Februar

wieder vor der breitesten Öffentlichkeit in die Erscheinung. Diesmal galt es, den Wotwucherern wiederum die Meinung des Volkes zu sagen über den durch den am 1. März in Kraft tretenden Posttarif verübten Raub an Volkseinkommen. Am 6. fanden zu diesem Zweck eine Anzahl großer Protestversammlungen statt.

Am 20. hielten die Angestellten der großen Berliner Straßenbahn eine imposante Versammlung ab. Sie forderten die Wiedereinstellung einiger Kollegen, welche die Disziplin wegen gewerkschaftlicher Betätigung gemindert hatte.

Ein anderes Ereignis im Berliner Verkehrsleben, welches im Publikum lebhaftes Interesse erregte, war der Demonstrationsstreik der Berliner Droschkenführer, welcher sich gegen eine, den Droschkenverkehr auf dem Potsdamer Platz betreffende Polizeiverordnung richtete. Der Streik wurde am 26. und 27. mit großer Einmütigkeit geführt.

März

Infolge der Neuorganisation der Berliner Parteigenossen nahmen am 6. alle Wahlvereine ein einheitliches Statut an.

Am demselben Tage schilderte der „Vorwärts“, wie ein Spindel hineingefallen ist bei dem vergeblichen Versuch, unseren Genossen Karl Fischer zum Verrat von Parteiangelegenheiten zu verleiten.

Die Verbreitung eines Flugblattes, welches eine erneute Wahlrechtsdemonstration vorbereitete, fand am Sonntag, den 11. statt.

Am 13. fand Genosse Frezgang vor Gericht. Unter Anklage stand die von ihm verantwortliche gezeichnete Broschüre: „Gegen Volksverdummung, Volksnebelung und Volksausbeutung.“ Das Verfahren endete mit Frezgangs Freisprechung.

Am 14. und 16. brachte der „Vorwärts“ wiederum Enthüllungen polizeilicher Spitzeleien. Diesmal waren es unsere Genossen Weibel und Kautsch, die in Brüssel, wo sie an einer Sitzung des internationalen Komitees teilnahmen, durch einen eigens dorthin entsandten Berliner Kriminalschuttmann bespitzelt wurden.

Am 18. hielten die Berliner Parteigenossen ihre Märzfeier ab. Die zahlreichen starkbesuchten Versammlungen, welche an diesem Tage stattfanden, dienten außer dem Gedenken der Märzämpfe, der Demonstration gegen das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht. — Der Monat

April

stand vorwiegend unter dem Zeichen gewerkschaftlicher Kämpfe.

Am 1. traten die Handlungsgärtner, soweit ihre Forderungen nicht schon bewilligt waren, in den Streik. Bei dieser Gelegenheit spielte die dreifache Organisation wieder die schmachvolle Rolle einer Unternehmerrücktrittstruppe, welche sich allerdings vergeblich bemühte, durch Verrat der Streikenden deren Bewegung zu vereiteln.

Am 2. begann der Streik der Maler, die seit Monaten mit den Arbeitgebern verhandelt hatten, um durch einen neuen Tarif die Verhältnisse der Arbeiter einigermaßen zu verbessern, ohne jedoch den gewünschten Erfolg zu erreichen.

Am 6. nahm der Streik der Schlosser seinen Anfang. Bei einer an demselben Tage stattgefundenen Stadtverordneten-Ratswahl im 34. Berliner Bezirk wurde Genosse Theodor Fischer gewählt.

Der Malerstreik wurde am 14. als beendet erklärt, nachdem die Streikenden einen sie befriedigenden Tarifabschluss erlangt hatten.

Während der Osterfeiertage am 15. und 16. wurde in Berlin ein allgemeiner Kongress der Handels- und Gewerkschaften abgehalten, welcher verschiedene Wünsche dieses Berufes besprach und gesetzlichen Arbeiterschutz forderte.

Gleichzeitig fand in Berlin der Verbandstag der Bäcker- und Krabattinarbeiter statt sowie der Korrektorentag und der Gantag der Arbeiter-Radfahrer.

Am 20. beendeten die Wagenbauarbeiter ihren Streik, der fünf Wochen gedauert hatte, mit einer Einigung.

Mai

Die am 1. abgehaltene Matinee, mit der diesmal eine Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht verbunden war, verlief glänzender wie je zuvor. Ramentlich war die Zahl derer, die durch Arbeitsruhe demonstrierten, erheblich stärker als in den Vorjahren.

Am 6. wurde im Gewerkschaftshause eine Konferenz der sozialdemokratischen Stadt- und Gemeindeverordneten von Groß-Berlin abgehalten.

Die Bäcker, deren Beauftragte seit einiger Zeit mit den Vertretern der Innung wegen Abschluß eines Tarifs verhandelt hatten, erklärten sich am 8. mit dem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden, wodurch ihnen eine Reihe nennenswerter Verbesserungen ihrer Verhältnisse zubilligt wurden.

Der Zentralverband aller in der Schweberei beschäftigten Personen hielt am 10. und an den folgenden Tagen im „Gewerkschaftshause“ seinen Verbandstag ab.

Am 14. wurde der Schlosserstreik nach einer Dauer von sechs Wochen erfolgreich beendet. — An demselben Tage hoben die Schuhmacher der Schuhbranche ihren allgemeinen Streik auf, der ihnen eine Anzahl Bewilligungen gebracht hatte und schien den Streik partiell fort.

Mit einer politischen Aktion traten die Genossen von Groß-Berlin am 15. wieder in die Öffentlichkeit. Gegen die im preussischen Landtage beratenen Schulgesetzvorlage, welche bestimmt ist, die Volksschule den Hinzulern der Kirche völlig auszuliefern, wurde in 43 Volksversammlungen Protest erhoben.

Die Quabinder stellten am 16. Tarifforderungen auf, die sie den Unternehmern als Antwort auf die anlässlich der Matinee erfolgte Aussperrung einreichten.

Am 20. traten die Barbiergehilfen in den Streik, zu dessen Unterstützung sich auch die Vertreter der

Berliner Arbeiterschaft für den Boykott über die nicht bewilligten Arbeitgeber erklärten.

Juni

Am 2. — es war der Pfingstsonntag — wurden etwa die Hälfte der Berliner Steinbrucker und Lithographen ausgesperrt. Mit dieser Aussperrung, die sich auf andere Orte erstreckte, wollten die Unternehmer eine Lohnbewegung niederzwingen, die in einigen Städten ins Werk gesetzt worden war. Eine Episode dieses Kampfes erregte in der Arbeiterschaft allgemeine Entrüstung. Eine Anzahl von Mitgliedern des alten Genossenschaftsbundes hatten zu derselben Zeit, als die Unternehmer die Aussperrung verhängten, eine gerichtliche Verfügung erwirkt, durch welche die Kaffe der Lithographen- und Steinbruckerorganisation für gewerkschaftliche Zwecke gesperrt und der Vorstand sozusagen lahmgelegt wurde. Die Organisation wußte diesen Schlag aber in einer Weise zu parieren, die für die ungehinderte Fortführung des gewerkschaftlichen Kampfes gestattete.

Ein großer gewerkschaftlicher Kampf schien ausbrechen zu sollen, als am 18. bekannt wurde, daß 1000 Arbeiter der Riesa-Werke in Oberschöneweide wegen geringfügiger Differenzen, die in einer kleinen Abteilung des Werkes entstanden waren, ausgesperrt worden waren. Jedoch gelang es schon am folgenden Tage, eine Verständigung herbeizuführen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Einen schmerzlichen Verlust erlitten die Parteigenossen Berlins durch den am 22. erfolgten Tod des seit vielen Jahren im dritten Wahlkreise an hervorragender Stelle tätig gewesenen Genossen Franz Hoch.

Am 23. brachte die „Einigkeit“, das Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, jenen vielbesprochenen Artikel, der ein Bruchstück aus dem Protokoll der Konferenz gewerkschaftlicher Zentralvorstände in sensationeller Form der Öffentlichkeit übergab.

Die am 24. abgehaltene Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow war die erste Versammlung, welche sich in der Diskussion mit dem Vorgehen der „Einigkeit“ beschäftigte.

Im Anschluß an diesen und einige weitere Artikel der „Einigkeit“ entstand in den folgenden Wochen sowohl in Versammlungen als auch in der Presse eine lebhaft erörterte Diskussion über den politischen Massenstreik, sowie über das Thema Partei und Gewerkschaft.

Am 26. fanden in allen Berliner Wahlvereinen Generalversammlungen statt, die sich mit der bevorstehenden Generalversammlung für Groß-Berlin beschäftigten. Den Berliner Versammlungen folgte am 30. die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim.

Ein wirtschaftlicher Kampf von längerer Dauer brach am 30. aus. Die Glaser wurden von den Unternehmern ausgesperrt, weil sie Vorsehrungen getroffen hatten, um bei der in Aussicht stehenden Tarifbewegung ihre Forderungen mit Erfolg vertreten zu können.

Juli

Am 13. hatte sich Genosse Weber als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ vor Gericht zu verantworten, weil ein livländischer Junker sich beleidigt fühlte durch Angaben des „Vorwärts“ über Schandthaten livländischer Gutbesitzer gegen die revolutionäre Bewegung des russischen Volkes. Der Angeklagte bot den Wahrheitsbeweis für die Angaben des „Vorwärts“ an. Der Prozeß wurde vertagt und war am Schluß des Jahres noch nicht beendet.

Am 24. legten 500 Bauarbeiter am „Kaiserhof“ die Arbeit nieder, weil sie nicht mit streikbrechenden Glasern zusammenarbeiten wollten. Einige Tage später wurde diese Angelegenheit geregelt.

Nach wochenlangen energischen Kämpfen beschloßen die Buchbinder am 28., die mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am 29. tagte die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin. Neben der Regelung geschäftlicher Angelegenheiten brachte sie eine allgemein interessierende Debatte, in der im Hinblick auf die Protokollveröffentlichungen der „Einigkeit“ sowohl ein Vertreter des Parteivorstandes, als auch ein Vertreter der Generalkommission Ausführungen hinsichtlich der Besprechung dieser beiden Körperschaften über die Frage des politischen Massenstreiks gaben.

Am Ende des Monats wurde der Streik der Barbiergehilfen als beendet erklärt und der Boykott über die Barbiergeschäfte aufgehoben.

Alpen-Trachten.



Baer Sohn

Chausseestr. 24a/25 - 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Erklärung!

Um den vielen falschen Gerüchten über den Boykott der Kressin-Zigaretten

entgegentreten, erkläre ich hiermit öffentlich folgendes: Der Boykott der Kressin-Zigaretten hat lediglich den Zweck, die Fabrikpreise der Zigaretten herabzudrücken, ohne Rücksicht darauf, ob hierdurch die Konsumenten für ihr Geld eine minderwertigere Ware erhalten, oder ob bei der 2 Pf.-Zigarette die Handarbeit durch Maschinenarbeit verdrängt wird, Hauptsache ist, daß jene Händlergruppe, welche den Boykott beschlossen hat, einen höheren Nutzen auf Kosten der Raucher erzielt!

Dieses Ansinnen lehnte ich ab! Eine Lohndifferenz mit meinem Personal hat seit dem Bestehen meines Geschäftes noch nie bestanden.

An alle Kressin-Raucher richte ich deshalb die höfliche Bitte, jeden minderwertigen Ersatz zurückzuweisen und im eigenen Interesse die mit den bekannten roten diesbezüglichen Zetteln gekennzeichneten Läden zu meiden.

Berlin, N. 58. Hochachtungsvoll Otto Kressin.

Advertisement for J. Baer, featuring a bear logo and text: J. Baer, Ecke Brückstr. 26, Prinz-Alleen, Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots und Joppen, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste, strengeste Preise.

Advertisement for Reste, featuring a large 'R' logo and text: Reste, Damentuche, schwarz u. farbig, Kostüm-Stoffe, Seidenplüsch, Sammete, Astrachan. Konfektion: Havelocks, Paletots, Abendmäntel, Capes, Kostüm-Röcke, Pelz-Stolas in großer Auswahl. C. PELZ, Kottbuserstraße 4.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 30. Dezember.
Freie Volkshöhle. Nachmittags 3 Uhr, 1. und 2. Abteilung. Berliner Theater: Die Häuser des Herrn Sartorius. 9. und 10. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Das Glas Wasser.
Neue freie Volkshöhle. Nachmittags 2 1/2 Uhr: 7. Abteilung im Deutschen Theater: Gefährlicher.
 Nachm. 8 Uhr: 15. Abteilung im Neuen Theater: Die Conditorei. Nachm. 3 Uhr: 3. u. 4. Abteilung Berliner Theater O.: Die rote Robe. Nachm. 8 Uhr: 10. Abteilung (voll), 11. Abteilung (Rr. 10 401 bis 10 800) im Schiller-Theater N.: Das Lumpengesindel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ag. Opernhaus. Salome. Anf. 8 Uhr.
König. Jar und Zimmermann. Anf. 7 Uhr.
Ag. Schauspielhaus. Klein Dorch. Montag: Das Glas Wasser.
Neues Opernhaus. Faust. Anf. 7 Uhr.
Montag: Gefährlicher.
Deutsches. Das Wintermärchen. Montag: Bumburg.
Westen. Cousin Bobby. Nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz. Montag: Cousin Bobby.
Sonntag. Die Regimentskocher. Nachmittags 3 Uhr: Undine. Montag: Der Wildschütz. Anfang 8 Uhr.
Sessing. Der heimliche König. Nachmittags 3 Uhr: Die Weber. Montag: Der heimliche König.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hasemanns Töchter. Nachmittags 3 Uhr: Die rote Robe. Montag: Der Hochtourist.
Schiller N. (Friedrich-Wald-Theater.) Heimat. Nachmittags 3 Uhr: Das Lumpengesindel.
Montag: Mathias Gollinger.
Neues Schauspielhaus. Der Helfer. Montag: Die Hochzeit. Anfang 8 Uhr.
Klein. Ein idealer Gatte. Nachm. 3 Uhr: Nachtschlaf.
Montag: Eine triale Komödie.
Berliner. Sherlock Holmes. Montag: Derselbe Vorstellungs. Anf. 7 Uhr.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Nachmittags 3 Uhr: Carmen. Montag: Parisier Leben.
Neues. Kinder. Montag: Derselbe Vorstellungs.
Zentral. Künstlerblut. Anf. 7 1/2 u. Nachmittags 3 Uhr: Der Bettelstudent.
Montag: Künstlerblut. Anf. 7 1/2 u. 8 Uhr. Florette und Patapon. Nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.
Montag: Florette und Patapon.
Lustspielhaus. Kaufmanns Kinder. Nachmittags 3 Uhr: Die vier Hochzeiten. Montag: Florette und Patapon.
Zentral-Theater. Der Sorgenbrecher. Nachmittags 3 Uhr: Ueber'n großen Teich.
Thalia. Eine lustige Doppelche. Nachmitt. 3 1/2 Uhr: Charis's Tante. Montag: Eine lustige Doppelche.
Luisen. Florette und Patapon. Nachmittags 3 Uhr: Othello. Montag: Gefährlicher.
Bernhard Rose. Berliner Raubvögel. Nachmittags 3 Uhr: Das Räthchen von Heildronn.
Montag: Berliner Raubvögel.
Trionon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei. Nachmittags 3 Uhr: Der Hausfreund.
Montag: Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.
Metropol. Der Teufel lacht dazu. Nachmittags 3 Uhr: Auf in's Metropol.
Montag: Der Teufel lacht dazu.
Gedr. Herrnsfeld. Familientag im Hause Prellstein. Montag: Derselbe Vorstellungs.
Wintergarten. Die schöne Helina. Spezialitäten. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung.
Kassus. Die beiden Champignol. Spezialitäten.
Montag: Derselbe Vorstellungs.
Volles Caprice. Das Modell. Sevensimus August XXVI. Josef Fleißmann.
Montag: Derselbe Vorstellungs.
Urania. Tautendstraße 18/19. Der Theater abends 8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde. Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Montag: Derselbe Vorstellungs.
St. Hubertus. Dem edlen Waldwerk entnommen und in 6 Bildern auf das glänzendste inszeniert vom Direktor Albert Schumann.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Im Theater nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Frühlingstage an der Riviera. 8 Uhr:
Die Feuergefallen der Erde.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a
 Eingang Schadow-Strasse No. 14.
 Heute Sonntag: Eintrittspreis
25 Pf.
 Reichhaltige Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc. 1914

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes
 Montag 7 Uhr: Sherlock Holmes. Dienstag und folgende Tage: Sherlock Holmes.

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
 Nachmittags 3 Uhr halbe Preise:
Der Freischütz.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Cousin Bobby.
 Montag (Silvester), abends 7 Uhr: Cousin Bobby. Rich. Werner a. G.

Neues Schauspielhaus

Abends 8 Uhr:
Der Helfer.
 Montag:
Die Hochzeitsnacht.
 Anfang 8 Uhr

Komische Oper.

Nachmittags 3 Uhr:
Carmen.
 Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
 Montag: Parisier Leben.

Lustspiel-Theater

Belleallianzstr. 7/8.
 Nachm. 3 Uhr zu halben Preisen:
Undine.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Regimentskocher.
 Montag 7 Uhr: Der Wildschütz.

Lustspielhaus.

Nachm. 3 Uhr: Die vier Hochzeiten. Abends 8 Uhr:
Husarenfeber.
Zentral-Theater. (Operette.) 3 Uhr kleine Preise: Der Bettelstudent. Abends 7 1/2 Uhr: Künstlerblut. Montag 7 1/2 Uhr: Künstlerblut.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
 Nachmittags 3 Uhr:
Othello.
 Abends 8 Uhr:
Flotte Weiber.
 Montag (Silvester): Gefährlicher. Dienstag (Neujahr) nachm. 3 Uhr: Viel Lärm um Nichts. Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Wegender.
 Heute und folgende Tage
 Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.
 Schwan in 3 Akten v. H. Demmequin und Pierre Heber.
 Sonntag, den 30. Dez., Dienstag, den 1. und Sonntag, den 6. Januar, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.

Köpenickerstr. 67/68.
 Jed. ab. 8 Uhr: Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Lächerfolg:
Der Sorgenbrecher.
 Sonntag u. Dienstag nachm. 3 Uhr:
Ueber'n großen Teich.
 Montag, den 31. Dezember 1906:
Große Silvester-Feier
Der Sorgenbrecher.



Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 68.
 In dem großartigen Weihnachtsfest
Das Wiedersehen nach 30 Jahren.
 Director Gustav Behrens als Domburger Schiffskapitän.
 Außerdem 22 Nummern.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
 Schauspiel in vier Akten von Eugen Brück. Deutsch von Anne St. Gère.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Goldstück in 4 Akten v. H. Demmequin.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Jugend.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wald-Theater.)

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Lumpengesindel.
 Tragödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimat.
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
 Montag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.

Castans Panopticum

Friedrichstraße 165
Der Räuberhauptmann v. Köpenick.
 Die zusammengewachsenen Schwestern.
 Abends 6 1/2 Uhr:
familien-Bier-Kabarett.
Neujahr 1907!
 Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, abends 7 Uhr:
Volks-Kabarett
 der Brett'l-Diva Margarete Walkotte.
 Entree 50 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Zigarrenhandlg., Engelufer 15. — Abendkasse 60 Pf.
 Mitwirkende: Herr Opernsänger Aignauer; Fr. Lucie Bogathy, Rezitatorin; Herr Rigo Lajos, der berühmte Violinvirtuos; Herr Lund, Rezitator; Margarete Walkotte; Herr Clifton.
Vollständig neues Programm!

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
 Nur noch bis 31. Dezember:
Große Spezialitäten-Vorstellungen
 arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
 Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochentl. 8 Uhr.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.
 Nur noch bis 31. Dezember:
Große Spezialitäten-Vorstellungen
 arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
 Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochentl. 8 Uhr.

Zirkus Schumann

Heute Sonntag, den 30. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr:
2 große brillante 2 Gala-Vorstellungen 2
 Nachmittags auf allen ein Kind frei.
 Jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbe Preise (außer Gallerie).
 In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends:
Gleich reichhaltiges abwechslungs. Programm, sämtliche Spezialitäten, sowie Clowns, Kunststücke mit ihren neuesten Späßen. Vorführung der bestverkauften Schul-, Freiheits- und Springpferde. Nachm. zum Schluss: Karneval in Venedig, Pantomime, in ganz neuen Einl. u. Der Kiesen-Bonbon-Regen.
 Abends zum 10. Male
Die diesjähr. gr. Schumannsche Ausstattungs-Pantomime

Zirkus Busch

Sonntag, den 30. Dezember 1906, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr:
2 gr. Gala-Vorstellungen 2
 Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
In beiden Vorstellungen: Die größte Tiger- und Löwengruppe, dreifach und vorzüglich v. Dompt. Willy Peters.
In beiden Vorstellungen: Mit Diana, dreifache Hünne, Affen und Kolobus.
In beiden Vorstellungen: Geschw. Singer, Comilodisten.
In beiden Vorstellungen: Vortreten sämtl. Clowns mit ihren neuesten Witz und Späßen.
In beiden Vorstellungen: Vortreten u. Vorreiten der besten Schul-, Freiheits- u. Springpferde.
 Nachmittags 4 Uhr:
Swerdclown Francois mit dem Dackelhund.
Aus der Pußt.
 Orig.-Pantomime d. Jizus Busch.
 Abends 7 1/2 Uhr:
ROM.
 Große Orig.-Ausstatt.-Pantomime in 7 Bildern.

St. Hubertus.

Dem edlen Waldwerk entnommen und in 6 Bildern auf das glänzendste inszeniert vom Direktor Albert Schumann.

Metropol-Theater

Nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol!
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary. Wolf. Bender.

Giampietro, Josephi.
 Rauchen überall gestattet.
 Montag 3 U.: Der Teufel lacht dazu.
 Dienstag, 1. Januar 1907, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.
 Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
 Donnerstag, den 3. Januar 1907:
 Zum **100. Male:**
Der Teufel lacht dazu.
 Sonnabend, den 5. Januar 1907:
l. gr. Metropol-Theater-Ball.

BERNHARD ROSE THEATER

Große Frankfurterstr. 132.
 Nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen:
Das Räthchen von Heildronn.
 Abends 8 Uhr:
Berliner Raubvögel.
 Morgen: Berliner Raubvögel. Nachm. 3. Vorstellung: Gr. Silvesterfeier.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Sonnenstr. 10.
Das Buschli's I
 oder: Im Edelgrund und tiefen Wald. Volksstück mit Gesang in 4 Akten.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
 Montag: Großer Silvester-Ball mit allerlei Ueberraschungen.

Passage-Theater.

Heute 2 Vorstellungen.
 Nachm. 3 u. abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
 Burleske in 3 Akten v. Leop. Ull. Musik von Rudolf Kellon.
 Mit Josefina Dora, Paulette van Roy, Martin Bendix, Georg Kaiser in den Hauptrollen.
 Außerdem: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58.
 Direktion: Bernhard Rosa.
 Heute Sonntag nachmittags 3 Uhr bei vollständigen Preisen:
König Allgold.
 Abends 7 Uhr:
Der Störenfried.
 Lustspiel in 4 Akten.
 Nach der Vorstellung: Ball. Biletvorverkauf von 10-11 Uhr an der Theaterkasse.
 Montag: Große Silvesterfeier.
Der Störenfried.
 Silvesterball. Besondere Ueberraschungen.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20
 Am Rosenthaler Tor.
2 Heute Sonntag: 2 Vorstellungen 2
 nachmittags 3 1/2 Uhr (keine Preise) jeb. Erwachsene ein Kind frei.
 Abends 8 Uhr:
14 glänzende Spezialitäten. U.a.:
Die 12 Akrobaten Ford
 Har. Spiele mit 3 Bonds u. Heln. Rasse von 10 bis 1 und von 2 1/2, an ununterbrochen geöffnet.
Im Tunnel Eindehler-Konzert.
 Montag, den 31. Dezember cr., abends 9 1/2 Uhr.
Große Silvester-Feier
 in den Gesamträumen der Walhalla.
 Gesamteintrittspreis 1 Mark.

Gebr. Herrnsfeld-Theater

8 Uhr. 1-2 Uhr. Kommandantenstr. 57. Traikreiderstr. 42-44.
 Heute: Jubiläums-Vorstellung.
 Zum **150. Male: Familientag im Hause Prellstein**
 mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
 Rassen-Größung und Einlag. 6 1/2 Uhr.
 Morgen, Montag, d. 31. Dezember
Familientag im Hause Prellstein
 Hiermit:
Gr. Silvester-Feier
 mit außerordentlichem Ueberraschungen, Neujahr's-Feierprogramm, Janfängerzug, Volks-sänger-Soloe. Lobius-Vorträge, Nulime Festunterhaltung in den Vorsträumen d. Hauses.
 Um 2 Uhr früh:
Flabrias-Partie
 in der Urbrettl-Aufführung ohne Dekorationen.
 Simon Dalles: Donat Herrnsfeld Janitschek: Anton Herrnsfeld. Neb. viele morgiges Infernal. Biletts schon heute a. d. Tages-laffen bei Weidheim und In-nalldendant.
 Keine erh. Preise. Rauch gest.

WINTERGARTEN SAHARET.

Das neue Programm
 Morgen, Montag:
Silvestervorstellung
 unter Mitwirkung von
Saharet
 Otto Reutter
 Ende 12 Uhr

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Heute, Sonntag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
 und Tanz-Kränzchen.
 Morgen, Montag: Großer Silvesterball. Ueberraschung: Kunstpol. Sonnt. 8 1/2, Abent. 8 u. 11.
 Dienstag, Neujahr:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Mittwoch: Theater-Abend.
 Senta Wolfburg.

Schwarzper

Friedrichsberg, Bernbrucher Nr. 8.
 Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
 unter Leitung des Herrn C. Bürger.
 Jeden Mittwoch: 24762*

Adler

Frankfurter Chaussee 5.
 Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
 unter Leitung des Herrn C. Bürger.
 Jeden Mittwoch: 24762*

Willy Walde-Sänger.

Gebr. Arnhold.

Trionon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
 Vorher: Die Schloßkellerei. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hausfreund.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
 Stets erstklassige Niesenspiele. Nach der Vorstellung: Gr. Tanz. Leitung: B. Sachs.
 Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
 Bis Freitag, den 4. Januar:
Die beiden Champignol.
 Sonnabend, den 5. Januar:
Lebige Leute.
 Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch. Dienstag 4 Uhr: Siegvögelchen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
 Zum Schluss: Neu!
Christmarkt.
 Anfang
 Sonntag
 8, Sonntag
 7 Uhr.

Buggenhagen (Moritzplatz).

Täglich: Gustav Gottschalks populäre Konzerte.
 Am 31. cr.: Großer Silvester-Trubel, Am 3. Januar 1907: Beginn der 10. Bookbier-Saison.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das urkomische Dezember-Programm.
 Neu! Ein Konzertsaal: Neu! D' Wanderschneider.
 Seite Wiener Schrammeln und sechs erstklassige Gesangsstücke.
 Otto Pritzkow, Münzstr. 16. Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Program.

Volks-Museum

Friedrichstr. 112a. Nahe Oranienb. Tor. Anatomie, Pathologie, Samariterlehre
 2 Vorstellungssäle m. wechselnden Neuheiten ohne Extra-Entree. Lichtbilder-Vorträge. Illusionstheater. Vorführungen halbstündlich.

Markgrafensäle

Berlin O. 17. Markgrafendamm 34
 Anf. N. Theols. 25302*
 Heute sowie
Gr. Ball.
 Sale: 100-1000 Berl. u. Regeldarmen.

Königs Café.

Meinen lieben Gästen, Freunden und Bekannten die herzlichste Gratulation zum Jahreswechsel! 1911/15
 Am Silvesterabend:
Großes Konzert
 bis früh. Jeder Gast erhält eine Karte z. Abholung eines Weihnachtspräsenes.
S. Berkowicz.

Gewerkschaftshaus

Engel-Ufer 15.
 Heute: Großer Mittagstisch. Von 5 1/2 Uhr ab: [4478*
Künstler-Konzert.
 Eintritt frei.
 Reichhaltige Abendkarte. Bestgelegte Bier aus der Schullerbh-Deuereel.

Alhambra

Baßner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball
 Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr.
A. Zameltat.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr:
Kinder.
 Morgen und folgende Tage: Kinder.

Kleines Theater.

Nachm. 3 u. 5 1/2 u. Nachtsayl
 Abends 8 Uhr:
 Zum 153. Male:
Ein idealer Gatte.
 Montag 3. Vorstellung: Eine triale Komödie für solche Leute.

Dritter Wahlkreis.

Montag, den 31. Dezember, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15

Silvester-Feier.

Anfang 9 Uhr. 241/10 Eintritt inkl. Tanz 20 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Louis Kellers Festsäle (Inhaber: A. Freyer)

Koppenstraße 29.

Montag, den 31. Dezember 1906 (am Silvester-Abend):

Großer BALL bei verstärktem Orchester.

Sensationelle Ueberraschung: In einem Pfannkuchen eine goldene Uhr eingebakken.

Um geneigten Zuspruch ersucht A. Freyer (früher Louis Keller) Koppenstr. 29.

Schenswert der 14 Meter hohe Weihnachtsbaum mit seinen 800 strahlenden Glühlichtern.

Schmarzer Adler

Gebrüder



Friedrichsberg

Arnhold.

Montag, den 31. Dezember 1906:

Große Silvester-Feier

verbunden mit großartigen Ueberraschungen.

Dienstag, den 1. Januar 1907:

Großer Neujahrs-Ball unter Leitung des Hrn. O. Bürger.

Mittwoch, den 2. Januar 1907:

Soiree der Willi Walde-Sänger.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 5. Januar 1907, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Feier des dreißigjährigen Stiftungsfestes,

verbunden mit 140/7

Konzert und Theatervorstellung,

ausgeführt von den Harmonischen Sängern.

Während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge. — Programme inkl. Tanz a 50 Pf. sind in sämtlichen Buchhandlungen, bei den Buchhandlungsbüchsellern und beim Vergnügungsausschuss zu haben. — Anfang 8 Uhr. — Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein Das Komitee.

Zentralverband d. Schuhmacher Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Bohmannstr. 32 a, Hof part. Telefon: Amt VII, Nr. 6920.

Montag, den 31. Dezember 1906, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Feind, Weisstr. 11:

Silvesterfeier der ausgesperrten Fabrik Schuhmacher.

Um 12 Uhr: Große Panschpolonaise. Die Ortsverwaltung.

Arnold Scholz. Neue Welt

Hansenhohe 108/114.

Sonntag, den 30. Dezember 1906:

Gr. Militär - Streich - Konzert

sowie Kombinierte Vorstellung.

Nach der Vorstellung: Tanskränzchen.

Anfang 5 Uhr. X X X Entree 50 Pf.

Montag, den 31. Dezember 1906:

Gr. Silvester-Ball.

Um 12 Uhr: Gratis-Punsch- u. Pfannkuchen-Polonaise.

Anfang 9 Uhr. X X X Entree 50 Pf.

Dienstag, den 1. Januar 1907:

Gr. Extra-Militär-Konzert

sowie Kombinierte Vorstellung.

Von 10 Uhr an: Tanskränzchen.

Anfang 5 Uhr. X X X Entree 50 Pf.

In den hinteren Sälen: Großer Ball.

Germania-Pracht-Säle

N., Chausseestr. 103. Karl Richter. N., Chausseestr. 103.

Heute Sonntag, 30. Dezember:

Große Soiree

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Anschließend Familienkränzchen.

Im weißen Saale von 8 Uhr ab: Gr. Ball.

Montag, 31. Dezember (Silvester):

Große Uk-Soiree

der Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Anfang 9 Uhr. Anfang 9 Uhr.

Im weißen Saale von 8 Uhr u. Gr. Silvester-Ball

v. 11 Uhr ab in sämtl. Sälen mit Panschpolonaise u. verschiedenen Ueberraschungen.

I. Wahlkreis.

Heute Sonntag, den 30. Dezember 1906, mittags 12 Uhr, im Palaß-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße: 236/8

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Sozialdemokratie und die Neuwahlen.

Referenten: Georg Ledebour und Dr. Leo Arons.

Freie Aussprache.

Parteilosen, Wähler, erscheint in Massen! Der sozialdemokratische Wahlausschuss.

Genossinnen! IV. Wahlkreis. Genossen!

Donnerstag, den 3. Januar 1907, abends 8 Uhr:

2 Volksversammlungen

Für den Osten: bei Breuer, Große Frankfurterstr. 117 (früher Rohrmann).

Referent: Genosse Düwell.

Für den Südosten: in der Urania, Brangelstraße 9-10.

Referentin: Genossin Martha Tich.

Tages-Ordnung:

1. Frauen, hinein in den Wahlkampf! 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch ersucht Die Vertrauensperson.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Sektion Berlin I.

Geschäftsstelle C. 54, Sienstr. 19 I. — Fernsprecher VII, 13837.

Sonntag, den 30. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Beschlußfassung über den Tarifvertrag.

An Unbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder notwendig. 42/18 Der Vorstand.

Freie Krank- und Begräbniskasse der Schuhmacher u. Berufsgen.

Berlin. (S. D. Nr. 27.)

Sonntag, den 13. Januar 1907, nachmittags 4 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vierteljährlicher und jährlicher Kasfenbericht.
2. Renowahl des Vorstandes und Ausschusses.
3. Innere Kasfenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. 5015 Der Vorstand.

Anton Boekers Ball-Salon

Habe noch Sonnabends und Sonntag Säle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei. Anton Boeker, Weberstr. 17, T. H.: VII. Nr. 18414. 29022*

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Bezirk Berlin.

Wegen der Reichstagswahl fallen aus:

die Bezirksführungen am 2., 3. und 4. Januar

und die

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Die nächsten Bezirksführungen finden am 6., 7. u. 8. Februar statt. Die Ortsverwaltung, Neur Königstr. 35.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Kant 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 6670.

Das Bureau ist am Montag, den 31. Dezember von 1 Uhr ab geschlossen.

Dienstag, den 1. Januar den ganzen Tag geschlossen. 166/12 Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Wir ersuchen alle Kollegen, welche durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit noch blaue Marken zu erhalten haben, sich diese umgehend im Verbandsbureau haben zu lassen. 16/16* Die Firma Denner bleibt nach wie vor wegen Mafregelung gesperrt! Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 10. Februar 1907

vormittags präzis 10 Uhr:

General-Versammlung bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kasfenbericht. 3. Wahl des Vorstandes und Anträge. Der Vorstand. 16/19

Eisbahn Karpfenteich Treptower Park

Großes Konzert.

Größte und schönste Natureisbahn Berlins. Bis 10 Uhr abends beleuchtet. 5865 Ernst Bauer.

GRATIS

gabe die besten Nadeln, beim Einkauf der großen doppelseitigen Beka-Platte à 3.— Ferner liefert Musikwerke (Spielzeuge) Sprechmaschinen und echte Neumannsche Zithern auf

Teilzahlung Wochenrate 1 Mk. Gegen Kasse billigste Preise.

J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, I. Etage, direkt am Bahnhof.

Spandau.

Achtung! Krankenkassen!

Den Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Ortskrankenkasse der Handwerker und der Ortskrankenkasse der Tischler stehen vom 1. Januar 1907 die Herren Delegierten Otto Keller, Breitestr. 45, C. Rostock, Rosenbuschstr. 66, und M. Natrook, Bismarckstr. 91, zur freien Wahl. Die Vorstände.

Dr. Schönemann

Spezial-Arzt für 30742* Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Buggenhagen (Moritzplatz)

Im Kaiseraal von 9 Uhr ab: Gr. Silvester-Vorstellung der beliebten Willy Walde-Sänger.

Um 12 Uhr: Begrüßung des neuen Jahres, Gr. Festpolonaise mit Ueberraschungen und Silvester-Ball.

Entree 75 Pf. inkl. Tanz.

In den unteren Sälen: Gustav Gottschalks Humoristisches Konzert.

Um 12 Uhr: Silvester-Jubel und Trubel!

Süd-Eisbahn Urbanstr. 166/67

vis-a-vis der Franzer-Kaserno.

Größte Eisbahn Berlins. Täglich Militär-Konzert. Bis 11 Uhr abends geöffnet. Elektrische Beleuchtung. Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wochentags noch 7 1/2 Uhr abends Entree 30 Pf.

Mohrs Strand-Restaurant

stolischen Grünau und Karolinenhof, am Langen See gegenüber von den Müggelbergen gelegen, bietet zurzeit allen Naturfreunden eine wunderbare Winterlandschaft von seltenem Reiz. Prächtige Eisbahn. Zuhrender Ausflug während der Feiertage. 6325*

Achtung! Vereine. Achtung!

Bernhard Raabes Festsäle

Kolbergerstr. 23.

Umständehalber ist ein Sonnabend im Februar frei geworden. 6015

Frische Eiskarpen Pfl. 60 Pfg., lebende Karpen 1 Mark.

Große blutfrische Hasen M. 3, 25. Gespickte Hasen M. 3, 75. Keulen von M. 4, 50 an. Reh-Rücken " 5, — " Wildfleisch 40, 50, 60 Pf.

Oderbruch-Gänse 65 u. 70 Pf. Junge Enten, Kapannen, Puten, Sette Suppenhühner, junge Tauben.

A. Ritschl, Dresdnerstraße 61. Amt IV, 1599.

Sie kaufen entschieden am vorteilhaftesten

Auf Teilzahlung! Wöchentlich nur 1 M. Große Auswahl in Herren- u. Damen-Uhren, Standuhren, Regulatoren, Ring, Broschen, Ketten, Menzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Spielzeuge, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc. Verkauf v. Platten, Noten, Edison-Walzen.

Jahre & König, Warschauerstraße 72 I. Etage und Reinickendorferstraße 101 I. Etage (nahe Bahnhof Wedding). Achten Sie bitte genau auf unsere Firma. Heute und nächsten Sonntag bis 8 Uhr geöffnet.

Die Reichstagswählerlisten

liegen nur bis zum 4. Januar 1907 aus. Diese kurze Zeit muß von den Wählern dazu benutzt werden, Einsicht zu nehmen und sich davon zu überzeugen, ob auch ihr Name in der Liste verzeichnet ist.

Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Die Listen liegen aus an den Wochentagen von nachmittags 4 bis abends 8 Uhr,

am Sonntag, den 30. Dezember, also heute

und am Neujahrstage, dem 1. Januar von mittags 12 Uhr bis nachmittags 5 Uhr in den nachstehend bezeichneten Räumlichkeiten:

- Stadtblz. 1-13 in der Turnhalle der 21./24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonkirche 2.
Stadtblz. 14-25 51./130. Gemeindefschule, Riederwallstr. 6/7.
Stadtblz. 26-30 und 50-59 27./44. Gemeindefschule, Wilhelmstr. 117.
Stadtblz. 31-39 für den zum Wahlkreis Teltow-Deerslow-Storkow (Charlottenburg) gehörigen, aus den Teilen der Stadtbezirke 33, 34, 35, 253 und 254 gebildeten Wahlbezirk 766/107. Gemeindefschule, Genthinerstr. 4.
Stadtblz. 40-46 99. Gemeindefschule, Steinmeierstr. 79.
Stadtblz. 47A-49 und 56A-B 126./143. Gemeindefschule, Kuhstr. 15.
Stadtblz. 54-55 und 57-63 108./116. Gemeindefschule, Vogelbergerstraße 34.
Stadtblz. 64A-67 133./149. Gemeindefschule, Vergamannstr. 28/29.
Stadtblz. 68-73 101. Gemeindefschule, Gneisenaustr. 7.
Stadtblz. 74-76B 60./236. Gemeindefschule, Vergamannstr. 60/65.
Stadtblz. 79C-78D 83./93. Gemeindefschule, Dieffenbachstr. 60/61.
Stadtblz. 79-81 u. 86-89 106./152. Gemeindefschule, Brüggerstr. 17/18.
Stadtblz. 82-85 und 90-92 50./68. Gemeindefschule, Reichendergerstraße 44/45.
Stadtblz. 93-100 20. Gemeindefschule, Waldemarstr. 77.
Stadtblz. 101-106 114./122. Gemeindefschule, Köpenickerstr. 2.
Stadtblz. 107A-109 83. Gemeindefschule, Drangelstr. 83.
Stadtblz. 110-113B 100./102. Gemeindefschule, Eingang Forsterstr. 15.
Stadtblz. 114-119 112./129. Gemeindefschule, Bahnerstr. 31.
Stadtblz. 120-128 47. Gemeindefschule, Stallstraße 54.
Stadtblz. 129-136 62. Gemeindefschule, Schmidtstr. 88.
Stadtblz. 137-144 29. Gemeindefschule, Köpenickerstr. 125.
Stadtblz. 145-150 49. Gemeindefschule, Blumenstr. 63a.
Stadtblz. 151-156 23. Gemeindefschule, Straußbergerstr. 9.
Stadtblz. 157-162 201. Gemeindefschule, Gr. Frankfurterstr. 23.
Stadtblz. 163-168 138./159. Gemeindefschule, Röhlenstr. 50.
Stadtblz. 169-175A 30. Gemeindefschule, Müdersdorferstr. 4/5.
Stadtblz. 175B-179A 119./136. Gemeindefschule, Gubenerstr. 51/52.
Stadtblz. 179B-180C (wovon die Reichstagswahlbezirke 361-363 und 365-366 für Niederbarnim (Friedrichsberg-Lichtenberg) wählen) 3./203. Gemeindefschule, Peterburgerstraße 4.
Stadtblz. 180D-181E (wovon die Reichstagswahlbezirke 370, 372 bis 376 für Niederbarnim (Friedrichsberg-Lichtenberg) wählen) 184./266. Gemeindefschule, Samariterstraße 19/20.
Stadtblz. 182-188 33./66. Gemeindefschule, Eingang Südweststr. 36/37.
Stadtblz. 189A-189D 234./253. Gemeindefschule, Straßmannstr. 6.
Stadtblz. 190A-191 und vom Stadtblz. 181B der zwischen Landberger Allee und der Thauerstraße belegene Teil des Viechhofes 104./159. Gemeindefschule, Dübenerstr. 10.
Stadtblz. 192-194 204./213. Gemeindefschule, Christburgerstr. 18.
Stadtblz. 195-203 84. Gemeindefschule, Seidelstr. 31/32.
Stadtblz. 204-210 8./63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a.
Stadtblz. 211-217 45. Gemeindefschule, Angulustr. 67/68.
Stadtblz. 218-223 110./174. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 166a.
Stadtblz. 224-231 früher 55., jetzt Filiale der 171. Gemeindefschule, Ghortnerstr. 74.
Stadtblz. 232-236 23./103. Gemeindefschule, Ruppinerstr. 48.
Stadtblz. 237-242A 105./121. Gemeindefschule, Prenzlauer Allee 227/228.
Stadtblz. 242B-245 162./197. Gemeindefschule, Danzigerstr. 23.
Stadtblz. 246A-247D 209./215. Gemeindefschule, Dürerstr. 65/66.
Stadtblz. 248-250B 249./261. Gemeindefschule, Greifenhagenerstraße 78/82.
Stadtblz. 251-254A 132./142. Gemeindefschule, Demminerstr. 27.
Stadtblz. 254B-254E 190./198. Gemeindefschule, Graunstr. 11.
Stadtblz. 255-261A 13./67. Gemeindefschule, Elisabethkirchstr. 19/20.
Stadtblz. 261B-267 17. Gemeindefschule, Aderstr. 67.
Stadtblz. 268-278 36. Gemeindefschule, Gartenstr. 107.
Stadtblz. 274A-278 111./186. Gemeindefschule, Klingstr. 12.
Stadtblz. 279-283 und 285-286 26./179. Gemeindefschule, Albrechtstraße 20.
Stadtblz. 284, 287-289 113./128. Gemeindefschule, Turmstr. 86.
Stadtblz. 290-292A 82./90. Gemeindefschule, Turmstr. 75.
Stadtblz. 292B-294B 206./212. Gemeindefschule, Siemensstr. 29.
Stadtblz. 295-299 172./185. Gemeindefschule, Bremerstr. 13/17.
Stadtblz. 300-304 160./188. Gemeindefschule, Stephanstr. 3.
Stadtblz. 305-308B 183./196. Gemeindefschule, Müllerstr. 188.
Stadtblz. 309C-313 86./141. Gemeindefschule, Müllerstr. 48.
Stadtblz. 314-318 118./127. Gemeindefschule, Panfstr. 8.
Stadtblz. 319-322 32. Gemeindefschule, Panfstr. 24.
Stadtblz. 323-326B 140./194. Gemeindefschule, Pringel-Allee 8.

Ausdrücklich sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten nach dem Wohnungsstande vom 15. Dezember d. J. aufgestellt sind.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies binnen 8 Tagen nach dem Beginn ihrer Auslegung, also spätestens am 4. Januar 1907 beim Wahlbureau, Poststraße 16, schriftlich oder in einer der vorher bezeichneten Auslegestellen bei den dort anwesenden Beamten zu Protokoll erklären, muß aber die Beweismittel für seine Behauptungen, soweit diese nicht auf allgemeiner Kenntnis beruhen, beibringen.

Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerlisten ist — abgesehen von sonst etwa erforderlichen Umständen — entweder der Meistentzettel, die letzte Steuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die zur Eintragung angegebene Wohnung vorzulegen.

Wer nicht wissen sollte, zu welchem Stadtbezirk er gehört, schlage in Adreßbuch nach, im Band II Teil II Seite 112-131 wird er Auskunft finden.

Wer ist wahlberechtigt?

Zum Reichstag wählen kann jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt.

Welcher deutsche Mann ist vom Wählen ausgeschlossen, obwohl er 25 Jahre und älter ist?

- Wahlberechtigt sind nicht:
1. Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine, so lange sich dieselben bei der Fahne befinden; dennoch sind Fahnenmeister und Gendarmen, nicht aber Fahnenmeister-Aspiranten für wahlberechtigt erachtet.
2. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen.

- 3. Personen über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist, und zwar während der Dauer dieses Konkursverfahrens.
4. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben.
5. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Was gehört nicht zur Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern?

Steuerrückstände, Schulgelder, Erlaß von Schulgeld, mientgesellische Lieferung von Lehrmitteln, Aufnahme von Kindern in einer Kreis- oder Bezirksschule, Weihnachtsbesuche an die Kinder und dergleichen sind kein Grund, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen. Private Wohltätigkeit, Zuwendungen aus Stiftungen, Darlehen und dergleichen sind keine Armenunterstützungen.

Ebenso wenig verliert jemand durch Gewährung des Armenrechtes zur Führung eines Prozesses sein Wahlrecht. Bemerkenswert ist noch ausdrücklich, daß auch Schlafwandler wahlberechtigt sind, sofern sie sonst die gesetzlichen Bedingungen erfüllen.

Im Kreise Teltow

Können die Wählerlisten eingesehen werden in Adlershof im Gemeindebureau, Adlershof, Ecke Widmarstraße, wochentags in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags; am Sonntag, den 30. Dezember, und Dienstag, den 1. Januar, von 8 bis 11 Uhr.

Alt-Glienide, im Gemeindebureau. Britz, am 31. Dezember 1906 und 2., 3., 4., 5., 7. Januar 1907 im Rathaus, Chausseestr. 48, im Zimmer Nr. 9, während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Charlottenburg, in den Räumen des Statistischen Amtes, Berlinstr. 71, rechter Seitenflügel 2 Treppen, Zimmer 17, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, jedoch am Sonntag, den 30. Dezember, und am Neujahrstage, den 1. Januar 1907, nur von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags.

Groß-Lichterfelde an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, am Sonntag, den 30. Dezember und am Neujahrstage, den 1. Januar 1907 von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, im Groß-Lichterfelder Amtshaus, Zimmer 13.

Grünwald im Amtshaus Wernerstr. 3, Zimmer Nr. 6, während der Dienststunden, werktäglich von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonn- und Feiertags von 11 bis 12 Uhr vormittags.

Grünau im Gemeindebureau, Mittelstr. 10, Zimmer 2.

Königs-Wusterhausen bei G. Dieze, Amtsgarten und beim Genossen Krause, Ludenwalderstr. 3.

Kantow im Amtshaus von 8-3 Uhr, am Sonntag, den 30. Dezember von 8-10 Uhr vormittags.

Reinickendorf an den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags, am Sonntag, den 30. Dezember etc., und am Neujahrstage, den 1. Januar 1907, von 9 bis 12 Uhr vormittags im Rathaus, Zimmer Nr. 5.

Mariehof im Geschäftszimmer der Gemeindeverwaltung, Berlinstr. 70b, werktäglich von 9 bis 3 Uhr und Sonn- und Feiertags von 8 bis 9 Uhr morgens.

Nieder-Schöneweide im Gemeindeamt während der Dienststunden von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Nowawes-Neuendorf in den Gemeindebureaus und beim Genossen Krühl.

Niederlöhne beim Genossen Hamou.

Rixdorf in der Turnhalle des Schulhauses Grlstr. 29 an den Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 6-8 Uhr abends. An den Sonn- und Feiertagen von 1-5 Uhr nachmittags.

Schmargendorf im Rathaus, Formulare zur Reklamation für diejenigen, die nicht in der Liste stehen, sind im Restaurant Sandhaus, Ruppinerstr. 20/21, und im Wirtshaus Schmargendorf, Warnemünderstr. 6, gratis zu haben.

Schmölders im Gemeindeamt während der Dienststunden.

Schöneberg im Rathaus, Zimmer 2, Luergebäude Hof parterre an den Werktagen von 8-3 Uhr, am Sonntag, den 30. d. Mts. und am Neujahrstage von 8-10 Uhr vormittags.

Steglitz im Rathaus, Zimmer Nr. 1, in der Zeit von 9-2 Uhr, am Sonntag, den 30. d. Mts., von 11 1/2-12 1/2 Uhr.

Tempelhof, Dorfstr. 17, Zimmer 7, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags und am Sonntag und Neujahrstag früh von 8-9 Uhr und mittags von 11-1 Uhr.

Treptow, in den Verlagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, dagegen am Sonntag, den 30. Dezember 1906 und am Dienstag, den 1. Januar 1907, während der Zeit von 8-9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Gemeindebureau, Neue Krug-Allee 5, Zimmer 15.

Wannsee, im Rathaus, Zimmer 3, während der Dienststunden, werktäglich von 8-3 Uhr (Sonn- und Feiertags von 10-11 Uhr vormittags).

Wilmersdorf, Restaurant G. Schumann.

In Wilmersdorf liegen die Wählerlisten in den Polizeirevierbureaus an den Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, und zwar für den 1., 2., 3. und 4. Wahlbezirk im 2. Polizeirevierbureau, Kurfürstendammt. Nr. 133, den 5. bis einschließlich 13. Wahlbezirk im 3. Polizeirevierbureau, Ludwigskirchstr. 2, den 14. und 18. und 22. Wahlbezirk im 1. Polizeirevierbureau, Brandenburgerstraße 1, den 19. und 21. Wahlbezirk im 4. Polizeirevierbureau, Kaiserplatz 5.

Zehlendorf im Gemeindeamt, Hauptstr. 33, Zimmer 4, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Zentrum im Gemeindeamt während der Stunden von 9-3 Uhr (Sonn- und Feiertags von 9-10 Uhr vormittags).

Im Kreise Niederbarnim

liegen die Listen an folgenden Stellen aus:

Bernau im Magistratsbureau Zimmer 2.

Borsigwalde im Lokal von Reuter. Es sind dadurch die Wähler des Bezuges nach Wittenau auf das Gemeindebureau entbunden.

Cichau im Gemeindeamt, Grünauerstraße 49, an den Werktagen während der Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, dagegen am Sonntag, den 30. Dezember 1906, und am Dienstag, den 1. Januar 1907, während der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags.

Friedrichshagen im Rathaus.

Lichtenberg im großen Sitzungssaale des Rathauses, an Wochentagen von 8-3 und am Sonntag und Neujahrstage von 9-1 Uhr. Nieder-Schönhausen im Amtshaus.

Ober-Schöneweide im Gemeindeamt, im Restaurant Siemensstraße 28, im Konsumladen Eblenstr. 49, Restaurant Kaufhold, Schulte u. Vogt. Auch sind dort Reklamationen einzureichen.

Pankow im Rathaus.

Rummelsburg im Gemeindebureau Zimmer 55, an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und am Sonntag und Neujahrstag von 9-1 Uhr. Ruhdorn liegen die Wählerlisten für den Ortsteil Rummelsburg bei dem Genossen John, Starckbörgerstr. 1 und bei dem Genossen Holweg, Kantstr. 44; für den Kirch bei dem Genossen Gorgas, Neue Prinz-Albertstr. 70 und für den Ortsteil Borsig bei dem Genossen Lindner, Grünbergerstraße 10 und bei Tempel, Alt-Borsig 56.

Stralau im Amtshaus Zimmer 5, während der Bureaustunden von 8-1 Uhr vormittags und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Arbeiter, Parteigenossen! Nutzt die kurze Zeit aus, in der die Wählerlisten ausliegen! Nehmt Einsicht und überzeugt Euch, ob Euer Name in die Wählerliste eingetragen ist. Heute und am Neujahrstage liegen die Listen in Berlin, dem Kreise Niederbarnim und im Kreise Teltow aus.

Im Teltower Kreise sind es nur, soweit bis jetzt bekannt, die Orte Wilmersdorf und Brigg, die eine wenig rühmliche Ausnahme machen.

Die Geldsammlungen für den Wahlkampf

sind im besten Gange. Der diesmalige Wahlkampf erfordert erhebliche Aufwendungen, müssen doch die größeren leistungsfähigeren Kreise die kleineren, schwächeren Kreise, vor allem die Landkreise, mit Geldmitteln versehen. Wir zweifeln nicht, daß wie immer, auch diesmal nicht vergeblich an den Eifer der Parteigenossen appelliert wird; gilt es doch für eine große Sache zu wirken.

Schon jetzt weisen die im Umlauf befindlichen Listen ansehnliche Beträge auf, allein bei den großen Anforderungen, die an die Parteiliste gestellt werden, muß jede Gelegenheit benützt werden, Requisition für den Wahlkampf zu beschaffen. Solche Gelegenheiten bieten sich die verschiedensten; Zusammenkünfte geselliger Natur dürften geeignet sein, auch Personen zur Reimung eines Wahlbeitrages zu veranlassen, an die wir sonst selten herantrömen. Ein anderes Mittel bringen Parteigenossen aus dem Südosten in Vorschlag. Sie teilen zunächst mit, daß eine Anzahl Genossen mit einem Gastwirt in der Briggstraße sich entschlossen haben, dieses Jahr keine Neujahrskarten zu versenden und den ersparten Betrag dem sozialdemokratischen Wahlfonds zuzuführen; sie empfehlen dieses Vorgehen zur Nachahmung.

Wie notwendig die Einsichtnahme in die Wählerliste ist, ergibt sich aus folgender Zuschrift eines Parteigenossen: „Ich habe heute die Wählerliste eingesehen. Trotzdem ich fünf Jahre in demselben Hause wohne und in diesem Jahre erst als Gewerbegerichtsbeisitzer wiedergewählt wurde, war ich nicht in der Liste eingetragen.“ Andere Parteigenossen, die 1906 gewählt haben, aber seitdem bezogen sind, teilen uns gleichfalls mit, daß sie nicht in der Liste stehen. Bei der Post, mit der die Aufstellung der Wählerliste vorgenommen werden mußte, ist es verständlich, daß dieselbe mangelhaft ist. Wer also sich sein Wahlrecht sichern will, sehe die Liste ein!

Achtung, 1. Wahlkreis!

Heute, Sonntag, mittags 12 Uhr, findet im Reenpalast, Burgstraße, unsere erste Wählerversammlung statt, in der die Genossen Ledebour und Dr. Brons referieren. Wähler, Parteigenossen, erscheint in Massen. Der Wahlausschuß.

Der freisinnige Durchfallskandidat für den 4. Wahlkreis.

Zum 4. Berliner Reichstagswahlkreis hat der Abg. Justizrat Albert Träger die ihm vom Vorstand des freisinnigen Wahlvereins angebotene Kandidatur angenommen.

Die Wilmersdorfer Gemeindebehörde

hat hinsichtlich der Einsichtnahme in die Reichstagswählerlisten eine Ausnahme getroffen. Fast alle Städte und Orte des Kreises haben am Sonntag und ersten Neujahrstag die Wählerlisten auf einige Stunden ausgelegt. Das findet die Wilmersdorfer Verwaltung jedoch nicht für nötig; sie hat die Einsichtnahme nur wochentags von 8 bis 9 Uhr angedeutet — also in einer Zeit, in der es dem Arbeiter, will er nicht eine erhebliche Einbuße seines Arbeitslohnes erleiden, unmöglich ist, Einsicht in die Liste zu nehmen. Als ein Genosse die Behörde ersuchte, doch Rücksicht walten zu lassen und darauf aufmerksam machte, daß die Stadtverordnetenwählerlisten auch am Sonntag und Montag ausgelegt haben, wurde er abgewiesen mit der Motivierung: „Die Stadtverordnetenwähler hätten ein größeres örtliches Interesse als die Reichstagswähler.“ Die Wilmersdorfer Arbeiterkraft wird hierin jedenfalls anderer Meinung sein. Am nun den Wählern trotzdem die Einsichtnahme zu erleichtern, wird der Wahlverein am Neujahrstage von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends und die folgenden Wochentage bis einschließlich Freitag, den 4. Januar, in allen Wahlbezirken eine Liste zur Einsichtnahme auslegen. Es findet deshalb, um die Wähler von dieser Einrichtung benachrichtigen zu können, am Neujahrstage früh 8 Uhr eine Handzettelverteilung statt. Die Genossen werden deshalb ersucht, sich in den Bezirkslokalen zahlreich einzufinden. Wenn alle erscheinen, geht die Arbeit schnell von statten.

Wählerversammlungen im Teltower Kreise.

Rixdorf. Das sozialdemokratische Wahlkomitee hatte zu Freitagabend drei öffentliche Wählerversammlungen einberufen. Die gewaltige Zahl der Versammlungsbesucher — es mögen an 3500 Platz gefunden haben — war ein Beweis dafür, daß auch hier mit hoher Zuerst die politischen Ereignissen entgegen gesehen wird. Man sah es den Massen an, daß sie erkeint darüber sind, so ganz unerwartet Gelegenheit zu haben, ihre Antwort auf das Vorgehen der Regierung und ihrer Parteien geben zu können. In der Versammlung in Hoppel'schen, welche der Gesangverein „Rixdorfer Männerchor“ durch das stimmungsvolle Lied „Empor zum Licht“ einleitete, referierte Genosse Hirsch-Charlottenburg. Er betonte, daß das persönliche Regime durch die Auflösung des Reichstages dem deutschen Volke eine sehr willkommene Weihnachtsbescherung bereitet habe. Weiter gedachte der Referent mit beherzeter Kritik unserer Kolonialpolitik und deren Mißwirtschaft. Ein Sturm der Entrüstung durchwogte die Versammlung, als er an der Hand von Briefen und Berichten auf die unerhörten und unmenschlichen Taten unserer Kulturträger in Afrika hinwies. Es verriet sich von selbst, daß auch das Zentrum gebührend gedacht wurde, das von diesen Vorgängen unterrichtet, trotzdem die Politik der Regierung mitmilde. Der Volksverrat des Freisinnigen, das Ariechen dieser Partei vor der Regierung sowie das Vorgehen eines ihrer Organe, „Die Neue Zeit“ in Charlottenburg, wickelt lehrreich in selbstlicher Weise unsere Kandidaten Genossen Zubeil und die Partei zu verunglimpfen sucht, wurde allgemein verdammt. Allgemeines Gelächter erschall, als Genosse Hirsch darauf hinwies, daß es im Kreise noch Leute gäbe, die allen Ernstes meinen, daß eventuell der Freisinn mit seinen 11 000 Stimmen bei des letzten Wahl, in Stichwahl mit unserer Partei kommen könnte. Mit dem Wunsch, dafür zu sorgen, daß unsere Stimmenzahl innerhalb des Kreises sich auf mindestens 100 000 erhöhe, schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Der Aufforderung des Vorsitzenden, an die eventuell anwesenden Gegner unserer Partei, sich zum Wort zu melden, kam niemand nach. Mit der Aufforderung, die Wählerlisten einzusehen, und einem Appell an die Anwesenden, mitzuarbeiten und dafür zu agitieren, daß der 25. Januar zu einem Siegstag für die Sozialdemokratie werde, fand die Versammlung ihr Ende.

Die zweite Versammlung fand in Thiel'schen, Bergstraße, statt. Hier hatten sich die Mitglieder des Gesangvereins „Sangesglöckchen“ eingefunden und leiteten die Versammlung durch Gesang ein. Genosse Grünwald-Prickenau referierte über den letzten Reichstag. Scharf kennzeichnete er die gegenwärtige Situation, die durch reichen Beifall unterbrochen. Nach dreiviertelstündiger Rede schloß der Referent mit einem warmen Appell an die Wähler, nicht

müde zu sein, nicht zu rufen, sondern mit aller Energie für die Partei und den Vorwärts zu werden, die indifferenten Massen aufzurütteln und unserem Kandidaten, Genossen Jubel, am 26. Januar die Stimme zu geben. Auch hier wies der Vorsitzende auf das Ausliegen der Wahllisten hin. Die Genossen Mohr richtete einige Worte an die Frauen, sie zur Wirkstätte bei den Wahlen auffordernd. Nach dem Schlusssatz „Empor zum Licht“ schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die dritte Versammlung fand in Profus Reichs, Anesebedstraße, statt. Das Referat hatte hier Genosse Obit-Schönberg übernommen. In trefflicher Weise ließ der Referent die Reichstagsparteien des Reichstages Revue passieren, auch das Zentrum bekam sein Teil ab. Unter großem Beifall kennzeichnete er die kulturwidrige Bestimmung der Junker und Pfaffen; zum Schluß appellierte der Referent an die Anwesenden, für unsere Partei recht fleißig zu agitieren, damit der 26. Januar zu einem wichtigen Proteste gegen die Volksausbeutung und Volksverdummung werde. Diesem Wunsche wurde einstimmig entsprochen. Nach einigen aufmunternden Worten des Vorsitzenden zu tatkräftiger Arbeit, hatte auch diese Versammlung ihr Ende erreicht.

Auch die Priker Genossen hatten zum Freitag eine Wählerversammlung einberufen. Das Referat über „Die Reichstagsauflösung und die Parteien“ hielt Genosse Händel. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Bogt, Frenzlows, Bielke, Schröder und Frau Vogt. Hohngelächter entstand, als Genosse Soldner ein Flugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie verlas.

In Tempelhof lagte am Freitag im Wilhelmgarten eine von circa 350 Personen, darunter viele Frauen, besuchte öffentliche Wählerversammlung, in welcher der Kandidat des Kreises, Genosse Fr. Zuber, referierte. Redner beleuchtete in klarer Weise die augenblickliche Lage sowie die Haltung der verschiedenen Parteien im aufgelösten Reichstage, er erinnerte an die Auflösungen von 1887 und 1893 und wies darauf hin, um welche Bagatelle der jetzige Reichstag aufgelöst worden ist. Die unwürdige Behandlung des deutschen Parlamentes unterzog er einer scharfen Kritik. Zum Schluß forderte Genosse Zuber die Versammelten auf, mit aller Energie in den aufzunehmenden Wahlkampf einzutreten, und mit dem Stimmentzettel der Auspönerungspolitik der schiefen Regierung ein energisches Halt zu gebieten. Stürmischer Beifall lohnte den Referenten am Schluß seiner einschaltstündigen Rede. In der Diskussion forderte Frau Thiel die anwesenden Frauen auf, im Wahlkampf ihre Schulpflicht zu tun, und die Indifferenten aufzurütteln. Genosse Budnik kritisierte die feige Haltung der anwesenden Gegner und forderte die Anwesenden auf, für recht intensive Verbreitung unserer Presse tätig zu sein. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammelten als beste Antwort auf die fortgesetzte Ausplünderung des Volkes die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten erblickten. Nach einigen Bekanntmachungen des Vorsitzenden mußte die Versammlung der Polizeistunde wegen geschlossen werden.

In imposanter Wählerversammlung referierte am Donnerstag Genosse Zuber in Grünau. Auch hier behandelte er die Kolonialpolitik unserer herrschenden Klassen in eingehender Weise. Insbesondere wies er darauf hin, daß die Bourgeoisie sich nicht entblödet, den Kolonialhelden Beters als Reichstagskandidaten aufzustellen. Die steigende Lebensmittelpreiserhöhung, das händige Vordringen der Arbeiterklasse rechtlos zu machen, kennzeichnet Redner mit gebührender Schärfe. Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Gegner waren wohl anwesend, fanden jedoch keine Meinung, dem Referenten entgegenzutreten. Die Genossen Rehen und Becker forderten zum Schluß die Anwesenden zum Eintritt in die Organisation und tatkräftiger Agitation für die Wahl auf.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Die diesjährige Silvesterfeier findet am Montag, den 31. Dezember, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 15, statt. Anfang 9 Uhr, Eintritt inklusive Tanz 20 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zehlendorf. Sonntag, den 30. Dezember, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Alle Genossen werden dringend gebeten zu erscheinen. 1. Bezirk bei Wied, 2., 3., 4. Bezirk bei Demno Wieden. Nachmittags 2 Uhr öffentliche Versammlung bei Wied. Genosse Strich-Charlottenburg spricht über „Die Reichstagswahlen“.

Lichtenberg. Wir machen auf die heute stattfindende Flugblattverbreitung unsere Genossen nochmals aufmerksam. Am 6. Januar wird die nächste Flugblattverbreitung im Orte vorgenommen und wird ebenfalls rege Betätigung erwartet. Das Wahlkomitee.

Freidrichsfelde. Heute, den 30. Dezember, morgens 8 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen wollen sich im Lokale von Lohse, Luisenstr. 20, einfinden. Die nach außerhalb gehenden Genossen treffen sich um 8.45 Uhr morgens am Bahnhofs Lichtenberg-Friedrichsfelde. Der Vorstand.

Karlshorst. Achtung! Die Parteigenossen wollen sich zur heutigen Flugblattverbreitung früh um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in den Lokalen von A. Sabrowsky, Treptow-Allee und Krausenstraße-Edle, und Karl Grün, Prinz Albrechtstraße, Ecke Hönover Wiesenweg, einfinden.

Am Mittwoch, den 2. Januar 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet ein Extra-Bahlabend im Lokale des Parteigenossen Grünh statt. Zu diesem müssen sämtliche Parteigenossen anwesend sein. Der Wahlvereinsvorstand.

NB. Die zwanglose Zusammenkunft der Parteigenossen mit ihren Angehörigen, verbunden mit einer Besichtigung der Kinder, findet heute abend 6 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokale des Genossen A. Grünh statt. D. D.

Königs-Bucherhausen. Am heutigen Sonntage findet eine Agitationstour und am 6. Januar eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen mögen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr früh bestimmt erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Ein Jubiläum

feiert am 1. Januar die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“. Vor 10 Jahren gegründet, hat sie die Aufgabe, die noch in vielen Arbeiterkreisen weitverbreitete Schundliteratur zu verdrängen, indem sie die besten Erscheinungen der Weltliteratur den Arbeitern, ihren Frauen und der heranwachsenden Jugend zu einem billigen Preise zugänglich macht. In dem zurückgelegten Jahrzehnt hat sich der Leserkreis andauernd gehoben und in vielen tausend Arbeiterfamilien sind „In Freien Stunden“ ein gern gelesenes Blatt, das nach des Tages Mühen und Lasten Unterhaltung und geistige Anregung bietet.

Aber noch viel zu oft begegnet man in den Wohnungen der Arbeiter jenen grünen und gelben Heften, die unter irgend einem schauererregenden Titel dem Leser geistlose und hirnerstickernde, nach dem Metermaß geschriebene Romane darbieten.

Wer die werten freien Stunden, die der Kampf ums Dasein ihm übrig läßt, bei solcher Lektüre verbringt, der ist für ernste Dinge verloren.

Daran sollten auch die Parteigenossen denken und darum das Bestreben unterstützen und jene, die Arbeiterbewegung

hemmende, geistlose Schundliteratur nach Kräften bekämpfen helfen.

Der soeben beginnende 11. Jahrgang der Zeitschrift bietet hierzu den Genossen die Gelegenheit und keiner unserer Leser sollte veräumen, den unserer heutigen Nummer beiliegenden Prospekt aufmerksam zu lesen und Freunde und Bekannte in Fabriken und Werkstätten, bei öffentlichen und Vereinsversammlungen zum Abonnement aufzufordern. Probehefte liefert jede unserer Parteipeditionen, jeder Kolporteur oder auch der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Die Kassen und Bureaus des Magistrats werden nächsten Montag um 1 Uhr mittags geschlossen.

Kelame unter der falschen Flagge des „Vorwärts“.

Am 7. Oktober hatten wir den Unfug erlebt, den die Möbel- und Warenkreditthäuser A. Kreisfmann u. Co., Berlin O., Köpenickerstraße 4, am Schiefelischen Bahnhof, und das Möbel- und Warenkreditthaus Goldstaub Nachf., Berlin SO., Köpenickerstr. 105, mit dem Titel unseres Blattes betrieben. Diese Firma ließ ein Kelameblatt verbreiten, welches das Wort „Vorwärts“ in genau demselben Druck an der Spitze trägt, wie unsere Zeitung. Der Ausdruck ist in täuschend ähnlicher Weise nachgeahmt und auch die Anordnung der einzelnen Aufdrücke die gleiche, wie in unserem Blatt. Das Kelameblatt hat natürlich weder mit dem Inhalt noch mit der Tendenz des „Vorwärts“ auch nur das geringste zu tun. Da trotz unseres energischen Protestes die oben bezeichneten Firmen den Unfug nicht einstellten, so war der Verlag gezwungen, die Hilfe des Gerichts in Anspruch zu nehmen. Das Landgericht hat Ende Oktober im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet, daß sich das Möbel- und Warenkreditthaus Goldstaub Nachfolger bei Vermeidung einer Geldstrafe von 100 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung des Kelame-Flugblattes mit der Aufschrift „Extra-Ausgabe Vorwärts“ fortan zu enthalten hat. Wegen diese einstweilige Verfügung hat die Firma gar noch Widerspruch erhoben. Auf Grund mündlicher Verhandlung hat die 8. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I indessen die einstweilige Verfügung nunmehr im vollen Umfange bestätigt.

Das Gericht läßt es dahingestellt, ob der Anspruch des Verlages schon aus § 8 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb hergeleitet werden könne, da das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb nur den in der mährbräudlichen Benutzung des Namens eines Konkurrenten liegenden Wettbewerb zwischen Konkurrenten hindern wolle. Hier handelt es sich aber auf der einen Seite um eine Verlagsanstalt, die eine politische Tageszeitung verlegt, auf der anderen Seite um ein Warenhaus für Möbel und andere Gebrauchsgegenstände. Das Gericht ist dem Verlage aber darin beigetreten, daß in der Aufschrift „Vorwärts“ sowohl wie in der ganzen Anlage und dem völlig gleichartigen Druck des Blattes eine Verletzung unseres Namensrechtes liegt. Unzweifelhaft liegt ein Mißbrauch des Namens „Vorwärts“ vor. „Vorwärts“ ist der Name, sagt das Urteil, unter dem unser Verlag in der Öffentlichkeit hervortritt, der Verlag hat einen Anspruch darauf, daß dieser Name gegen jede mährbräudliche Benutzung von anderer Seite geschützt wird. Die einstweilige Verfügung war aber, wie das Urteil bestätigt, nicht nur durch das Namensrecht unseres Verlages, sondern auch dadurch berechtigt, daß in der mährbräudlichen Benutzung des Namens „Vorwärts“ auch ein Verstoß gegen die guten Sitten lag. Denn es könne nicht als dem Anstand und den guten Sitten entsprechend angesehen werden, wenn in einer derartigen Weise die Form und der Name einer allgemein bekannten und vielgelesenen Zeitung von unbersener und noch dazu nicht derselben politischen Richtung angehörender Seite zu Kelamezwecken noch dazu in so wenig schöner und geschmackvoller Art, wie hier und offenbar in der Absicht der Verwechslung benutzt und nachgeahmt wird. Der Anspruch unseres Verlages ist, auch wenn ein Schaden nicht entstanden ist, wohl berechtigt. Denn infolge der Verwechslungsmöglichkeit werde unser „Vorwärts“ durch ein derartiges Flugblatt leicht lächerlich gemacht, sein Ansehen und seine Ehre geschädigt, dadurch könne auch ein Schaden materieller Art entstehen. Diesen zu verhindern und von der Firma die Unterlassung der mährbräudlichen Benutzung des Namens Vorwärts zu verlangen, ist aber nach der zutreffenden Ansicht des Gerichts nach §§ 12 und 289 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der „Vorwärts“-Verlag vollumfänglich berechtigt. Öffentlich ist damit dem Unfug des Mißbrauchs unseres Namens endgültig gesteuert.

Den Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes zur Kenntnis, daß die zum Sonntag, den 18. Januar 1907 festgesetzte Generalversammlung der Reichstagswahl wegen am Sonntag, den 10. Februar stattfindet. Siehe Inserat.

Die südtischen Gadowerte haben im vergangenen Staatsjahre aus dem Abgang von Koks, Brezge, Asche, Teer, Ammoniakwasser, Graphit, Schlacken usw. eine Einnahme von rund 9 Millionen Mark erzielt. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Koks, Brezge, Asche usw. beliefen sich allein auf rund 7 Millionen Mark oder 892 000 M. mehr wie im Etat festgesetzt worden war. Für Teer wurden rund 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark vereinnahmt und für Ammoniakwasser rund 875 000 M. oder 218 000 M. mehr als im Etat vorgesehen. Die übrigen Nebenprodukte ergaben noch 750 000 M. Das Lager von Koks ist nur halb so groß, wie in früheren Jahren, erhebliche Mengen des alten Lagers konnten abgestoßen werden; die Preise haben eine geringe Erhöhung erfahren.

Von der „Großen Berliner“ erhalten in der Silvesternacht Nachbetrieb die Linien 1, 11, 34, 38, 74, 78. Verlängert wird der Betrieb bis nach 5, zum Teil 6 Uhr morgens, auf den Linien 6E, 12E, 35, 37, 48, 53, 81. Bis nach 4 Uhr werden betrieben die Linien 34E, 47, 50, 54, 61, 68, 69, 71, 80, 87, 96, E. N. Bis nach 3 Uhr gehen die Linien 7, 14, 25, III, 40, 57, 60, 62, 63, 65, A, P, Q und V. Verlängerten Nachbetrieb erhalten außerdem die Linien 3, 13, 23, 29, 32, 33, 36, 38, 39, 41, D, F und O.

Das Porto zu Neujahr. In diesem Jahre wurde bekanntlich das Ortspostporto erhöht, es ist daher zweckdienlich, angesichts der bevorstehenden Neujahrsgelationen darauf zu achten, daß gegen das Drucksachenporto von drei Pfennig im Ortsverkehr und nach auswärts auf Bisttenarten bis zu fünf Worte geschrieben werden dürfen. Diese fünf Worte dürfen jedoch nur Glückwünsche, Danksaugungen oder sonstige Höflichkeitformeln enthalten. Man kann also persönlichen Glückwunsch zum neuen Jahr (fünf Worte) oder ähnliches schriftlich für drei Pfennig befördern lassen. Sonst darf auf die Bisttenkarte nichts geschrieben werden. Ansichts- oder andere Postkarten kosten nur dann drei Pfennig, wenn nur Ort, Datum und Absender darauf geschrieben, das Wort Postkarte angestrichen und dafür Drucksache gelegt wird.

Nieder unzureichende Beleuchtung des der „Großen Berliner“ gehörigen Strahlenbahnhofs I in Reinickendorf wird von dem Fahrpersonal seit längerer Zeit lebhaft klage geführt. Dem Bahnhofs-vorsteher Reiter sind diese Klagen bekannt, während die Arbeiter nicht geklagt haben. In den letzten Jahren sind wiederholt Personen infolge des erbärmlichen Lichtes in die nicht abgedeckten Kanäle gestürzt. Erst vor kurzem stürzte der Fahrer Wolf Nr. 1400 in einen solchen Kanal, und er hatte es nur seinem Pelt zu danken, daß er sich beim Hineinfallen nicht sämtliche Knochen im Leibe zerbrach. Zurzeit ist der Mann arbeitsunfähig. Hoffentlich liegt er nicht noch auf der Straße, denn arbeitsunfähige und Kranke Leute kann die „Große Berliner“ nicht gebrauchen. Wie uns unser Gewährsmann versichert, würden jetzt Arbeiter getroffen, um eine bessere Beleuchtung herbei-

zuführen. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu.

Im Gise eingebrochen und ertrunken ist die 11jährige Tochter des Arbeiters Radik aus dem benachbarten Löhne. Das Mädchen hatte sich zu weit auf die Eisdecke des Löhner Sees hinausgewagt, brach plötzlich ein und ertrank, ohne daß man einen Rettungsversuch unternehmen konnte.

Zu der Silvesternacht verkehren auf den Linien Panlow bezw. Nieder-Schönhausen nach Mittelstraße, anschließend an den Fahrplan, nach folgende Sonderzüge: ab Panlow (Mendelsstraße) 12.10, 12.30, 12.50, 1.10, 1.30; ab Nieder-Schönhausen 12.20, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40; — ab Mittelstraße (Ede Friedrichstraße) nach Panlow (Mendelsstraße) 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20; nach Nieder-Schönhausen 1.10, 1.30, 1.50, 2.10, 2.30. — Auf der Linie Behrenstraße-Treptow findet zwischen Behrenstraße und Wienerbrücke bis 1 Uhr 54 Minuten nachts Jehnminutenverkehr statt.

Auch die Große Berliner hat Nachverkehr eingerichtet.

Bedeutende Störungen im Fernsprechbetriebe sind durch den am gestrigen Tage eingetretenen Rauheis in Berlin verursacht worden. Infolge der Vereisung der Drähte waren diese brüchig geworden und wurden durch den sich gestern ansetzenden Rauheis brüchig belastet, daß sie rissen. So brachen über dem Hause Andreadstr. 49 fast gleichzeitig vier Fernsprechdrähte und stürzten nach der Straße hinunter. Glücklicherweise legten sich die Enden auf die Kabel der Straßenbahn, so daß Personen nicht verletzt wurden. Dagegen wurde bei dem Leitungsdraht der Straßenbahn Kurzschluß herbeigeführt, wodurch für die Verkehrsstraße zwischen Kottbuser Platz und Alexanderstraße eine halbständige Betriebsstörung entstand. Ferner wurde durch den Rauheis an der Ecke der Brunnenwald- und Eisenacherstraße ein Bruch der Fernsprechleitung herbeigeführt. Die herabstürzenden Drahtenden fielen auf den mit Schuhschleifen versehenen Kontaktkontakt der Straßenbahn, verursachten Kurzschluß und der Draht brannte durch. Infolge dieses Unfalles war der Straßenbahnverkehr durch die Eisenacherstraße für die Dauer einer Stunde gelähmt.

Der rätselhafte Tod eines Berliner Arbeiters im Krankenhause zu Zielentz beschäftigt zur Zeit die Polizeibehörde. Der Arbeiter Dittsch aus Berlin wollte am ersten Weihnachtstertage nach dem Potsdamer Städtischen Referat fahren, um dort Verwandte zu besuchen. In Neppen, woselbst D. umsteigen mußte, sagte er bereits über Ermüdung. Der Arbeiter erkrankte im Zuge der Fahrt schwer, daß er in Zielentz den Zug verlassen mußte und auf bahnamtliche Anordnung nach dem städtischen Krankenhause übergeführt wurde. Hier ist D., der bald nach der Einlieferung die Befinnung verlor, unter Anzeichen von Berziffung gestorben. Da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß D. das Opfer eines Verbrechens oder einer fahrlässigen Handlung geworden, wurde die Leiche polizeilich beschlagnahmt.

Im Birchow-Krankenhause gab es am dritten Weihnachtstertage, wie uns ein Patient meldet, eine erhebliche Aufregung. Im Saal 12 war gerade der Weihnachtbaum angebracht; durch das Wegwerfen eines glühenden Streichholzes entstand Feuer und im Ru stand der Baum in Flammen. Durch schleunigstes Eingreifen wurde der Brand gelöscht. Die umherliegenden Junken haben zahlreiche Brandflecke in der Bettwäsche verursacht und die Betten mußten alle neu bezogen werden.

Das Opfer eines Automobilunfalles ist anscheinend der Tischler Oswald Otto, über dessen unaufgeklärten Tod wir berichteten, geworden. Nach den Ermittlungen der Polizei hatte sich O. in einem Restaurant in der Mühlendammstraße aufgehalten und es später in Begleitung mehrerer Bekannter verlassen. An der Ecke der Berliner- und Hallesche in Kirdorf trennte man sich und kurz darauf ist O. jedenfalls von einem Automobil überfahren worden. Ohne sich um den Verunglückten zu kümmern, raste der Chauffeur davon.

Vom Bau abgekürzt ist gestern nachmittag der 23 Jahre alte Maurer Otto Bengsch aus der Sedanstr. 20. O. hatte auf dem Neubau an der Ecke der Pfalzburger- und Liebenburgerstraße die Treppen verputzt und stürzte plötzlich aus der Höhe der dritten Etage in das Treppenhaus hinab. Mit einem doppelten Scherkerbruch und anderen schweren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Schöneberger Krankenhause gebracht.

Die Arbeiter-Bildungsschule veranstaltete am Donnerstag, den dritten Feiertag, in den „Arminhallen“ einen nur für Mitglieder bestimmten Musikabend. Herr Leo Kestenberg hatte es unternommen, das umfassende Gebiet der Musikgeschichte in allgemeinen Umrissen zu behandeln. So schwierig die Lösung dieser Aufgabe in der kurzen Zeit auch war, so kann das Experiment doch als durchaus gelungen bezeichnet werden. Den Zuhörern wurde nicht nur ein kurzer Abriss der Musikentwicklung, sondern auch ein Bild der Zusammenhänge zwischen Musik und ökonomischen Verhältnissen und der Stellung der Künstler in diesen gegeben. Der Vortrag selbst wurde durch eine Anzahl mit vorzüglicher Technik vorgetragener längerer Werke bekannter Meister wie Bach, Beethoven, Liszt erläutert. Die Firma Bach hatte in dankenswerter Weise einen ihrer langbollen Flügel gefälligst zur Verfügung gestellt.

Die Freie Volkstheater fährt am Sonntagnachmittag 8 Uhr „Die Häuser des Herrn Sartorius“ von D. Shaw im Berliner Theater auf.

Im wissenschaftlichen Theater der Krania wird in dieser Woche der neue dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Die Feuergezeiten der Erde“ wiederholt. Außerdem finden in dieser Woche nach Nachmittagsvorstellungen zu ermäßigten Preisen statt und zwar wird am Sonntag, Montag und Dienstag der Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“ wiederholt, am Mittwoch und Donnerstag der Vortrag „Lerchen in der Wildnis“ und am Freitag und Sonnabend der Vortrag „Sizilien, Lebens- und Naturbilder aus klassischen Städten“.

Zeugen gesucht. Am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags zwischen 3—4 Uhr, fiel ein älterer Mann aus dem Stadtbahnzuge auf der Station Schiefelcher Bahnhof. Zeugen, welche den Unfall bemerkt haben, werden gebeten, ihre Adresse abzugeben bei Bahnst., Berlin, Dänenstraße 5.

Der zoologische Garten hat kürzlich einige unglaubliche erworbenen, hochnorische Vögel, die bisher kaum lebend in einem deutschen Tiergarten gezeigt werden konnten. Den Namen führen diese interessantesten Heber nach einem pfeifenden Schrei, der etwas eigentümlich klagendes hat. Die munteren Tiere verfügen aber außerdem noch über langboller, süßliche Töne, wie man namentlich an dem in der Salonerie untergebrachten Paare, das in ruhiger Unsigkeit seinen geräuschigen Pfeifzug ausstirmt, sehr oft beobachten kann. Zwei andere Stücke betreiben einen Käfig des neuen Vogelhauses in der Reihe der rabenartigen Vögel. Der unglückliche ist bedeutend kleiner als unser Fitchelheber und im wesentlichen graubraun gefärbt, während eine breite Binde oberhalb der Flügel und der Schwanz lebhaft rotrotrot sind.

Berliner Aquarium. Der Eintrittspreis beträgt heute am letzten Sonntag im Monat nur 25 Pf. pro Person.

Feuertochterbericht. Die Feuertochter wird noch wie vor ununterbrochen in Anspruch genommen, dabei geht es jetzt infolge des hohen Schnees nicht ohne Unfälle ab. So verlief gestern abend der 17. Zug auf der Fahrt nach der Brandstelle in der Stallschreibstraße 58 von einer Dampfstriße und einem Tender je ein Rad. Beide Fahrzeuge blieben liegen, bis andere Räder von der Wache geholt wurden. Die Besatzung der Fahrzeuge kam mit dem Schrecken davon. Gleichzeitig hatte die Feuertochter in der Kottbuserstr. 17 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war. Zwei weitere Brände mußten in der Stromstr. 37 und kleine Auguststraße 11a gelöscht werden. In allen drei Stellen brannten Gardinen, Betten u. a. Der 20. Zug wurde nach der Kaiser Wilhelmstraße 8 alarmiert; dort fanden Kisten u. a. in einem Keller in Flammen. Außerdem liefen noch Maxine aus der Dierstr. 42

und der Barthauserstraße an der Brücke ein. An dieser war ein Pferd gestürzt. Das verletzte Tier wurde von der Feuerwehr auf einen Holzbock geladen, festgebunden und dann fortgeführt.

In der letzten Nacht kam ein großer Brand in der Schlosserwerkstatt der Maschinenfabrik von W. Begeleben am Grünen Weg 79 aus nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Der 7. Zug mußte mehrere Schlauchleitungen vornehmen und längere Zeit kräftig Wasser geben, bevor es gelang, die Gefahr zu beseitigen. Kurz vorher hatte derselbe Zug in der Kameleierstr. 61 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war. Der 8. Zug mußte in der Raumnstr. 3 einen Brand löschen, der auf dem Hofe in einer Tischlerei ausgebrochen war.

Der 9. Zug wurde wegen eines gefährlichen Kesselbrandes nach der Kameleierstr. 10 alarmiert. Petroleum u. a. brannte dort. Es gelang, die Flammen bald zu löschen, so daß die übrigen Züge gleich wieder abrücken konnten. Der 7. Zug hatte ferner in der Viebigstraße 43 zu tun, wo Lumpen u. a. in Brand geraten waren. Ein Nebenbrand beschäftigte den 8. Zug in der Cronenstr. 162. Gekern früh um 8 Uhr entstand in der Friedrichstr. 250 Feuer. Dort brannten Pechhöfen, Fußböden, Balken u. a. Das Zwischengebäl mußte aufgerissen werden, bevor es gelang, den Brand zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hat, da der Sitzungssaal im alten Rathaus räumlich absolut unzureichend war, ihr Domizil vorübergehend nach der Aula des Gymnasiums in der Kaiser Friedrichstraße verlegen müssen. Das Provisorium wird bis zur Fertigstellung des Saales im neuen Rathausbau — circa 1/2 Jahr — dauern.

In der Sitzung am Freitagabend wurde der an Stelle des krankheitshalber ausgeschiedenen Stadts. Kaufner gewählte Gen. Zuschlag eingeführt und vom Oberbürgermeister verpflichtet.

Der gleiche Akt vollzog sich mit dem neuen Magistratsmitgliede Stadtrat Seidel, der an Stelle des verstorbenen Stadtrats Hoffmann gewählt worden war.

Die städtischen Stadtverordneten-Ergänzungs- und Neuwahlen werden nach erfolgter Prüfung für gültig erklärt. Beschlossen wurde die Regulierung der zwischen Innstraße und Straße 14 belegenen Straße 25b. Der vorgelegte Gebührenordnung für die Schwemmanntation, welche der bisher gültigen in allen Punkten entspricht, stimmt die Versammlung zu. Zwei weitere Vorlagen betreffen die Fortführung bzw. Ausgestaltung der Kasenanlagen in der Kaiser Friedrichstraße und Berlinerstraße, zu welchem Zweck der Magistrat um Bewilligung von insgesamt 88 000 M. ersuchte. Die Stadts. Räte, Rahmig und Koster plädierten für Vertagung bzw. Ablehnung der Vorlage bezüglich der Berlinerstraße. Die Gründe waren jedoch so fadenscheinig, daß es dem Oberbürgermeister, dem Stadts. Abraham und unseren Genossen Ostermann und Buhly ein Leichtes war, die Widersprechenden ad absurdum zu führen. Mit Mehrheit wurde auch die Ausführung der Anlagen in der Berlinerstraße beschlossen. Der Ankauf der Bedürfnisanstalt auf dem Hermannplatz zum Preise von 3000 M. wurde genehmigt.

Stadts. Conrad (Soz.) knüpfte an die Vorlage die Erwartung, daß die Anstalt einer Renovierung unterzogen und in derselben auch für Frauen ein Abteil unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Der Herzbergplatz soll mit einem Kostenaufwande von 21 000 M. als Spielplatz hergerichtet werden, und zwar so, daß die Mittelstraße mit Rasen versehen, während die Seiten mit Sträuchern und Kubebänken ausgestattet werden. Nach der Anlegung des Rasens ist zum Zwecke der Erlangung der notwendigen Festigkeit desselben eine Abperrung der Mittelstraße auf 1 Jahr vorgesehen. Die Vorlage wurde debattiert und genehmigt. Der Entwurf einer Gewerbesteuerordnung, durch welche die Filialen auswärtiger Firmen zur Besteuerung herangezogen werden sollen, war in der vorigen Sitzung einer Kommission überwiesen worden. Namens derselben berichtete Stadts. Vorsteher Sander. Er erklärte, daß man zu dem Resultat gekommen sei, den Entwurf unverändert zur Annahme zu empfehlen. Stadts. Buhly (Soz.) führte aus, daß die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage ablehnen müsse. Gewiß ist zu wünschen, daß so gut wie die ansässigen Gewerbetreibenden auch die Filialen auswärtiger Betriebe besteuert würden, doch dürfe dies nimmer auf Grund der Kopfzahl der Angestellten — wie es der Entwurf vorschlägt — geschehen. Bei diesem System seien die Angestellten die Leidtragenden, denn die Betriebsinhaber würden zweifellos deren Zahl auf ein Minimum beschränken und so den einzelnen überlasten und bis zum äußersten ausnützen. Im übrigen wird es der Steuerbehörde in vielen Fällen schwer fallen, die Angestelltenzahl genau zu fixieren; denn dieselbe werde von Filialvorstehern nebenbei die ganze Familie mitbeschäftigt. Auch eine gerechte Verteilung sei so unmöglich; gäbe es doch Filialgeschäfte, welche enorme Umsätze und Gewinne nur mit einem Angestellten erzielen, während solche mit verhältnismäßig geringem Einkommen deren mehrere bedürfen und dadurch höher besteuert würden wie jene anderen. Zustimmung könne man der Steuer nur, wenn sie lediglich auf Grund des Ertrages umgelegt würde.

Die Stadts. Räte, Gröpler, Adam und Stadts. Gluckmann befragten den Entwurf. Nachdem noch Stadts. Conrad (Soz.) in längerem Ausführungen gegen denselben gesprochen, gelangte der Vorschlag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme. Es folgte nun die allgemeine mit Spannung erwartete Wahl des zweiten Bürgermeisters. Bei derselben bildeten unsere Genossen das Junglein an der Bage und es war köstlich zu sehen, wie die „Mäcker“ von der anderen Seite sich bemüht, den Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion im Voraus zu erfahren; trauten sie doch den eigenen Getreuen in diesem Punkte nicht über den Berg. Wie sehr man sich gegenseitig im Unklaren in der bürgerlichen Wählerfraktion gelassen hatte, bewiesen die lautlose Stille und die vielen langen Gesichter bei der Verkündung des Wahlergebnisses: Stadts. Räte Kurt Kaiser-Ragdeburg 34 Stimmen, Stadts. Dr. Weinreich-Rigdorf 7 Stimmen. Der erstere ist also mit erdrückender Mehrheit gewählt worden.

In geheimer Sitzung kamen einige Beamtenangelegenheiten zur Erledigung. Wegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion und eines weichen Raben von der anderen Seite wurde beschlossen, der katholischen Kirchengemeinde ein Grundstück von 3000 M. zu machen. Der Erweiterung des zweiten Kieselgutes durch Ankauf von Landereien stimmte die Versammlung zu, während das vom Magistrat vorgeschlagene Abkommen mit der Mecklenburgischen Sparbank über die Bürgerfreizeitanterhaltung in der Gassenreihe der Vertagung verfiel. Mit Rücksicht auf das absolut ungenügende Entgegenkommen der genannten Bank ist eine gründliche Nachprüfung des Abkommens notwendig.

Ein Kohlenbrand, der bereits seit 14 Tagen wütet, ist auf dem Grundstück der städtischen Gasanstalt an der Teupitzerstraße ausgebrochen. Ein riesen-Kohlenhaufen, der dort aufgeschapelt ist, brennt im Innern, und ebenso, wie seinerzeit bei dem großen Brand in der Gasanstalt in der Müllerstraße ist die Entzündungsursache auf Selbstentzündung zurückzuführen. Das Feuer entwickelt starken heißen Rauch, der sich bis in die Nebenstraßen verbreitet. Schon wiederholt haben sich die beschäftigten Arbeiter beschwerend an die Polizei gewandt. Man wird den Brand nur durch Umschneidung des ganzen Kohlenhaufens beseitigen können.

Verhaftet wurde gestern früh von der Rigdorfer Kriminalpolizei in Berlin eine große Fledermaus. Es handelt sich um sechs Produktenhändler, die schon seit längerer Zeit Dieben und Einbrechern das gefasste Gut zu Schandpreisen abgekauft haben. Einer der Verhafteten hat sich gestern mittag, nachdem er ein umfangreiches Geständnis abgelegt hatte, im Rigdorfer Polizeigefängnis erhängt.

Charlottenburg. Weßhoff unsere Gegner sozialdemokratischer Versammlungen fernhalten, enthält die „Neue Zeit“ in ihrer gestrigen Nummer. Es muß den Freisinnshelden wohl nicht recht gefallen, wenn in den

Versammlungsberichten immer und immer wieder festgestellt wird, daß unsere Gegner nicht den Mut finden, sozialdemokratischen Rednern entgegenzutreten. Die „N. Z.“ meint nun, daß unsere tapferen Gegner deshalb sozialdemokratische Versammlungen nicht besuchen, weil sie in der „regelhaftesten Weise behandelt, mit Schmutz beworfen und niedergetrampelt werden, sobald sie sich erdreisten, ihren Standpunkt darzulegen“. O heilige Einfalt! Es ist sicher erst eine Erscheinung der letzten Jahre oder des letzten Jahrzehnts, daß unsere Gegner unseren Versammlungen fernbleiben und das nicht etwa, weil sie in unseren Versammlungen nicht nobel genug behandelt werden, sondern weil ihre Gegenargumente kein williges Ohr mehr bei den Volksmassen finden. Wir erblicken darin einen erkennlichen Fortschritt sozialistischer Denkwiese in der Arbeiterklasse. Diese Tatsache wird nicht weggelugnet, selbst wenn sich ein solches Blatt in den schmuggeligen Versammlungen und Versäumnissen gegen unsere Genossen Jubel ergötzt.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich gestern in der Berlinerstraße zugetragen. Beim Ueberfahren des Fahrdammes wurde der 26 Jahre alte wohnungslose Arbeiter Adolf Kirchgatter von einem Kraftwagen ungerissen und mit dem Kopf gegen die Vorderwand des Bürgersteiges geschleudert. A. erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in das Krankenhaus Westend eingeliefert.

Zwei Volksbühne Charlottenburg. Bekanntlich finden die weiteren Vorstellungen des Vereins im Schiller-Theater Charlottenburg an der Bismarckstraße beim Anie statt, und zwar die nächste am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr. Gespielt werden Schillers „Mäuer“. Kassieren werden nicht ausgegeben. Die Mitgliedsmarken müssen spätestens am 6. Januar gelte sein.

Schöneberg.

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Freitagabend traten die Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung, der letzten in diesem Jahre, zusammen. Dem Antrage des Magistrats, zur Unterbringung der städtischen Fürsorgestellen für Tuberkulose und Säuglinge besondere Räume zu mieten, wurde zugestimmt.

Der einem Ausschuss überwiesene Antrag, betreffend die Gehaltserhöhung der Feuerwehrmänner, fand seine Erledigung in einem Beschluß, wonach der Magistrat ersucht wird, der Versammlung eine Vorlage zur Neuordnung der Gehälter vom 1. April 1907 zu machen. Für die Monate Januar, Februar und März 1907 soll jedoch allen Feuerwehrmännern und Anwärtern eine monatliche Feuerzulage von je 25 M. gewährt werden.

Eine längere Debatte brachte das vom Magistrat mit dem Herrn Dulag getroffene Abkommen zur Regelung der Belgierstraße. Während die Redner der Mehrheit diesem Abkommen im großen und ganzen ihre Zustimmung geben, wandten sich die sozialdemokratischen Vertreter D a u m i g und S o f f m a n n dagegen, daß dem Herrn Dulag für die seitens der Stadtgemeinde vorgenommene Verbesserung seines Grundstückes auch noch ein Geldgeschenk in der Höhe von 7500 M. gewährt werden soll. Die Mehrheit stimmte jedoch dem Wunsche des Magistrats zu.

Angenommen wurde ferner eine Magistratsvorlage, für das städtische Krankenhaus zum 1. April 1907 die Stelle eines Prosektors zu schaffen.

Das Ortsstatut zur Errichtung einer F r e i b a n k ging an einen Ausschuss von neun Mitgliedern.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung mußten wegen der mittlerweile eingetretenen Versammlungsfähigkeit vertagt werden.

Ihr Mandat niedergelegt haben die Stadtverordneten G a n s o w, H. Abtelung und Justizrat Dr. v. G o r d o n, I. Abteilung. Letzterer bekleidete eine Reihe von Jahren das Amt des Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreters.

Röpenitz.

Ein schwerer Zusammenstoß eines Automobils mit einem Schlitzen fand gestern auf der Grünauer Chaussee zwischen Köpenitz und Friedrichshagen statt. Bei dem Automobil befand sich schon bei der Durchfahrt durch Röpenitz die Stenose. In der Nähe der Kolonie Hirschgarten kam dem Gefährte ein zweispänniger Schlitzen entgegen, dessen Pferde vor dem Automobil scheuten und durchgingen. In diesem Moment verlor wiederum die Steuerung an dem Automobil und dieses sanfte mit voller Kraft auf den Schlitzen zu. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß Schlitzen und Automobil zertrümmert wurden. Die drei Massen des Kraftwagens erlitten bei dem Unfall nicht unerhebliche Verletzungen, während die Fahrer der beiden Gefährte sowie auch die Schlitzenmassen mit dem Schrecken davonkamen.

Nieder-Schönhausen.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl nahm eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins Nieder-Schönhausen Stellung. Nach einem Referat des Genossen Biermuth über die bevorstehende Reichstagswahl gab Genosse P a g o l d die Bezirksergebnisse bekannt. Der 1. Bezirk trägt im Restaurant Schöne, Treutowstraße, 2. Bezirk: Restaurant Tzulinmann, Ulmsdorfstraße, 3. Bezirk: Restaurant Pabst, Beuthstraße. Die erste öffentliche Wählerversammlung findet am 3. Januar statt. In das Wahlkomitee wählte die Versammlung die Genossen P a g o l d, R i h m a n n, S o l o m o n und H e m m i g. Das Winterfest findet am 16. Februar statt. Bekanntgegeben wurde weiter, daß das Lokal „Neu-Karlshof“ der Partei wieder zur Verfügung steht. Den Bericht der Zeitungspedition erstattete Genosse Ansehagen. In der hierauf folgenden Debatte wurde lebhaft Klage über das zu späte Eintreffen des „Vorwärts“ geführt. Es sei deshalb oft nicht möglich, den „Vorwärts“ mit zur Arbeitsstelle zu nehmen und sich genügend über die Vorkommnisse in der Partei zu orientieren. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Versammelten zu lebhafter Mitarbeit an den Wahlarbeiten auf. Das Andenken des verstorbenen Genossen J d e n ehrte die Versammlung in üblicher Weise.

Gerichts-Zeitung.

Schuh vor Schuhleuten!

Vom Landgericht Berlin II wurde, wie wir damals ausführlich berichteten, am 20. April der Polizeisergeant Paul Berger aus Köpenitz wegen Körperverletzung im Amte in drei Fällen und Verleumdung in einem Falle zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt; außerdem ist ihm die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden, für fünf Jahre entzogen worden. In Köpenitz hatte sich ein Automobilunfall ereignet. Der Maschinist R. aus Berlin hatte dazu seine Hilfe angeboten. Auf Veranlassung eines Beteiligten trat Berger hinzu und forderte R. auf, mit ihm nach der Wache zu gehen. Er rief den R., der nicht begriff, was er verbrochen haben sollte, und sich mitzugehen weigerte, mehrmals mit dem Knie in den Rücken und sagte: Sie verdammter, großhänuziger Berliner! Ihnen werde ich das befohlen. Dann sperrte er R. in das Polizeigefängnis. Freiheitsübertragung wurde hier nicht angenommen, da das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht als festgestellt erachtet wurde. Ein anderes Mal, am 6. Mai 1905, kam der Zeuge R. auf das Rathaus in Köpenitz, um sich wegen einer auf der Straßenbahn erlittenen Körperverletzung zu beschweren. Er wurde abgewiesen, da er kein ärztliches Zeugnis vorlegen konnte. Der Angeklagte warf den Högern an dem Bureau, schlug ihn mit der Faust ins Gesicht, daß das Blut floß und R. hinfiel; dann sperrte er den Mann in eine Zelle. Als R. hier lärmte, ging Berger hinein, packte ihn an der Kehle und schlug ihn wieder mit der Faust ins Gesicht, daß das Blut aus Mund und Nase floß und R. mit dem Kopfe gegen die Wand fiel. Vor dem Verlassen der Zelle gab er ihm noch einen Schlag, daß er hinfiel. R. rief laut, er sei unschuldig eingesperrt, und zertrümmerte in der Aufregung eine Scheibe. Berger kam wieder hinein und seifte ihn. Schließlich wurde R. entlassen.

Das Gesetz bedroht im § 340 Str.-G.-B. Beamte, die vorsätzlich eine Körperverletzung begangen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten

bis zu fünf Jahren. Eine widerrechtliche Freiheitsberaubung ist außerdem mit drei Monaten bis zu fünf Jahren bedroht.

Der Verurteilte, roh prügeln und mißhandelnde Beamte ist demnach außerordentlich billig fortgenommen. Trotzdem legte er Revision ein. Das Reichsgericht demochte jedoch in der Verhandlung am Freitag die Hoffnung auf ein Verständnis für die feige und rohe Mißhandlungslogik des Köpenitzer Sicherheitsmanns nicht zu erfüllen, vielmehr Berger nebst seinem durch seine Habebefähigkeit auch weiteren Kreisen bekannt gewordenen Vorgesetzten Jaelel ein strenger Gegner der Sozialdemokraten und Arbeiter war. Es verwarf die Revision des Ordnungshülers.

Das Abenteuer eines russischen Grafen

Bildete gestern den Gegenstand einer Verhandlung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Diebstahls an einer Tausendrubelnote mußte sich der Damen Schneider Josef Engel vor dem Straftribunal verantworten. Ende November d. J. traf der Rittergutsbesitzer Graf Vladimir von Kozjanowsky aus Odessa in Berlin ein und nahm im Vestib-Hotel Wohnung. Am 20. November hatte er eine Fahrt durch die Berliner Vergnügungslöcher unternommen, die für ihn mit einem sehr unangenehmen Erlebnis enden sollte. In dem Apollo-Kasino in der Friedrichstraße lernte er einen Herrn kennen, der sich als Dr. med. von Stein vorstellte und sich im Verlaufe der Unterhaltung als ein sehr angenehmer Gesellschaftler erwies. Beide Herren erweiterten ihre Berliner „Lokalkenntnisse“ durch den Besuch verschiedener Cafés in der Nähe der Befestigung in umfassendster Weise. In dem Café „Victoria“ übermannte den Herrn Grafen die Müdigkeit. Als er nach einiger Zeit durch den Kellner geweckt wurde, war sein Begleiter verschwunden und mit ihm die Brieftasche, welche eine Tausendrubelnote enthielt. Herr von R. setzte sofort die Kriminalpolizei von dem Diebstahl in Kenntnis und bot eine Belohnung von 500 Mark für die Wiederbeschaffung des Geldes aus. Zugleich aber kehrte er Berlin den Rücken und nahm in Paris seinen Wohnsitz. Durch eines jener unglücklichen Stützenopfer, die in dem Café, in dem der Diebstahl passierte war, verhehrt, wurde die ihr nahestehende Kriminalpolizei auf eine Spur gelenkt, die auf den jetzigen Angeklagten Engel hinarbeitete. Dieser wurde scharf beobachtet und, als er sich durch große Geldausgaben verdächtig machte, verhaftet. E. hatte auf der Deutschen Bank die Banknote eingewechselt und den Erlös in unfruchtbarer Weise vergeudet. Vorher allen möglichen Kleidungsstücken hatte der Angeklagte auch für mehrere Hundert Mark Wäsche gekauft, die anlässlich einer Hausdurchsuchung bei ihm beschlagnahmt wurde. Vor Gericht legte Engel ein offenes Geständnis ab, nachdem er in dem Vorverfahren die faule Ausrede gebraucht hatte, er habe das Geld nur zur Sicherheit an sich genommen, da er befürchtete, es könne dem total betrunken gewordenen Grafen gestohlen werden. Erst später sei er der Verführung erlegen und habe das Geld für sich verbraucht. Das Gericht nahm mit Rücksicht auf die geringfügige Vorbereitung des Angeklagten mildernde Umstände an und erkannte auf nur sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

Von Stufe zu Stufe

gesunken ist der Student der Kunst Alfred Hoek, welcher gestern aus dem Untersuchungsgefängnis der vierten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich unter einer schweren Anklage zu verantworten. Der erst 24jährige Angeklagte ist der Sohn eines früheren Besitzers eines der ersten Hotels in Berlin. Die gute Vermögenslage der Eltern, deren einziges Kind der Angeklagte ist, ermöglichte es ihm ein Gymnasium zu besuchen, auf dem er es bis zur Sekunda brachte. Eine selten gute musikalische Veranlagung des Sohnes veranlaßte den Vater, dem Angeklagten eine erstklassige Ausbildung bei einem bekannten Professor der Kunst angedeihen zu lassen. Hier lernte er den Sohn eines höheren Beamten aus dem Justizministerium kennen, mit dem er ein näheres Freundschaftsverhältnis einging. Später unterhielt S. mit der Tochter dieses Freundes ein Liebesverhältnis, durch welches es zwischen ihm und seinen Eltern zu ersten Zerwürfnissen kam. Als der Angeklagte eines Tages Vorwürfe von seinen Eltern erhielt, flüchtete er bei Nacht und Nebel nach Westfalen und nahm in einem kleinen Städtchen eine Stellung als Volontär an. Hier beging er einen schweren Diebstahl, der ihm eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten einbrachte. Nach Verbüßung dieser Strafe nahmen sich die Eltern wieder seiner an und liehen ihn auch das Musikstudium wieder aufnehmen. Ein neues Verbrechen drohte dem Angeklagten in der Person jenes Freundes. Dieser verleitete ihn zu einem Einbruchsdiebstahl bei seinem Vater, bei welchem S. Wertpapiere in Höhe von mehreren Tausend Mark erbeutete. Der Strafantrag gegen den Anstifter und eigenen Sohn wurde von dem Vater zurückgezogen, während der Angeklagte sich wiederum vor dem Straftribunal verantworten mußte. Er wurde dieses Mal zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Auch dieses Mal nahmen sich die Eltern des Verlorenen wieder an, konnten es aber nicht verhindern, daß der Angeklagte abermals in schlechte Gesellschaft geriet, die er selbst vor Gericht als die „untere Bohème“ bezeichnete. Wie S. angab, habe er die Bekanntschaft eines gewissen „Georg“ gemacht, der Kunstwahr war. Dieser habe ihn verleiht, an dem jetzt zur Anklage stehenden Diebstahl teilzunehmen. In der Nacht zum 6. November drangen drei Personen, unter ihnen der Angeklagte, in die Wäschefabrik von Rolle in der Alten Jakobstraße 77 ein. Nachdem sie mehrere Pakete Oberhemden eingepackt und aus dem Kontor noch 240 Mark bares Geld entwendet hatten, wollten die Diebe das Haus wieder verlassen. Inzwischen war der Portier wach geworden und hatte Alarm geschlagen. Die beiden Komplizen des Angeklagten flüchteten über die Dächer hinweg, während S. festgenommen wurde. — Vor Gericht legte der Angeklagte unter Tränen ein reumütiges Geständnis ab. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren, da sich S. als ein unverbesserlicher Dieb gezeigt habe. Das Gericht erkannte unter Zustimmung mildernder Umstände auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

Zum Reichsgerichtsrat wurde der Kammergerichtsrat H e y e l l in Berlin ernannt.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 60 folgende Beiträge ein:

Gausdiener der Fa. Jandorf, Brunnstraße, 12,05. Regellub „Hilflos“ 18.—. Herrschneider von Gerson 30.—. Mübelsabrik Ades u. Co. 16.—. Raichensperson der Firma Jandorf, Fil. Brunnstraße 7.—. Gef. in der Schneiderwerkstatt Nemer 2,50. D. Sivals, G. 2.—. Verband der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin 500.—. Von den Pflegekindern der Heilmühle Heimerdort 7.—. Buchdruckerei Wästein u. Co., Zeitungs-Abteil., 1. Rate 40.—. Weihnachtsfeier bei W. Schulte, Rigdorf, Renaustraße 14/15 6,50. Ehrenkommission Musikinstrumenten-Keller des D. Holzgerberverbandes 10.—. Unter den Juden 12.—. Dem Andenken von Dr. E. J. 200.—. Beim Bierhopsen am 28.12. bei Strohoff, Widenke, gesammelt 11,10. Die Dreierlei v. Schäfer u. Hauschner v. Ziegler, 1. Rate 5,75. Baarmann, Magdow 2.—. Dr. Doffin, Gradford 3.—. Schuhmacher der Firma Röhre u. Speyer, Jägerstraße 14 6.—. Kollegialer Verein „Anter“ 30.—. Personal der Buchdruckerei G. S. Hermann 128,50.

Summa 1041,40 M. Bereits quittiert 1638,42 M. Summa 2679,82 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen genommen.

Veröffentlichung. In Nr. 209 muß es heißen: Zentralverband der Köpfer, Fil. Berlin.

Vermischtes.

Eine Gasexplosion erfolgte gestern mittig in den Kontorräumen eines Eisenwerkes bei Barthshütte in Oberschlesien.

Zu dem furchtbaren Eisenbahnunglück in England, über das wir bereits gestern im Depeschenenteil kurz berichtet, liegen noch Meldungen vor, wonach die Zahl der Toten und Verwundeten ergänzt wird.

Roch ein Eisenbahnunfall wird aus Paris gemeldet. Auf dem Bahnhof Marome bei Rouen stießen zwei Güterzüge zusammen.

Glücklich gerettet. Alle Personen, die sich an Bord des gescheiterten japanischen Pakteldampfers "Awamary" befanden, haben glücklich an Land gebracht werden können.

Durch ungeheure Schneemassen vom Verkehr vollständig abgeschnitten ist die Stadt Carlisle (Schottland). An der schottischen Grenze liegt der Schnee sechs Fuß hoch.

Ein Felssturz. Bei Manresa wurde nach einer Meldung aus Barcelona ein Haus durch einen Felssturz zertrümmert; hierbei wurden drei Personen getötet und drei lebensgefährlich verletzt.

Eine Feuerbrunst brach gestern in der Wohnung eines Amsterdamer Fabrikanten von Feuerwerkskörpern aus, wobei der Besitzer, dessen Frau und zwei Kinder in den Flammen umkamen.

Neues Schauspielhaus. Sonntag: Der Hefler. Montag: Die Hochzeit. Dienstag: Die Hochzeit. Mittwoch: Die Hochzeit.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Kleines Theater. Sonntag: Ein idealer Gatte. Montag: Ein idealer Gatte. Dienstag: Ein idealer Gatte.

Central-Theater. Sonntag: Der Bettelstudent. Montag: Der Bettelstudent. Dienstag: Der Bettelstudent.

Deutsches Theater. Sonntag: Die heimliche König. Montag: Die heimliche König. Dienstag: Die heimliche König.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter.

Reiner Theater. Sonntag: Die Regimentsblätter. Montag: Die Regimentsblätter. Dienstag: Die Regimentsblätter.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises. Todes-Anzeige. Hugo Perzynski.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. A. Berl. Reichstagswahlkreis Götzler Viertel. Max Preußer.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer (E. H.) Bezirk 16. Hermann Wandell.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Otto Kulbe.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Sektion der Putzer. Aug. Bambach.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Wilhelm Sonderhoff.

Metallarbeiter. Den Kollegen zur Nachricht, daß der Kollege, Mechaniker Adolf Schaewe am 28. d. M. verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Hermann Schön.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Ernestine Vogel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Paul Fischer.

Dr. Simmel. Haut- und Halsleiden.

Danfugung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Schlossers Joseph Braun.

Danfugung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Sohnes und Bruders, des Schlossers Hermann Schön.

Danfugung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes, Bruders und Schwiegersohnes, des Uhrmachers Wwe. Schön nebst Kindern.

Danfugung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes, Bruders und Schwiegersohnes, des Uhrmachers Ernestine Vogel.

Danfugung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes, Bruders und Schwiegersohnes, des Uhrmachers Paul Fischer.

Dresdener Garten. Dresdenerstr. 45. Den geehrten Vereinen empfehle ich meine beiden Säle und die Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten.

Pelz-Stolas, Muffen, sowie alle sonstigen Pelzwaren empfindlich nach dreierlei Art: england, schottland, russland zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Rheumatismus. Gicht, Gliederrheisen, Nervenschmerzen, Hüftweh, verkrüppeln bald durch täglichen Gebrauch von Reichel's „Electricum“.

Zahn-Klinik. Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.